



2. NRW-Nachhaltigkeitstagung – Zukunftsfähiges Nordrhein-Westfalen 2030

18. November 2013, Düsseldorf

**2. NRW-Nachhaltigkeitstagung –
Zukunftsfähiges Nordrhein-Westfalen 2030**
18. November 2013, Düsseldorf

Inhalt

Vorwort	5
Zusammenfassung der Tagung	6
Vorträge und Diskussionsrunde	
Erste Erkenntnisse aus dem NRW-Nachhaltigkeitsstrategieprozess Peter Knitsch	9
Forschung für Nachhaltigkeit in Nordrhein-Westfalen Helmut Dockter	11
Zukunftsfähiges Nordrhein-Westfalen 2030 Prof. Dr. Uwe Schneidewind	14
Nordrhein-Westfalen im Kontext der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie Marlehn Thieme	17
Streitgespräch	19
Berichte aus den Workshops	
Die Rolle von NRW im nationalen und internationalen Klimadiskurs	23
Faire Arbeit – ein Beitrag zur nachhaltigen Beschäftigung	27
Nachhaltigkeitsstrategien in den Städten und Kreisen NRWs	31
Der Wald in Nordrhein-Westfalen 300 Jahre nach Carl von Carlowitz	36
„Fortschritt NRW“ – Forschung und Innovation für nachhaltige Entwicklung	40
Der Beitrag der NRW-Entwicklungspolitik zur Nachhaltigkeit	43
Nordrhein-Westfalen im demographischen Wandel	47
Biodiversitätsstrategie NRW	51
Nachhaltige öffentliche Finanzen	54
Flächen sparen – Zukunft gestalten	59
Vorträge und Diskussionsrunde	
NRW-Nachhaltigkeitsstrategie als Gemeinschaftswerk Johannes Rimmel	62
Demographischer Wandel in Nordrhein-Westfalen Barbara Steffens	64
Podiumsdiskussion Eine NRW-Nachhaltigkeitsstrategie im deutschen, europäischen und internationalen Kontext	67
Schlussfolgerungen für die NRW-Nachhaltigkeitsstrategie Johannes Rimmel	71
Anhang	
Durchgeführtes Programm	74
Evaluation	77
Nachhaltiges Veranstaltungsmanagement und CO2-Kompensation	78
Impressum	81

Sehr geehrte Damen und Herren,



nachdem wir bei der ersten NRW-Nachhaltigkeitstagung im November 2012 eine Bestandsaufnahme zu 20 Jahren Rio und Nachhaltigkeitsprozess vorgenommen haben, haben wir nun auf der zweiten NRW-Nachhaltigkeitstagung „Zukunftsfähiges Nordrhein-Westfalen 2030“ am 18.11.2013 im Düsseldorfer Landtag, gemeinsam neue Perspektiven für Nordrhein-Westfalen entwickelt. Mit hochrangig besetzten Gesprächsrunden und spannenden Plenarbeiträgen wurden wichtige Themen einer zukünftigen Nachhaltigkeitsstrategie, wie beispielsweise die Nachhaltigkeit in der Wissenschaft oder die Frage nach den Auswirkungen des demographischen Wandels auf NRW, erörtert. Thematisch breit gefächerte Workshops und ein „Markt der Möglichkeiten“ boten viele Gelegenheiten, aktiv an der Konferenz und damit am NRW-Nachhaltigkeitsprozess teilzunehmen.

Die vorliegende Dokumentation fasst die auf der Tagung diskutierten Nachhaltigkeitsthemen, Perspektiven und Impulse zusammen.

An dieser Stelle möchte ich mich bei allen Referentinnen und Referenten sowie Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Tagung bedanken, die mit ihren Beiträgen zum Gelingen der Veranstaltung beigetragen haben.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre der Tagungsdokumentation.

Ihr

A handwritten signature in blue ink, which appears to read 'Johannes Remmel'. The signature is fluid and cursive.

Johannes Remmel
Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz
des Landes Nordrhein-Westfalen



Zusammenfassung der Tagung

Zu Beginn der 2. NRW-Nachhaltigkeitstagung begrüßte Oliver Keymis, Vizepräsident des Landtages NRW, die Tagungsgäste und hob dabei hervor, dass die Teilnehmenden aus den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen kämen. Dies zeige, welch große Bedeutung die Nachhaltigkeitsdebatte in der nordrhein-westfälischen Gesellschaft einnehme.

Anschließend erläuterte Peter Knitsch, Staatssekretär im Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz NRW, die Kernpunkte und den weiteren Zeitplan zur Entwicklung einer NRW-Nachhaltigkeitsstrategie. So sehen die am 12. November 2013 vom Landeskabinett verabschiedeten Eckpunkte vor, bis Ende 2015 eine Nachhaltigkeitsstrategie für NRW zu erarbeiten. Diese werde die ökologische, wirtschaftliche und soziale Dimension der Nachhaltigkeit gleichermaßen berücksichtigen und alle Ressorts, den Landtag sowie Akteurinnen und Akteuren aus der Zivilgesellschaft, der Wirtschaft, den

Kommunen und der Wissenschaft einbeziehen, so Staatssekretär Knitsch.

Die Rolle der Nachhaltigkeit in Wissenschaft und Forschung erläuterte im Folgenden Helmut Dockter, Staatssekretär im Ministerium für Innovation, Wissenschaft und Forschung NRW. Er stellte den Teilnehmenden die Forschungsstrategie „Fortschritt.NRW“ vor. Sie will im Dreiklang von Ökologie, Ökonomie und sozialer Sicherheit den Fortschritt und die nachhaltige Entwicklung des Landes forcieren. „Fortschritt.NRW“ fördert deshalb den Aufbau regionaler Innovationsnetzwerke, die Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft transdisziplinär in Dialog bringen. Zudem setzt das Wissenschaftsministerium mit sogenannten Forschungskollegs auf die Qualifizierung des wissenschaftlichen Nachwuchses und schließt mit Hochschulen im Land Vereinbarungen über hochschulinterne Nachhaltigkeitsstrategien ab.

Prof. Uwe Schneidewind, Präsident des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie, plädierte in seinem Vortrag für ein erweitertes Wohlstandsverständnis, ein erweitertes Innovationsverständnis und ein erweitertes Investitionsverständnis als Schlüsselfaktoren für ein zukunftsfähiges Nordrhein-Westfalen. Die urbane Struk-

tur des Landes sei dabei ein kraftvoller Motor für die Entwicklung und konkrete Umsetzung dieser Perspektivweiterungen und damit einer Nachhaltigkeitsstrategie, die national wie international wichtige Impulse geben und Wohlstandsmotor für das Land selbst sein könne.

Diese Vorbildfunktion des Landes NRW griff auch Marlehn Thieme, Vorsitzende des Rates für Nachhaltige Entwicklung, auf. Sie hob hervor, dass NRW als Industrie- und Energiestandort eine zentrale Gestaltungsrolle für den gesamtdeutschen Nachhaltigkeitsprozess habe. NRW sei beispielsweise mit dem Klimaschutzgesetz bereits jetzt ein Zukunftslabor für Nachhaltigkeit und könne bundesweit, aber auch global Zeichen setzen. Marlehn Thieme unterstrich dabei die Notwendigkeit, die Herausforderungen im Dialog zwischen Bund und Ländern, aber auch zwischen Land, Kommunen und der Zivilgesellschaft anzugehen.

Im anschließenden Streitgespräch diskutierten Irmtraud Pawlik, Geschäftsführerin der Hydro Aluminium Deutschland, Josef Tumbrinck, Vorsitzender des Naturschutzbund NRW, und Andreas Meyer-Lauber, Bezirksvorsitzender NRW des DGB, wie ökonomische Zukunftsfähigkeit, ökologische Verantwortung und soziale Gerechtigkeit in Einklang gebracht werden können. Trotz aller Interessensunterschiede herrschte Konsens darüber, dass in einem zukunftsfähigen und lebenswerten Land NRW alle drei Dimensionen der Nachhaltigkeit zusammen gedacht werden müssen. So müsse zum Beispiel bei der Energiewende auch die Wirkung auf die Arbeitsplätze berücksichtigt werden. Grundlegend für eine erfolgreiche Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie sei ein partizipativ gestalteter Prozess, der alle gesellschaftlichen Gruppen und insbesondere auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Betrieben einbezieht.

Die anschließenden **Workshops** am Nachmittag nahmen jeweils ein relevantes Thema der NRW-Nachhaltigkeitsstrategie in den Blick:

Simone Raskob, Beigeordnete der Stadt Essen, und Stefan Rostock, Fachkoordinator Klima und Entwicklung bei Germanwatch, beleuchteten **die Rolle von NRW im nationalen und internationalen Klimadiskurs**.

Zum **Thema Faire Arbeit – ein Beitrag zur nachhaltigen Beschäftigung** gaben Dr. Cordula Sczesny, Geschäftsführerin der Soziale Innovation GmbH, Achim Vanselow, Abteilungsleiter Wirtschafts-, Struktur- und Technologiepolitik beim DGB NRW, sowie Magdalene Wilczek aus

dem Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales NRW Impulse.

Nachhaltigkeitsstrategien in den Städten und Kreisen NRWs stellten Peter Helbig vom Agenda-Forum Essen und Dr. Detlef Timpe, Dezernent für Bauen, Umwelt und Bildung im Kreis Unna, vor.

Wie es um den **Wald in Nordrhein-Westfalen 300 Jahre nach Carl von Carlowitz** bestellt ist, diskutierten Marie-Luise Fasse, MdL, Vorsitzende der Schutzgemeinschaft deutscher Wald NRW, Dr. Philipp Freiherr Heereman von Zuydtwyck, Vorsitzender des Waldbauernverbandes NRW, sowie Volker Holtkämper, Fachbereichsleiter Holzwirtschaft und Klimaschutz des Landesbetriebs Wald und Holz NRW.

Prof. Dr. Jetta Frost, Vizepräsidentin der Universität Hamburg, und Dr. Thomas Jahn, Sprecher der Institutsleitung am ISOE – Institut für sozialökologische Forschung, diskutierten zum Thema **„Fortschritt NRW“ – Forschung und Innovation für nachhaltige Entwicklung**.

Den **Beitrag der NRW-Entwicklungspolitik zur Nachhaltigkeit** thematisierten Renate Hendricks, MdL, Beauftragte für Eine-Welt-Politik der SPD-Fraktion im Landtag, Karin Kortmann, Teilbereichsleiterin Fach- und Methodenbereich in der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), und Eberhard Neugebohrn, Geschäftsführer der Stiftung Umwelt und Entwicklung NRW.

Stephanie Burkhardt, Demographiebeauftragte der Stadt Euskirchen, Henning Höne, MdL (FDP), Dr. Wolfgang Seifert, sozial- und wirtschaftsstatistische Analysen IT.NRW, und Thorsten Sommer, MdL (Piratenpartei) stellten sich der Frage, welchen Herausforderungen sich **Nordrhein-Westfalen im demographischen Wandel** stellen muss.

Zur **Biodiversitätsstrategie NRW** sprachen Rainer Deppe, MdL, umweltpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, und Holger Sticht, Landesvorsitzender BUND NRW.

Das Thema **Nachhaltige öffentliche Finanzen** diskutierten Werner Haßenkamp, Präsident der Gemeindeprüfungsanstalt NRW, Prof. Dr. Norbert Kersting, Leiter des Kompetenzzentrums „Nachhaltige kommunale Finanzpolitik“ der Universität Münster, sowie Dr. Lukas Mangelsdorff, Abteilungsleiter im Finanzministerium NRW.

Thomas Berger, Abteilungsleiter Planung der Stadt Lü-



nen, Dr. Klaus Reuter, Geschäftsführer der LAG 21 NRW, Daniela Schneckenburger, MdL (Bündnis90/Die Grünen) und Martin Tönnies, Bereichsleiter Planung beim Regionalverband Ruhr (RVR), befassten sich mit dem Thema **Flächen sparen – Zukunft gestalten.**

Zu Beginn der zweiten Plenumsphase unterstrich der Gastgeber der Tagung, Johannes Rimmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz, dass eine NRW-Nachhaltigkeitsstrategie nur als Gemeinschaftswerk aller Akteure aus Wissenschaft und Wirtschaft, Gesellschaft und Kommunen und unter Partizipation der Bürgerinnen und Bürger erfolgreich entwickelt und umgesetzt werden kann. Sie umfasse alle Bereiche des Lebens und Wirtschaftens, zum Beispiel auch den demografischen Wandel.

Daran anknüpfend präsentierte Barbara Steffens, Ministerin für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter NRW, Initiativen, um der demografischen Herausforderung in unserer Gesellschaft zu begegnen. Sie hob hervor, dass eine nachhaltige Gesellschaft vor allem in den zentralen Feldern Gesundheit, Pflege und Alter eine Veränderung der Infrastruktur und der Prävention in den Blick nehmen muss. Eine nachhaltige Gesellschaft sei in der Lage, Generationen zu verbinden, die Vielgestaltigkeit von Lebensformen als Potenziale zu nutzen und Teilhabe für alle zu ermöglichen. Dies erfordere ein Umdenken bei allen Akteurinnen und Akteuren.

Die anschließende Podiumsdiskussion rückte die NRW-Nachhaltigkeitsstrategie in den deutschen, europäischen und internationalen Kontext. Ein zukunftsfähiges NRW im Jahr 2030 brauche heute Investitionen für eine wettbewerbsfähige, grüne Wirtschaft, unterstrich dabei Minister Johannes Rimmel. Aart De Geus, Vorsitzender des Vorstandes der Bertelsmann Stiftung, betonte, dass messbare Ziele für die Wirkung der NRW-Nachhaltigkeitsstrategie entscheidend seien. Reinhard Bütikofer, MdEP, Co-Vorsitzender der Europäischen Grünen Partei, rief das Land NRW auf, sich in den Nachhaltigkeitsdiskurs auf EU-Ebene aktiv einzubringen, z. B. die im nächsten Jahr anstehenden Überprüfung der Europa 2020-Strategie. Dr. Imme Scholz, stellv. Direktorin des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik und Mitglied im Rat für Nachhaltige Entwicklung, erinnerte an die internationale Verantwortung von NRW und plädierte für ein erweitertes Verständnis von Wohlstand und Innovation.

Zum Abschluss resümierte Johannes Rimmel die zentralen Themen der Tagung. Er betonte dabei, wie wichtig der Nachhaltigkeitsprozess insbesondere für die Sicherung des Industriestandortes NRW und die zukünftige ökonomische Perspektive des Landes sei. Rimmel dankte allen Tagungsgästen für die engagierte Beteiligung und kündigte an, auch im kommenden Jahr wieder eine Nachhaltigkeitstagung zu veranstalten, um den Prozess mit allen Akteurinnen und Akteuren weiter zu diskutieren.

Erste Erkenntnisse aus dem NRW-Nachhaltigkeitsstrategieprozess

Peter Knitsch, Staatssekretär im Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen

Sehr geehrter Herr Vizepräsident Keymis, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, sehr geehrter Herr Kollege Dockter, sehr geehrte Damen und Herren Referierende, liebe Freundinnen und Freunde der Nachhaltigkeit,

ich freue mich sehr, dass Sie der Einladung zur 2. NRW-Nachhaltigkeitstagung so zahlreich in den Landtag gefolgt sind.

Ihnen, lieber Herr Keymis, danke ich sehr herzlich für Ihre freundliche Begrüßung. Und dem Landtag insgesamt danke ich dafür, dass wir die zweite NRW-Nachhaltigkeitstagung in Kooperation mit dem Landtag hier im Parlamentsgebäude ausrichten können. Mein herzlicher Dank geht dabei auch an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landtagsverwaltung, die uns bei den Vorbereitungen und Durchführung der Tagung tatkräftig unterstützen.

Ein ganz besonderer Dank geht – auch im Namen von Herrn Minister Remmel – an die beteiligten Ministerien der Landesregierung, die zahlreichen Akteure aus Wissenschaft und Wirtschaft, Gesellschaft und Kommunen, die mit ihren Beiträgen und ihrem großen Engagement wesentlich zum Erfolg der heutigen Veranstaltung beitragen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Nachhaltigkeit als Leitbild für die Politik in Nordrhein-Westfalen ist eine der tragenden Säulen des Koalitionsvertrages dieser Legislaturperiode und ich freue mich Ihnen berichten zu können, dass das Landeskabinett in der vergangenen Woche, genauer am 12. November, „Eckpunkte einer Nachhaltigkeitsstrategie für Nordrhein-Westfalen“ beschlossen hat: Danach soll unter Beteiligung aller Landesministerien und des Landtags sowie im Dialog mit Akteurinnen und Akteuren aus der Zivilgesellschaft, der Wirtschaft, den Verbänden, den Kommunen und der Wissenschaft bis Ende 2015 eine Landesnachhaltigkeitsstrategie erarbeitet werden, die die ökologische, wirtschaftliche und soziale Dimension der Nachhaltigkeit gleichermaßen berücksichtigt.



Ziel der Nachhaltigkeitsanstrengungen in NRW wird es sein, adäquate Antworten auf die großen gesellschaftlichen Herausforderungen zu entwickeln, mit denen sich unser Land und seine Bürgerinnen und Bürger heute und in den kommenden Jahrzehnten konfrontiert sehen.

Nennen möchte ich hier nur einige der großen Herausforderungen für NRW, die von der Landesregierung herausgehoben wurden:

- Klimaschutz, Energieversorgung und Ressourceneffizienz,
- Gestaltung einer umwelt-, tierschutz- und verbraucherschutzgerechten Versorgung mit Lebensmitteln,
- Erhaltung der biologischen Vielfalt – eben nicht die Festplatte unserer Natur zu löschen,
- Schaffung und Sicherung von angemessenem Wohlstand für alle,
- Überwindung der sozialen und wirtschaftlichen Kluft im internationalen und nationalen Maßstab,
- Sicherung von Gesundheit und Wohlergehen im demographischen Wandel.

Die Landesregierung hat sich zudem darauf verständigt, im Rahmen des Strategieprozesses zunächst 14 zum Teil eng miteinander verbundene Handlungsfelder zu betrachten. Dabei soll, wo immer möglich, auf bestehende, zum Teil schon ressortübergreifende Strategien und Prozesse aufgebaut werden:

- Klimaschutz
- Energiewende
- Nachhaltiges Wirtschaften
- Schutz natürlicher Ressourcen
- Demografie
- faire Arbeit
- Integration und Interkulturalität
- sozialer Zusammenhalt und gesellschaftliche Teilhabe

- nachhaltige Finanzpolitik
- nachhaltige Stadt- und Quartiersentwicklung
- Nahmobilität
- nachhaltiger Konsum/nachhaltige Lebensstile
- Bildung für nachhaltige Entwicklung
- Eine-Welt-Politik

Im Rahmen der NRW-Nachhaltigkeitsstrategie sollen die aufgeführten Handlungsfelder nicht isoliert, sondern vernetzt betrachtet werden. Genauso sollen andere bereits begonnene, aber auch erst in der Planung befindliche landesweite Strategien, Maßnahmenpakete und Handlungskonzepte in den Rahmen einer Landes-Nachhaltigkeitsstrategie gestellt werden. Beispiel hierfür ist die Entwicklung des Klimaschutzgesetzes und des Klimaschutzplanes.

Für jedes vorgenannte Handlungsfeld sollen im Nachhaltigkeitsprozess von den fachlich zuständigen Ressorts möglichst 3-5 qualitativ und quantitativ messbare Ziele benannt werden. Dabei soll zum einen eine mittelfristige Zielperspektive, z. B. das Jahr 2030 – das wir daher auch in den Titel unserer heutigen Veranstaltung aufgenommen haben – angestrebt werden. Wo immer möglich, soll aber auch eine langfristige Perspektive, z. B. bis 2050, gewagt werden.

Auch soll ein möglicher Ausbau der Nachhaltigkeitsprüfung für Gesetze/Verordnungen, ggf. auch für Pläne und Programme, im weiteren Strategieprozess geprüft werden. Auf Grundlage des Kabinettsbeschlusses werden wir nun die weiteren Schritte einleiten: Für das 1. Halbjahr 2014 steht die Erarbeitung eines ersten Entwurfs eines Strategiepapiers auf der Agenda. Ab Sommer/Herbst 2014 wollen wir dieses Strategiepapier in einer ersten Partizipationsrunde unter Einbindung aller gesellschaftlichen Akteure zur Diskussion stellen. Die geplante 3. NRW-Nachhaltigkeitstagung im Herbst 2014 wird ganz im Zeichen dieser Diskussion stehen.

Die weiteren Überlegungen wird Ihnen Herr Minister Remmel heute Nachmittag im Rahmen seiner Schlussfolgerungen vorstellen.

Sie sehen, NRW meint es ernst mit der Nachhaltigkeit und wir haben uns für die nächsten Jahre ein ambitioniertes Programm vorgenommen. Wichtig sind aber nicht nur die Ergebnisse, sondern auch der Weg, wie wir zu diesen Ergebnissen gelangen. Ein gutes Beispiel dafür ist aktuell der Klimaschutzplan, der in einem einzigartigen Beteiligungsprozess von „unten nach oben“ mit über 400 gesellschaftlichen Akteursgruppen, erarbeitet wird.

Auf dem am **4. Dezember in Wuppertal stattfindenden NRW-Klimakongress** wollen wir hierzu erste Zwischenergebnisse vorstellen und gemeinsam mit internationalen Gästen über die Rolle von Regionen im internationalen Klimaschutz nachdenken und aufzeigen, wie wir mit der Erarbeitung des Klimaschutzplans „von unten“ den Herausforderungen des Klimawandels begegnen wollen.

Der **Klimaschutzplan wird eine wichtige Säule der Nachhaltigkeitsstrategie** werden. Gleichzeitig wollen wir die Erkenntnisse des Klimaschutzplan-Prozesses auch für den Nachhaltigkeitsprozess nutzen.

Denn wenn so ein Prozess gelingt, dann ist er eine Basis dafür, dass in den Folgejahren so etwas wie eine Umsetzung folgen kann und Veränderungen stattfinden. Deshalb stelle ich mir die Erarbeitung einer NRW-Nachhaltigkeitsstrategie ähnlich dem Klimaschutzprozess vor.

Die zahlreichen unterschiedlichen Veranstaltungsformen, Workshops, Streitgespräche im heutigen Rahmen der 2. NRW-Nachhaltigkeitstagung werden sich mit dem Nachhaltigkeitsthema und seinen verschiedenen Facetten auseinandersetzen.

Noch einmal meinen herzlichen Dank für Ihre Beteiligung und für Ihr Engagement! Nur auf der Grundlage einer derart breiten Basis hat die Nachhaltigkeit eine Chance – haben wir eine Chance – unsere Welt nachhaltig zu gestalten und unseren Kindern eine Welt zu hinterlassen, auf der es sich lohnt zu leben.

Herzlichen Dank dafür!

Uns allen wünsche ich nun einen interessanten Tag und vor allen Dingen einen Prozess, der in den nächsten zwei Jahren zu einer Strategie führt, die die Nachhaltigkeit in der Politik Nordrhein-Westfalens fest verankert.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Forschung für Nachhaltigkeit in Nordrhein-Westfalen

Helmut Dockter, Staatssekretär im Ministerium für Innovation, Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen

Sehr geehrter Herr Vizepräsident (Oliver Keymis),
sehr geehrter Herr Kollege (Peter Knitsch),
meine Damen und Herren,

was haben der dramatische Stellenabbau bei E.ON, RWE und EnBW mit der heutigen Tagung zu tun?

Was hat der jüngste Rat der Wirtschaftsweisen, auf den Mindestlohn zu verzichten, mit unserem Thema zu tun? Was lehren uns die Debatten um den „Veggie-Day“ aus dem letzten Bundestagswahlkampf für das Thema dieses Kongresses?

Meine Damen und Herren,
was vielleicht wie eine Provokation klingt, ist in Wahrheit ein Schlaglicht auf ein Thema, das viel komplexer ist, als es die PR-Kampagnen von Unternehmen suggerieren, die heute nahezu alle „green-washed“ daherkommen und Nachhaltigkeit ebenso selbstverständlich benützen wie Effizienz, Kostenfaktoren und Weltmarktführerschaft.

Lassen Sie mich daher gleich zu Beginn meine Ausgangsthese für den Wissenschafts- und Forschungsbereich formulieren:

1. Nachhaltigkeit ist zunächst einmal keine moralische Kategorie – sie ist ein Gebot der Vernunft. Es ist schlicht unvernünftig, in etwa 200 Jahren Industriegeschichte sämtliche Rohstoffe des Globus zu verbrauchen und nur darauf zu hoffen, dass neue Technologien schon helfen, weitere Quellen zu erschließen.
2. Nachhaltigkeit stellt bisherige Formen des Wirtschaftens und auch des Verhaltens in Frage. Gesellschaftlicher Fortschritt wird heute im Angesicht von Nachhaltigkeit neu beantwortet. Damit rückt die Frage, wie wir leben, arbeiten, uns fortbewegen und wirtschaften wollen verstärkt in den Mittelpunkt.



3. Die Bereitschaft, neue Wege zu gehen, ist unmittelbar mit der Frage nach sozialer Sicherheit verknüpft. Nachhaltiges Wirtschaften, das etwa mit Arbeitsplatzverlust und persönlichem Verzicht verknüpft ist, hat keine Chance, tragfähig zu sein. Gesellschaftlicher Fortschritt ist daher immer eine Trias aus Ökologie, Ökonomie und Sozialer Sicherheit. Wollen wir nachhaltig werden, müssen wir uns in dieser Trias bewegen.

Auf diesen Erkenntnissen hat das Wissenschaftsministerium die Forschungsstrategie Fortschritt.NRW aufgebaut. Die Landesregierung hat sich hinter diese Strategie gestellt. Und wir erleben gerade, wie sich deutschland- und europaweit Forschungsaufgaben und -programme darauf fokussieren, Beiträge zur Lösung der großen gesellschaftlichen Herausforderungen leisten zu wollen.

Meine Damen und Herren,
meine Ausgangsfragen machen deutlich, wie komplex dieses Unterfangen ist – und auch, in welchem Wandlungsprozess Wissenschaft und Forschung dabei sind. Machen wir es konkret – am Beispiel der Energiewende: Die Energiewende wird politisch parteiübergreifend gewollt. Jedenfalls ist das bislang noch gesellschaftlicher Konsens.

Die Energiewende braucht dabei ganz sicher technologischen Fortschritt. Deshalb forschen wir in NRW

- an Oberflächen und Beschichtungen für Windräder, damit sie weniger Luftwiderstand haben und effizienter Strom erzeugen,
- an neuen Verfahren zur Energiespeicherung, um den Verlust an grundlastiger Stromerzeugung bei den Erneuerbaren Energien kompensieren zu können,
- an besseren Rotoren und elektrobasierten Motoren,
- an neuen solarthermischen Kraftwerken
- an energieeffizienten Wohngebäuden
- usw.

Die Massenentlassungen bei den großen Energieversorgungsunternehmen indes zeigen aber auch: Bisherige

Geschäftsmodelle sind radikal infrage gestellt – jenseits der Frage, ob das jeweilige Management immer klug und weitsichtig aufgestellt war.

Mit Preisen und beruflichen Existenzen erreicht die Energiewende damit die Menschen unmittelbar. Dies kann den Konsens infrage stellen. Wer Lohn und Brot verliert, wird anders auf die Energiewende blicken.

Hier nun greift die angesprochene Trias: Wissenschaft und Forschung müssen zeigen können, dass die Energiewende nicht nur Ökologie ist, sondern eben auch Ökonomie und Soziale Sicherheit. Und zwar ganz konkret. Neu entstehende Märkte müssen sich entfalten können. Brauchen etwa neue Geschäftsmodelle. Diese wiederum müssen sich am und im Markt bewähren können. Dabei helfen keine Zeigefinger. Dabei hilft nur konsequentes Zusammenarbeiten aller Akteure.

Vor diesem Hintergrund fördert das Wissenschaftsministerium den Aufbau regionaler Innovationsnetzwerke. So haben wir zum Thema Gebäudeeffizienz in zwei ganz unterschiedlichen Regionen des Landes Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zusammengebracht – um neue Geschäftsmodelle zu entwickeln, die Menschen dabei mitzunehmen und Arbeitsplätze entstehen zu lassen. Neue Arbeitsplätze durch die Energiewende.

Wir sind der Überzeugung, dass hierbei regionalisierte Ansätze richtig sind – die Gebäudesubstanz in Ostwestfalen ist durch Ein- und Zweifamilienhäuser geprägt. Im Ruhrgebiet durch mehrgeschossigen Wohnungsbestand. Geschäftsmodelle müssen hier unterschiedlich aussehen. Auch die Akteure sind andere: kleinere kommunale Energieversorger dort, große Versorger hier.

Meine Damen und Herren, ich gebe unumwunden zu: Diesen Ansatz haben wir geklaut. Aus der Industrie: Die Chemieindustrie etwa hat mit ihren Science-to-Business Zentren längst gezeigt, wie erfolgreich Forschung über Disziplinengrenzen hinweg ist. Diesem Modell folgen die regionalen Innovationsnetzwerke.

Sie gehen insofern einen Schritt weiter, als wir die zivilgesellschaftlichen Akteure ebenfalls mit einbeziehen – also transdisziplinär an die Fragestellungen gehen. Denn längst wissen wir, dass noch so gute technologische Lösungen etwa in der Haustechnik nichts nützen, wenn die Menschen sie nicht akzeptieren, nicht anwenden oder gar ablehnen.

Kurzum, mit der Forschungsstrategie locken wir Wissenschaft aus dem vermeintlichen Elfenbeinturm, öffnen wir die Durchgänge zwischen Unternehmen und Forschern und laden wir die Zivilgesellschaft ein mitzumachen.

Und, um es noch einmal klar zu formulieren: Dies alles wird nur gelingen, wenn Forscher und Gesellschaft gleichermaßen technologischen und sozialen Fortschritt ineins denken und wahrnehmen.

Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die wie kaum eine andere Berufsgruppe in ökonomischer Unsicherheit durch Befristungen leben, beschäftigen sich im Zweifel eher mit einer Anschlussbeschäftigung als mit der Arbeit an der Nachhaltigkeit. Wir arbeiten deshalb an einem Kodex für gute Arbeit.

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer brauchen Arbeitsplatzsicherheit und neue Beschäftigungschancen, damit sie Partner auf dem Weg in nachhaltiges Wirtschaften bleiben. Moralische Zeigefinger helfen dabei ebenso wenig wie die Verkleidung von neoliberalen Marktradikalismus in nachhaltigem Gewand, wie es jüngst die Wirtschaftsweisen vorgemacht haben.

Meine Damen und Herren, für Wissenschaft und Forschung sind Inter- und Transdisziplinarität ungeachtet aller Bekenntnisse eine große Herausforderung. Sie fordern geradezu das System heraus.

Es ist nach wie vor so, dass wissenschaftliche Reputation vor allem derjenige erwirbt, der Spezialist auf seinem Gebiet ist. Wer zu früh über den Tellerrand schaut, wird von der community geächtet, nicht mehr ernst genommen. Diese Strukturen, über Jahrhunderte gewachsen, sind schwer zu durchbrechen.

Vor diesem Hintergrund ist es entscheidend, forschungspolitisch die richtigen Anreize zu setzen. Hier sind wir guter Hoffnung.

Wir stehen derzeit am Beginn neuer Förderkulissen. Auf der europäischen Ebene ist das HORIZON 2020 – das weiterentwickelte Forschungsrahmenprogramm.

Gleiches gilt für die neue Förderperiode der Europäischen Strukturfonds: EFRE, ESF und ELER.

Und schließlich sind es die Programmatiken der großen deutschen Forschungsgemeinschaften.

Alle gemeinsam richten ihren Fokus derzeit auf die großen gesellschaftlichen Herausforderungen aus, vom Klimawandel über die Demographie bis hin zur Ressourceneffizienz. Wissenschaft und Forschung sollen hierzu entscheidende Beiträge liefern. Dort, wo wir als Land mitentscheiden können, etwa bei den Strukturfonds, setzen wir auf disziplinenübergreifende Projekte unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft. Wir setzen also auch finanzielle Anreize.

Darüber hinaus setzen wir im Wissenschaftsministerium auf die Qualifizierung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Mit den Fortschrittskollegs fördern wir junge Nachwuchskräfte und bieten ihnen die Möglichkeit, in einem inter- und transdisziplinären Forschungsumfeld zu promovieren.

Schließlich flankieren wir unsere Strategie als Haus, indem wir mit den Hochschulen Vereinbarungen über hochschulinterne Nachhaltigkeitsstrategien abschließen. Alles zusammen, so unsere Hoffnung, kann dazu beitragen, enge disziplinäre Strukturen im Wissenschaftssystem wenn schon nicht aufzubrechen, so doch weiter zu entwickeln. Denn auch hier gilt: Nachhaltigkeit kann nicht verordnet werden.

Meine Damen und Herren, ich freue mich sehr – und verstehen Sie das ruhig als Werbeblock – dass Sie heute die Gelegenheit haben, sich zum Thema Forschungs- und Fortschrittsstrategie aus berufenem Munde im Workshop zu informieren.

Mit Frau Prof. Frost konnte die Vizepräsidentin der Universität Hamburg gewonnen werden. Das ist um so schöner, als der Prophet im eigenen Lande ja meist nichts gilt. Um so interessanter wird es sein, aus hanseatischer Sicht zu erfahren, wie sich eine Hochschule auf Nachhaltigkeit einstellt.

Und mit Herrn Dr. Jahn vom Institut für sozial-ökologische Forschung in Frankfurt konnte jemand gewonnen werden, der sich der Messbarkeit von Nachhaltigkeitsforschung und Transdisziplinarität verschrieben hat. Ich empfehle diese Arbeitsgruppe naturgemäß sehr. Gebe aber – augenzwinkernd und im disziplinenübergreifenden Sinne gerne zu – dass sich der Besuch vieler anderer Workshops ebenfalls aufdrängt.

Meine Damen und Herren, ich hoffe Ihnen gezeigt zu haben: Forschung und Wissenschaften in Nordrhein-Westfalen arbeiten hart am Fortschritt. Wir suchen mit vielen anderen nach nachhaltigen Lösungen. Wir arbeiten gemeinsam an einem zukunfts-fähigen, lebendigen und fröhlichen Nordrhein-Westfalen 2030. Und wir lassen dabei keinen Aspekt aus. Wir denken Ökologie, Ökonomie und Soziale Sicherheit in eins. Als Themen. Und in der Struktur unseres eigenen Systems. In diesem Sinne wünsche ich uns allen – insbesondere auch im Namen von Wissenschaftsministerin Svenja Schulze – ein gutes Gelingen des Kongresses.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!





Zukunftsfähiges Nordrhein-Westfalen 2030

Prof. Dr. Uwe Schneidewind,
Präsident Wuppertal Institut für Klima,
Umwelt, Energie

Sehr geehrter Herr Vizepräsident des Landtages Keymis,
sehr geehrte Herren Staatssekretäre,
sehr geehrte Damen und Herren,

Es ist heute schon ein besonderer Tag für das Thema Nachhaltigkeit im Land. 400 Anmeldungen bei dieser 2. Nachhaltigkeitskonferenz, ein gerade vom Kabinett verabschiedetes Eckpunktepapier zur Nachhaltigkeitsstrategie, mehrere Ressorts, die über ihre Hausspitzen repräsentiert sind, um die Nachhaltigkeitsstrategie des Landes auf den Weg zu bringen – all das macht es auch für das Wuppertal Institut zu einem besonderen Moment. Ist NRW doch das einzige Bundesland, das durch den Weitblick von Johannes Rau und einigen Mitstreitern Anfang der 90er-Jahre mit dem Wuppertal Institut einen vom Land gegründeten Think Tank geschaffen hat, dessen Mission es ist, „Wege zu einer nachhaltigen Entwicklung“ zu erforschen. Darum freue ich mich, Ihnen einen Ausblick auf mögliche zentrale Bausteine eines „zukunftsfähigen Nordrhein Westfalen 2030“ geben zu können.

Nachhaltigkeitsstrategien sind auf Bundes- wie Landesebene immer eine besondere Herausforderung, denn die Offenheit des Begriffes heißt auch, die Vielfalt von Ansprüchen zu berücksichtigen und ineinander in Beziehung zu setzen. Da sind einmal die Ansprüche zwischen Ökologie, Ökonomie und Sozialem mit ihren Interessengruppen in

der Gesellschaft. Da ist insbesondere auf Landesebene die ressortübergreifende Koordination mit ihren jeweils ganz eigenen Perspektiven. Nachhaltigkeitsstrategien können daher Katalysator für die ressortübergreifende Zusammenarbeit sein. Aber gerade darum sind Nachhaltigkeitsstrategien auch keine leichte Aufgabe und verlieren an Relevanz, wenn sie in den Verruf geraten, nur als leere Legitimationsformel für Teilinteressen benutzt zu werden.

Wenn wir auf 2030 schauen, dann liegt die Herausforderung deshalb in intelligenten Synthesen. In Zugängen, die wirkliche und nicht nur eine rhetorische Integration der unterschiedlichen Ansprüche schaffen. Wenn aber eine solche Integration wirklich gelingt, dann wird Nachhaltigkeitspolitik zur eigentlichen Fortschritts politik, die Umwelt-, Wirtschafts-, Infrastruktur-, Sozial-, Gesundheits- und Wissenschaftspolitik integriert.

Das Wuppertal Institut hat als Landesinstitut das Privileg, in NRW mit sehr vielen Akteuren und vielen Ministerien eng zusammenzuarbeiten. Wir haben Einblick in viele Projekte und dabei stoßen wir immer wieder auf die Vielfalt der Potenziale einer integrierten Nachhaltigkeitsstrategie in NRW. Ich möchte Ihnen daher allen Mut machen, sich auf das Abenteuer Nachhaltigkeitsstrategie in NRW einzulassen, weil NRW hier Zeichen setzen kann, die auch weit über NRW hinaus wirken.

Ich zeige Ihnen dabei drei zentrale Perspektiverweiterungen auf, die der Schlüssel dafür sind, ein „zukunftsfähiges NRW 2030“ zu ermöglichen:

- Ein erweitertes Wohlstandsverständnis – vom isolierten ökonomischen Wachstum zum umfassenden Wohlstand.
- Ein erweitertes Innovationsverständnis – von der technologischen zur Systeminnovation.
- Ein erweitertes Investitionsverständnis – von kurzfristig orientierten Investitionen zu umfassender Vorsorge und Prävention.

Diese Perspektiverweiterungen sind kraftvolle Klammern, um unterschiedliche Politikfelder zusammenzubringen. Sie sind der Schlüssel dafür, Ökologisches, Soziales und Ökonomisches neu zusammenzudenken und fruchtbare Kooperation über Ressorts und über gesellschaftliche Bereiche hinweg zu ermöglichen. Zudem möchte ich darauf eingehen, warum gerade NRW als einer der bedeutendsten urbanen und industriellen Ballungsräume in Europa besondere Potenziale hat, solche Perspektiverweiterungen konkret umzusetzen.

Erweitertes Wohlstandsverständnis – vom ökonomischen Wachstum zum umfassenden Wohlstandsbegriff

In der Nachhaltigkeitsdebatte diskutieren wir über Wohlstand für 9 Milliarden Menschen in den planetarischen Grenzen, und damit auch über Wohlstand für 18 Millionen Menschen in NRW vor dem Hintergrund der globalen Verantwortung. Hier ist es wichtig zu definieren, was Wohlstand und gutes Leben eigentlich bedeuten. Dies war übrigens auch 1961 schon einmal Ausgangspunkt in NRW, als Willy Brandt den blauen Himmel über der Ruhr propagierte. Dies war keine isoliert ökologische Vision, sondern im Kern eine Wohlstandsvision, die dann eine gewaltige Dynamik entfaltet hat und nicht nur zum blauen Himmel, sondern auch zum Umwelttechnik-Weltmarktführer Deutschland führte.

Diese Neubewertung von Wohlstand passiert aktuell auch auf internationaler Ebene. Die OECD unterscheidet elf Wohlstandsdimensionen. Einige wie Einkommen, Arbeit und Wohnbedingungen hängen eng mit dem Bruttosozialprodukt zusammen, andere werden durch Faktoren wie Gesundheitssituation, soziale Integration, persönliche Sicherheit oder Work Life Balance beeinflusst. Hier liegt eine große Chance für eine Nachhaltigkeitspolitik: Viele Themen können unter dem Dach eines erweiterten Wohlstandsverständnisses gedacht werden. Einige dieser

Aspekte spielen in der Nachhaltigkeitsstrategie und auch heute auf der Konferenz eine wichtige Rolle: Faire und gute Arbeit als Beitrag zur nachhaltigen Beschäftigung, eine Biodiversitätsstrategie im urbanen Raum, Demographie-Politik, also lebenswerte, sichere, soziale und gesunde Städte als Treiber für breit empfundenen Wohlstand. Weitere sind denkbar, zum Beispiel Bürgerschaftliches Engagement und Bildungspolitik.

Ein zukunftsfähiges NRW 2030 ist daher ein Land, das sich von einem solchen erweiterten Wohlstandsverständnis leiten lässt, dieses messbar macht und seine unterschiedlichen Politiken daran ausrichtet.

Erweitertes Innovationsverständnis: Von der technologischen zur Systeminnovation

Technologische Innovationen standen lange im Vordergrund, wenn wir über Wohlstand, aber auch über Nachhaltigkeit diskutiert haben. Sie spielen auch in Zukunft eine wichtige Rolle: Die Energiewende, die Verkehrswende, aber auch die Zukunft unserer Gebäude und Städte werden durch vielfältige neue Technologien geprägt sein. Wenn wir aber neue Technologien und Infrastrukturprojekte isoliert betrachten, stoßen wir an unsere Grenzen. Es geht künftig vielmehr um die richtige ökologische, institutionelle und soziale Einbettung. Deswegen führen wir zunehmend eine Debatte um soziale Innovationen, reden also über neue Beteiligungsverfahren, über neue Formen des sozialen Miteinanders vom interkulturellen Stadtgarten bis zum Mehrgenerationenhaus, über neue Geschäftsstrategien vom Car-Sharing bis zum Social Entrepreneurship.

Systeminnovationen denken Infrastrukturen, technologische Innovationen und soziale Innovationen zusammen. Sie werden auf diese Weise zum zentralen Innovationsfeld. Das schafft Wettbewerbschancen, fördert einen erweiterten Wohlstand und bindet Akteure breit ein, denn soziale Innovationen kommen oft von unten und nicht nur aus den F&E-Abteilungen großer Unternehmen. Dies hat auch Konsequenzen für Forschungsansätze. Die Landespolitik greift das mit der Neuausrichtung des Wissenschaftsministeriums hin zur Strategie „Fortschritt NRW“ aktiv auf.

Ein zukunftsfähiges NRW 2030 ist daher ein Land mit einem erweiterten Innovationsverständnis. NRW 2030 ist Systeminnovationsland. Neben technologischen Innovationen spielen soziale Innovationen und deren Zusammenspiel in Gesellschaft, Städten und Unternehmen eine zentrale Rolle.

Erweitertes Investitionsverständnis – Von kurzfristig orientierten Investitionen zu umfassender Vorsorge und Prävention

Angesichts der Globalisierung der Kapitalmärkte und hohen Renditeerwartungen haben wir das große Problem, dass nur noch dort investiert wird, wo man kurzfristig große Renditen erwarten kann. Die Folgen sind fatal: Wir investieren zu wenig in grundlegende Infrastrukturen wie Bahnhöfe, Verkehrsinfrastrukturen, Ver- und Entsorgungsinfrastrukturen, Schulen und Hochschulen. Hier hat sich ein gewaltiger Investitionsstau aufgetan. Wir investieren zu wenig in Bildung und gerade in frühkindliche Bildung. Das bestimmt die sozialen und Entwicklungschancen von Menschen in der Zukunft. Wir investieren zu wenig in soziale und Gesundheitsvorsorge, und das führt dann zu hohen Folgekosten im Alter. Wir investieren zu wenig in ökologische Vorsorge und in Klimaschutz – mit erheblichen Folgekosten in der Zukunft.

Nachhaltigkeit heißt im Kern Substanzerhalt – das stand mit Carl von Carlowitz ganz am Anfang des Begriffes. Nur wenn wir zu einem umfassenden Investitionsverständnis kommen, werden wir Substanzerhalt erreichen. Es gilt daher, von kurzfristigen Investitionen zu einer langfristigen Vorsorge zu kommen. Damit entsteht eine Perspektive, die sich auf ganz viele Ressorts übertragen lässt. Auf die Bildungs- und Sozialpolitik, die Gesundheitspolitik, den demographischen Wandel, die Wirtschaftspolitik, die Umwelt- und Klimapolitik und die Forschungspolitik. Die Umsetzung einer solchen Präventionspolitik ist alles andere als leicht. Sie muss Kurzfristigkeit überwinden, sie braucht komplexere Mess- und Erfolgskriterien und sie muss politische Überzeugungskraft und Konstanz über Legislaturperioden hinweg entfalten. Genau das macht aber gute Nachhaltigkeitspolitik aus. NRW hat hier in den letzten Jahren und Jahrzehnten immer wieder Zeichen gesetzt – der Emscher-Umbau ist ein gutes Beispiel dafür.

Ein zukunftsfähiges NRW 2030 ist daher ein Land, das sich einem solch breiten Investitions- und Vorsorgeverständnis verpflichtet fühlt und seine Politik konsequent daran ausrichtet.

Urbane Zukünfte als wichtiger Kern einer Nachhaltigkeitsstrategie 2030

Städte und Stadtregionen sind – gerade auch im Zusammenspiel mit den sie umgebenden ländlichen Regionen – Orte, in denen Wohlstand, Innovation und Investitionen gemeinsam gedacht werden müssen. Schon heute leben 50% der Menschen weltweit in Städten, 2050 werden

es weit über 70% sein. In Deutschland haben wir heute schon diese Quote erreicht und NRW liegt noch etwas darüber. Fragen der zukunftsfähigen Stadtgestaltung und der innovativen Stadt-Land-Kopplungen stehen heute im Mittelpunkt der Debatte. Sie sind auch ein zentrales Thema des nächsten WBGU-Gutachtens. Hier leben die meisten Menschen, hier entstehen die zentralen ökologischen Herausforderungen, hier sind die Schmelztiegel für kulturelle Innovationen. Deswegen wird sich Nachhaltigkeit in Städten entscheiden. Für NRW als zentrale urbane Großregion birgt das eine ganz besondere Chance. Auf der Ebene Stadt verschmelzen technologische, planerische, soziale Herausforderungen, Städte sind Labore auch für ein erweitertes Innovationsverständnis. Hier verbindet sich Landespolitik mit Kommunalpolitik, und das ist entscheidend für die politische Umsetzung von nachhaltiger Politik. Eine besondere Bedeutung kommt dabei dem Quartier zu, denn hier ist die Bottom-Up-Dynamik besonders groß, hier organisiert sich soziale Kohärenz. Projekte wie die InnovationCity Ruhr Bottrop, die Initiativen in vielen anderen Städten wie zum Beispiel das Transformationslabor Wuppertal, aber auch die geplante Klima-Expo weisen in diese Richtung. Und diese Projekte müssen wir denken: nicht nur technologisch, mit einem erweiterten Wohlstands- und Investitionsbegriff. Wir haben dafür gute Beispiele: Der Emscher-Umbau zeigt wunderbar, wie technologische, kulturelle und soziale (Beteiligungs)-Innovationen zusammenwirken und zu einer völligen Neubewertung urbanen Raums führen können.

Ein zukunftsfähiges NRW 2030 ist daher eines, das seinen urbanen Charakter unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten kraftvoll entwickelt und damit wichtige Orientierungen nicht nur national, sondern auch international setzt.

NRW als Schaufenster

NRW 2030 hat alle Voraussetzungen dafür, mit seiner Nachhaltigkeitsstrategie national und international Zeichen zu setzen und zum Schaufenster für die Welt zu werden. Ein zukunftsfähiges NRW 2030 kann nicht nur für viele andere Teile Deutschlands und der Welt Impulse geben, sondern auch ein zentraler Wohlstandsmotor für das Land NRW sein. Durch die breite Einbindung, mit der der Prozess gestartet wurde, sind alle Voraussetzungen dafür da.

Ich freue mich daher mit Ihnen nicht nur auf die spannende Komposition dieser 2. NRW-Nachhaltigkeitskonferenz, sondern insbesondere auf die Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie hier in Nordrhein-Westfalen.

Nordrhein-Westfalen im Kontext der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie

Marlehn Thieme, Vorsitzende des Rates für Nachhaltige Entwicklung

Sehr geehrter Herr Vizepräsident des Landtages Keymis,
sehr geehrte Herren Staatssekretäre,
sehr geehrte Damen und Herren,

„Wege in eine nachhaltige Zukunft“ lautete die erste Nachhaltigkeitskonferenz in Nordrhein-Westfalen im vergangenen Jahr.

In der Zwischenzeit hat die neue Landesregierung Nachhaltigkeit als politisches Leitprinzip festgelegt und Eckpunkte einer Landesnachhaltigkeitsstrategie beschlossen. Gut ein Jahr später kommen Sie und wir heute zusammen, um über ein zukunftsfähiges Nordrhein-Westfalen 2030 zu reden, der Prozess für die Entwicklung einer Nachhaltigkeitsstrategie ist im vollen Gange.

Zeiten von sich verändernden Rahmen- und Lebensbedingungen, in der Politik, Wirtschaft oder bei uns selbst, sind Zeiten, die eine besondere Stärke und auch Chance in sich haben: sie geben Raum zur Veränderung – und die ist jetzt dringend notwendig!

Zu Beginn dieser Konferenz hat Herr Keymis aus dem jüngst erschienenen Umweltbericht Mahatma Ghandi zitiert: „Die Welt hat genug für jedermanns Bedürfnisse, aber nicht für jedermanns Gier“. Und damit haben Sie jeden einzelnen in seinem oft unbewussten Lebensstil, in unserem großen Wohlstand in der einen Welt gemeint und nicht nur auf Banker gezielt. Ich danke Ihnen, dass Sie diesen leider immer noch aktuellen Grundgedanken einer nachhaltigen Entwicklung jetzt wieder aufgegriffen haben.

Die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie behält auch in den derzeitigen Veränderungen die unterschiedlichen Zielformulierungen und Indikatoren im Blick. Und ich kann Ihnen sagen, wir sind in Deutschland auch in der Realisierung bei vielen Zielen auch gut auf Kurs, nur bei vielen Umweltzielen leider noch nicht – und das gilt leider Ihrem Umweltbericht zufolge auch für das Land NRW.

Die Artenvielfalt schwindet, der Flächenverbrauch ist – obwohl unter dem bundesweiten Durchschnitt – nach wie



vor auf einem viel zu hohen Niveau und der Klimawandel bedroht unsere zivilisatorischen Errungenschaften und den Wohlstand, der damit verknüpft ist. Dass der Klimawandel längst auch in NRW angekommen ist, zeigen der Anstieg der mittleren Jahrestemperatur um ein Grad oder die früher einsetzende Blüte von heimischen Obstbäumen – Erkenntnisse, die auch Ihr Umweltbericht anspricht.

Meine Damen und Herren, Mahatma Ghandi war nicht nur ein unerschrockener Analytiker, sondern er wusste auch, wie Veränderung möglich wird: „Sei du selbst die Veränderung, die du dir wünschst für diese Welt“.

Der Gedanke fußt auf einer Grundhaltung, die die Menschen mitnimmt und auf Kooperation und Dialog setzt. Jede Ebene in Deutschland hat ihre konstitutionellen Aufgaben, jede gesellschaftliche Gruppe ihre Funktionsweise – aber nur gemeinsam kann es uns gelingen, den Prozess einer nachhaltigen Entwicklung erfolgreich zu gestalten.

Die Bundesregierung hat in diesem Jahr die deutsche Nachhaltigkeitspolitik erneut einer Überprüfung internationaler Experten unter Federführung des Rates für Nachhaltige Entwicklung unterzogen. In dem gerade erschienenen „Peer Review der deutschen Nachhaltigkeitspolitik“ plädieren diese Experten für einen neuen Aufbruch in Deutschland hin zu mehr Nachhaltigkeit und betonen, welche zentrale Rolle unser Land dabei in der Welt spielt. Und wer an Deutschlands Rolle denkt, muss ganz zentral an das Bundesland Nordrhein-Westfalen denken. NRW ist für das Gelingen einer nachhaltigen Entwicklung entscheidend, nicht nur, weil es das bevölkerungsreichste Land ist. Vor allem als Industrie- und Energiestandort kommt Nordrhein-Westfalen eine zentrale Gestaltungsrolle für das Gelingen der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie und auch der Energiewende zu.

Da ich selber viele Jahre in Ihrem schönen Land gelebt habe, weiß ich, dass NRW nicht das in den Medienberichten verzerrt dargestellte „Kohleland“ im mittleren Westen Deutschlands ist. Und ich sehe viele Innovationen und

gute Beispiele – für erneuerbare Energieträger, für die Entwicklung eines bewussten Umgangs mit Energie, für eine Energieeffizienz, die neue Arbeitsplätze schafft, und das bei ökologischer und sozialer Verträglichkeit!

Ich weiß, dass diese Veränderungen nicht konfliktfrei und schon gar nicht einfach sind – aber ich glaube, dass NRW dabei ein Zukunftslabor sein kann oder schon ist! Gibt es nicht hier seit über 20 Jahren eine starke Energieagentur, die als Beraterin und Umsetzerin für Wirtschaft, Kommunen, Bürgerinnen und Bürger fungiert? Ist es nicht NRW, das als erstes Bundesland ein Klimaschutzgesetz verabschiedet hat? Gibt es nicht in NRW die Innovation City Ruhr, die in ihrer Ursprungsstadt bereits heute erfolgreich ist und damit auch als Blaupause für andere Städte zukünftig ein Vorbild sein kann? Gibt es nicht hier die Weite und Bodenständigkeit, die man braucht, um zu erkennen, dass Innovation machbar ist und dass weniger oft mehr sein kann?

Aus der Sicht des Nachhaltigkeitsrates darf die Energiewende nicht auf Technikfragen reduziert werden, sie muss als Gemeinschaftswerk betrachtet werden und vor allem mit den drängenden Fragen der Klimapolitik verknüpft werden.

Wenn Deutschlands Führungsrolle international gefragt ist, dann – meine Damen und Herren – betone ich die Bedeutung von NRW für eine gelingende Nachhaltigkeitspolitik und rufe, wie es auch der Peer Review fordert, zu mehr Kooperation und Dialog – besonders zwischen Bund und Ländern, aber auch den Kommunen, und den Unternehmen wie den Organisationen der Zivilgesellschaft auf. Nachhaltigkeit ist ein Begriff, der Konflikte benennt, um im Dialog Lösungen zu suchen.

Diesen Dialog wollen Sie jetzt sofort starten und ich freue mich, dass Sie sich heute auf dem Podium und in den Workshops wichtigen Fragen des Klimadiskurses, der kommunalen Nachhaltigkeitspolitik oder dem Beitrag NRWs zur Entwicklungspolitik widmen. Machen Sie NRW weiter zum Zukunftslabor und seien Sie jetzt, gleich und sofort die Veränderung, die Sie selbst für unsere Welt heute diskutieren und als wichtig erachten.

Herzlichen Dank!





Streitgespräch Ökonomische Zukunftsfähigkeit – ökologische Verantwortung – soziale Gerechtigkeit – ein Streitgespräch über ein Nachhaltiges NRW

Irmtraud Pawlik, Geschäftsführerin Hydro
Aluminium Deutschland GmbH

Josef Tumbrinck, Vorsitzender NABU NRW

Andreas Meyer-Lauber, Bezirksvorsitzender
DGB NRW

Moderation: Dr. Tanja Busse

Dr. Tanja Busse: Frau Pawlik, der Neusser Standort Ihres Unternehmens ist einer der größten deutschen Stromverbraucher. Wie kann ein so energieintensives Unternehmen wie die Hydro Aluminium trotzdem den Weg in die Nachhaltigkeit gehen?

Irmtraud Pawlik: Die Hydro Aluminium ist an elf Standorten in Deutschland aktiv, die wichtigsten davon, nämlich unsere großen Aluminiumwalzwerke und unser Forschungs- und Entwicklungsstandort liegen in NRW und natürlich unse-

re Aluminiumhütte in Neuss. Unser deutsches Unternehmen gehört zur global agierenden Norsk Hydro. Nachhaltigkeit ist seit Jahrzehnten in der Unternehmensstrategie dieser norwegischen Gesellschaft verankert. Dort wie auch bei uns in Deutschland basiert Nachhaltigkeit auf drei Säulen: der ökologischen, ökonomischen und sozialen Säule.

Zum Thema soziale Nachhaltigkeit kann ich in Richtung des Gewerkschaftsvertreters sagen, dass Mindestlohn kein Thema für uns ist, denn wir zahlen überall in Deutschland Tariflöhne und bieten sehr gute Arbeitsbedingungen an. Aber auch die ökologische Verantwortung nehmen wir ernst: Aluminium ist zwar in der Primärproduktion sehr energieintensiv, aber es besitzt große ökologische Vorteile, die den Energieeinsatz bei der Produktion mehr als wettmachen, wenn es einmal in der Welt ist. So trägt Aluminium auch zur Energiewende bei, es gibt keine Windräder oder Solaranlagen, in denen nicht Aluminium eingesetzt ist. Aluminium ist leicht und wird deshalb

gerne im Transportsektor verwendet, weil es aufgrund seiner Leichtigkeit, z. B. in Verkehrsmitteln, wenig Energie verbraucht und damit den CO₂-Ausstoß verringert. Die geringe Korrosion und die guten Barriere-Eigenschaften von Aluminium führen zur Ressourceneffizienz. Und v. a. ist Aluminium ohne Qualitätsverlust unendlich recycelbar. Deshalb erweitern wir kontinuierlich unsere Recyclingaktivitäten. Für das Recyceln von Aluminium werden nur fünf Prozent der ursprünglichen Energie benötigt. Die Aluminiumhütte in Neuss arbeitet zudem sehr energieeffizient, wir sind hier mit bei den Benchmarkführern weltweit. Leider musste die Produktion in Neuss jedoch im Jahr 2008 wegen zu hoher Strompreise auf ein Fünftel heruntergefahren werden. Wir haben sie dann teilweise wieder hochgefahren, als die Entlastung bei den CO₂-Kosten im Strompreis auf EU- und Bundesebene kam – wenn es nun politische Stabilität mit Blick auf die Besondere Ausgleichsregelung bei der EEG-Umlage gäbe, würden wir wahrscheinlich auch wieder auf die volle Kapazität hochfahren. Aber hierzu brauchen wir unbedingt Planungssicherheit, die wir zurzeit nicht haben.

Dr. Tanja Busse: Am Standort Neuss arbeiten 620 Menschen, es könnten aber laut Frau Pawlik noch mehr sein. Herr Tumbrinck, sind die Ausgleichszahlungen des EEG für ein solch energieintensives Unternehmen vor diesem Hintergrund gerechtfertigt?

Josef Tumbrinck: Die Umweltverbände sehen die Ausgleichszahlungen für große Unternehmen, die in einer weltweiten Konkurrenz stehen und sich auch sehr anstrengen, Energie einzusparen, nicht grundsätzlich kritisch. Es geht um die Frage, in welchem Umfang diese Ausgleichszahlungen geleistet werden – hier muss die neue Bundesregierung genauer hinschauen und Ausnahmen auch zurücknehmen. Klar ist, dass Arbeitsplätze in Deutschland und vor allem in NRW nicht verloren gehen dürfen, und auch Innovationen dürfen nicht gestoppt werden. Wir müssen dann aber auch weltweite Standards setzen. Es stellt sich jedoch auch die Frage, wo wir

Aluminium verwenden und wo auch andere Stoffe eingesetzt werden könnten. Und wichtig ist auch zu schauen, wie wir Aluminium, das bereits global im Umlauf ist, zurückbekommen und wieder einsetzen können.

Dr. Tanja Busse: Herr Tumbrinck, was kann der NABU zur Nachhaltigkeitsstrategie in NRW leisten? Welche Fragen und Forderungen hat der NABU an die Nachhaltigkeitsstrategie?

Josef Tumbrinck: Der NABU hat gemeinsam mit dem DBG und vielen anderen Akteuren bereits klare Vorstellungen in zwei Konferenzen entwickelt und schriftlich fixiert. NRW muss es schaffen, in einem breiten gesellschaftlichen Dialog und unterstützt von kluger Politik eine Nachhaltigkeitsstrategie auf die Beine zu stellen. Wir erwarten auch nicht, dass die Landespolitik uns das aufschreibt – wir arbeiten bereits daran. Entscheidend ist aus meiner Sicht, dass die Akteure in diesem wichtigen Bundesland auch wirklich gemeinsam und ohne Grabenkämpfe daran arbeiten wollen. Die Politik muss sich dieses Thema parteiübergreifend und über mehrere Legislaturperioden hinaus zur Kernaufgabe ihrer Arbeit machen.

Dr. Tanja Busse: Herr Meyer-Lauber, in NRW stehen Naturschutz und Arbeitsplätze traditionell in einem Gegensatz. Wie sehen die Gewerkschaften das Thema Nachhaltigkeit, wo sehen Sie Ihre Aufgabe?

Andreas Meyer-Lauber: Für uns ist das Thema sehr aktuell geworden, weil in unserem Kernbereich „Arbeit“ ein Modernisierungsprozess im Gange ist, in dem die Unternehmen mehr auf Energieeinsparungen und Ressourceneffizienz achten. Arbeit in NRW verändert sich und es entstehen Strukturbrüche, z. B. durch den Abbau von Kohle. Diese Brüche bedeuten oft Arbeitslosigkeit, aber auch neue Jobs in anderen Branchen. Für uns stehen gute Arbeit und faire Löhne im Zentrum der Nachhaltigkeitsdiskussion, und deshalb sind wir in diese Diskussion involviert. Ich möchte aber auch unterstreichen, dass die notwendigen Rahmenbedingungen europäisch und weltweit gesetzt werden. Dadurch entstehen Konkurrenzsituationen, denen wir uns stellen müssen.

Dr. Tanja Busse: Können Nachhaltigkeitsforderungen und Anforderungen an gute Arbeit also auch zu einem Produktionshemmnis werden?

Andreas Meyer-Lauber: Ja, das kann passieren. Ein Weg ist die Entlastung energieintensiver Unternehmen bei bestimmten Abgaben. Das ist aber nur eine vorübergehende Strategie. Die Frage ist vielmehr, ob die Politik die



Kraft hat, europäische und weltweite Standards durchzusetzen. Das ist notwendig für die gesamte Welt, denn die ökologischen Veränderungen bedrohen uns alle. Leider verhindern nationale Interessen dies oftmals. Wir in NRW müssen unsere Kraft in die politischen Regelungen stecken, die wir brauchen, um Wirtschaftsland zu bleiben.

Dr. Tanja Busse: Hier kommt eine Frage aus dem Publikum an die Runde. Welche Empfehlung gibt es von Ihrer Seite an Ministerpräsidentin Hannelore Kraft zur derzeit in Berlin geführten Diskussion über den Erhalt der Kohle in NRW?

Andreas Meyer-Lauber: Das ist nicht einfach mit Ja oder Nein zu beantworten. Es ist die Frage, wie das Übergangsszenario aussieht. NRW ist ein energieproduzierender Standort mit hohen Kohleanteilen. Das könnten wir theoretisch relativ schnell beenden, aber was kommt dann, wem nützt das? Aus unserer Sicht ist die Stein- wie die Braunkohle eine begrenzte Übergangstechnologie, die wir brauchen, um Energie zu sichern und einigermaßen preisgünstig die Energiewende meistern zu können.

Josef Tumbrinck: Ich stimme zu, dass die Steinkohle eine Übergangstechnologie ist, wir brauchen kohlenstoffbasierte Kraftwerke. Aber ich sage Nein zur Braunkohle, denn die Umweltauswirkungen der Braunkohle kann jeder im Land sehen. Den Übergang zu meistern, das wird die Kunst sein. Wir müssen langfristig weg von der Steinkohle und hinkommen zu erneuerbaren Energien, aber die Menschen in diesem Prozess unbedingt mitnehmen und die Biodiversität erhalten. Dabei müssen wir schauen, wie wir die kohlebasierten Kraftwerkstandorte umbauen. Es ist eine Aufgabe für uns alle, diesen Umstieg zu realisieren – ohne große Brüche im Arbeitnehmerbereich.

Irmtraud Pawlik: Wir brauchen für unsere Betriebe Grundlaststrom, nicht den volatilen aus den erneuerbaren Energien. Unsere Erfahrungen mit Letzteren sind nicht gut, denn der enorme Zubau hat zunehmend bei uns zu Betriebsunterbrechungen geführt. Die Kohle sichert uns günstigen und zuverlässigen Energiefluss und damit Versorgungssicherheit. Zudem arbeiten insbesondere die neuen Kohlekraftwerke hocheffizient. Wenn die ganze Welt mit solchen hocheffizienten Kohlekraftwerken arbeitete, hätten wir einen großen Teil des CO₂-Problems gelöst.

Dr. Tanja Busse: Ich habe noch eine Frage aus dem Publikum. Was könnten verbindliche Nachhaltigkeitskriterien für Unternehmen sein?

Irmtraud Pawlik: Ich knüpfe hier an die soziale Nachhal-

tigkeit an. Die Hydro Aluminium ist auf unterschiedlichen Feldern aktiv, z.B. im Bereich Ausbildung und Kooperation mit den unterschiedlichsten Einheiten. Wir fördern den Girls Day, unterstützen Gemeinden, in denen unsere Werke stehen, und kooperieren mit Verbänden wie NABU und anderen, um in einen kontinuierlichen Informationsaustausch zu kommen und eventuell gemeinsam Projekte zu realisieren.

Dr. Tanja Busse: Eine weitere Frage aus dem Publikum. Was sollte das Land NRW tun, um Unternehmen beim nachhaltigen Wirtschaften zu unterstützen?

Josef Tumbrinck: Es passiert ja schon einiges, z. B. durch die Effizienzagentur und die Energieagentur. Die großen Unternehmen sind auch schon einen großen Schritt weiter. Es kann aber von Seiten der Landesregierung noch mehr getan werden, um insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen auf dem Weg zum nachhaltigen Wirtschaften zu unterstützen und um deren Energieeffizienz zu verbessern. Deshalb sollten bestehende Förderprogramme zur Beratung ausgebaut werden – die Unternehmen müssen dies dann aber auch annehmen. Das Interesse wird sicher steigen, wenn die kleinen und mittleren Unternehmen nicht ausgenommen werden von der EEG-Umlage.

Dr. Tanja Busse: Kommen wir noch einmal zur sozialen Dimension der Nachhaltigkeit zurück. Herr Meyer-Lauber, wie kann in den ländlichen Regionen soziale Nachhaltigkeit entwickelt werden?

Andreas Meyer-Lauber: Wir müssen die Infrastruktur aufrechterhalten und die ärztliche Versorgung sicherstellen, denn sonst beschleunigen wir den Bevölkerungsrückgang im ländlichen Raum. Das regelt der Markt nicht alleine, da brauchen wir intelligente Modelle und auch öffentliche Unterstützung. Wir sollten darüber nachdenken, welche Standortfaktoren auch im ländlichen Raum zu finden sind und welche Art von Arbeit dort angesiedelt werden kann. Es gibt ja in NRW viele mittelständische Unternehmen, die im ländlichen Raum angesiedelt sind – es gibt also große Unterschiede auch im sogenannten ländlichen Raum.

Dr. Tanja Busse: Stichwort Wanderarbeiter und Leiharbeiter in der Landwirtschaft. Vor welchen Herausforderungen stehen die Gewerkschaften, wenn sie sich auch hier um gute Arbeit kümmern wollen?

Andreas Meyer-Lauber: Gute Arbeit zu fairen Löhnen für alle zu schaffen, die in NRW arbeiten, das ist unsere

Aufgabe. Wir kümmern uns deshalb verstärkt um Wanderarbeiter, haben eine neue Beratungsstelle für diese Arbeitnehmer in Dortmund gegründet. Das Leiharbeiter-tum entspricht in keiner Weise unserer Vorstellung von Nachhaltigkeit, es darf europäisch nicht toleriert werden. Wir brauchen deshalb einen branchenunabhängigen Mindestlohn, der für alle gezahlt wird, unabhängig von Herkunft und Alter. Nachhaltiges Arbeiten bedeutet auch Qualifikation, also länger in bestimmten Arbeitsprozessen zu sein und hier Verantwortung für die Zukunft zu übernehmen – ein Leiharbeiter kann und will diese Verantwortung nicht übernehmen. Als Industrieland brauchen wir aber diese Orientierung in die Zukunft in allen Bereichen, bis in die Hightech-Dienstleistungen. In NRW sind bereits tausende Unternehmen auf diesem zukunftsorientierten Weg unterwegs. Sie müssen zunächst analysieren, was sie selbst in ihrem Produktionsprozess tun können, um z. B. Energie einzusparen. Sie müssen sich beraten lassen, welche neuen Technologien und welche Produkte sie einsetzen und entwickeln können – die Energieagentur kann da helfen. Wichtig ist aber auch, die Belegschaft bei solchen Prozessen mitzunehmen und ihnen eine Rolle zu geben.

Irmtraud Pawlik: Ein energieintensives Unternehmen schaut besonders genau hin, an welchen Stellen Energie eingespart werden kann. Unsere Betriebe haben Energie Management Systeme, bei uns arbeiten Energieeffizienzmanager, selbst bei den Auszubildenden haben wir in Kooperation mit den Gewerkschaften Seminare zur Ressourceneffizienz eingeführt.

Dr. Tanja Busse: Hier kommt eine weitere Frage aus dem Publikum: Wie soll sich NRW zum EU-Freihandelsabkommen mit den USA verhalten?

Josef Tumbrinck: NRW muss sich als Land überhaupt erst einmal in diese Diskussion einmischen und nicht anderen die Verhandlung überlassen. Die globale Landwirtschaft ist einer der größten Treiber des Biodiversitätsverlustes. Wenn dieses globale System und die US-Standards zum Modell für NRW werden, dann ist das schlecht für NRW – wir müssen also versuchen Einfluss zu nehmen, da die Folgen des Freihandelsabkommens die Lebensqualität und Biodiversität in NRW in hohem Maße beeinflussen würden.

Irmtraud Pawlik: Norsk Hydro hat weltweite Standards, die auch weltweit angewandt werden. Wir sagen, dass sich nachhaltiges Arbeiten und Wirtschaften letztlich auszahlt. Wir werden unsere Standards nicht heruntersetzen. Wir müssen dann natürlich sehen, wie die



Konkurrenz damit umgeht und uns der Herausforderung stellen.

Dr. Tanja Busse: Abschließend möchte ich eine Frage an Sie alle richten. Zukunftsfähiges NRW 2030 – was liegt Ihnen am Herzen? Was brauchen wir, was muss geschehen?

Irmtraud Pawlik: Wir brauchen ein politisches Umfeld, in dem wir weiter operieren und Arbeitsplätze erhalten können. Wir brauchen Planungssicherheit für die Zukunft. Wir brauchen die Entlastungen für EEG und Kompensation von CO₂-Kosten bei den Strompreisen. Wenn die Entlastung ausfiele, hätten wir nicht tragbare Mehrkosten und dies würde das Aus für unsere Aluminiumhütte bedeuten. NRW muss seine Industriearbeitsplätze erhalten, weil Industrie mit dafür verantwortlich war, dass wir die Wirtschaftskrise so gut überstanden haben.

Josef Tumbrinck: NRW muss sich seiner globalen Verantwortung bewusst sein. Die Nachhaltigkeitsstrategie braucht alle drei Dimensionen, denn wir sind letztlich alle voneinander abhängig. Eine Nachhaltigkeitsstrategie gelingt erst dann, wenn es einen breiten Konsens gibt und die Strategie von der gesamten Gesellschaft getragen wird – wenn wir wirklich in die Umsetzung über Legislaturperioden hinaus gehen, kann dies gelingen.

Andreas Meyer-Lauber: Märkte sind stark, aber sie können nicht alles regeln. Auch die Politik in diesem Feld ist gefragt. Wir brauchen dringend eine Marktordnung im Energiebereich. Wir brauchen aber auch mehr Demokratie, um den Übergangsprozess zu gestalten. Wir brauchen deshalb Mitbestimmung in den Betrieben. Auch wenn diese Mitbestimmung in den großen Betrieben schon vielfach vorhanden ist, gibt es für die Gewerkschaften noch viel zu tun. Wir wollen in der Gesellschaft deutlich machen, dass ein Betriebsrat auch strategisch Einfluss nehmen kann auf die Gestaltung von guter und nachhaltiger Arbeit.



Die Rolle von NRW im nationalen und internationalen Klimadiskurs

Teilnehmende an der Diskussion:

Simone Raskob, Stadt Essen, Beigeordnete
Stefan Rostock, Germanwatch,
 NRW-Fachkoordinator Klima und Entwicklung

Moderation: Prof. Dr. Manfred Fishedick,
 Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie,
 Vizepräsident

Einleitung

Klimaschutzaktivitäten sind notwendiger denn je, wie der neue Sachstandbericht des Weltklimarates erst vor kurzem wieder bestätigt hat. Der Workshop behandelte die Rolle des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen auch vor dem Hintergrund des im Januar 2013 verabschiedeten Klimaschutzgesetzes NRW, welches einen rechtlichen Rahmen für Klimaschutzmaßnahmen darstellt und darüber hinaus die klimapolitischen Ziele des Landes definiert. Im Workshop wurden verschiedene Perspektiven vorgestellt: Der Moderator des Workshops, Prof. Dr. Manfred Fishedick vom Wuppertal Institut, stellte den aktuellen Stand der wissenschaftlichen Faktenlage zum Klimawandel vor. Die Beigeordnete der Stadt Essen, Simone Raskob, erläuterte die Anstrengungen, welche auf kommunaler Ebene unternommen werden, um die Klimaschutzziele im Alltag umzusetzen. Stefan Rostock, NRW-Fachkoordinator Klima und Entwicklung der Nichtregierungsorganisation Germanwatch, verdeutlichte die globale Problematik und zeigte darüber hinaus Herausforderungen und Chancen für das Land Nordrhein-Westfalen auf.

„Der Handlungsdruck wächst“

Zu Beginn des Workshops verdeutlichte Prof. Dr. Manfred Fishedick die hohe Aktualität des Themas Klimaschutz, speziell auch vor dem Hintergrund der Klimakonferenz in Warschau. Weiterhin bestehen signifikante Hürden für eine Einigung, da viele Nationen auch weiterhin die Motivation vermissen lassen, die notwendigen Maßnahmen zur Erreichung der Ziele entschlossen umzusetzen. Dies hat zur Folge, dass entgegen der von der Politik formulierten Ziele einer Halbierung des CO²-Ausstoßes die Emissionen weiter unaufhörlich steigen.

In den letzten Jahren „habe unter der Bevölkerung die Klimasensibilität jedoch erfreulicherweise stetig zugenommen“, was sicherlich auch damit zusammenhänge, dass die Kenntnisse über den Klimawandel zunehmend auf einem festen wissenschaftlich-empirischen Fundament beruhen. Bei der Umsetzung der nötigen Maßnahmen sieht Prof. Dr. Fishedick zweifellos die Politik gefordert, erläutert aber die Schwierigkeiten die im Zusammenspiel der verschiedenen Politikebenen, dem sogenannten Mehrebenensystem, auftreten. So ist beispielsweise der Einfluss der nationalen und regionalen (inkl. kommunalen) Politik begrenzt, da mittlerweile etwa zwei Drittel der deutschen Klimapolitik in Brüssel entschieden werden.

Die Stadt Essen – Vorreiter in Maßnahmen zum Klimaschutz

Anschließend stellte Dipl.-Ing. Simone Raskob die Perspektive der Kommunen bei der Bewältigung der Klimapro-

blematik vor und ging darauf ein, inwiefern die Städte, in diesem Fall die Stadt Essen, dem Land Nordrhein-Westfalen bei der Umsetzung der Klimaziele helfen können. Hierbei ist es nötig sich zu vergegenwärtigen, dass die Klimaziele der Europäischen Union kurz- bis mittelfristig nicht deckungsgleich sind mit den Klimazielen der Bundesrepublik Deutschland. Die von der EU gesetzten Klimaziele liegen momentan bei einer Verringerung des CO₂-Ausstoßes um 20%, während es auf längere Sicht eine Zielkonformität gibt (Minderung der Emissionen um 80 bis 95% bis 2050 im Vergleich zu 1990). Die Klimaziele Deutschlands sind hingegen weit ehrgeiziger und liegen bei einer Reduktion des Treibhausgasausstoßes um 40% gegenüber 1990. Um diese hochgesteckten Ziele zu erreichen, müssen die Kommunen ihre Beiträge leisten. Simone Raskob zeigte in der Folge die vielseitigen Möglichkeiten einzelner Kommunen, diese ehrgeizigen Ziele zu erreichen und machte v. a. deutlich, dass die Kommunen gleich auf mehreren Ebenen gefordert sind und sich je nach Funktion, Einfluss und Verantwortung der Stadt einbringen können:

- als Energieverbraucher und Immobilieneigentümer kann sie direkten Einfluss nehmen
- als Planungsbehörde kann sie richtungsweisend wirken
- als Dienstleister kann sie gestaltend einwirken
- als Initiator und Koordinator kann sie Impulse geben
- als Multiplikator kann sie private Akteure zum Handeln motivieren.

Die Stadt Essen hat in den letzten Jahrzehnten, wie Simone Raskob anhand einer Chronik kurz darlegte, bereits mannigfaltige Maßnahmen beschlossen und auch umgesetzt. Insgesamt handelt es sich um etwa 130 Maßnahmen in folgenden sieben Bereichen: Erneuerbare Energien, Verkehr und Mobilität, Immobilien, Energieeffiziente Beschaffung, Initiativen in Wirtschaft und Bevölkerung sowie Stadtplanung und Freiraumentwicklung. Diese Maßnahmen wurden in den Jahren 2010 und 2013 folgerichtig mit der Auszeichnung als „European Energy Award“ belohnt.

In der Folge wurden einige Beispiele erfolgreicher Maßnahmen genannt: So hat die Stadt Essen eine Klimaagentur ins Leben gerufen, welche prominent in der Innenstadt positioniert, der Bevölkerung kostenlose Beratungen anbietet.

Einer ebenso großen Resonanz erfreue sich das Projekt der „RWE-Thermografie“, welches die Energieverschwendung der einzelnen Haushalte aus der Vogelperspektive dokumentiert. Ein weiteres Feld, auf dem die Kommune



bereits umfangreiche Maßnahmen ergriffen hat, ist der Bereich Verkehr und Mobilität. So wird zum einen versucht, den Verbrauch der städtischen Fahrzeugflotte zu reduzieren und zum anderen werden diverse Programme zur Sensibilisierung der Bevölkerung in Fragen des individuellen Mobilitätsverhaltens, beispielsweise Trainings für sparsames Autofahren, angeboten.

Simone Raskob führt diesen Erfolg darauf zurück, dass die Klimafrage in Essen bereits früh zur Chefsache erklärt wurde. So seien nicht diverse Ressorts mit den Problematiken befasst, sondern würden diese zentral vom Oberbürgermeister der Stadt Essen selbst koordiniert. Durch diese klare Kompetenzverteilung gelang es seit 2009 den CO₂-Ausstoß der Stadt um über 23% gegenüber 1990 zu reduzieren. Nichtsdestotrotz gebe es noch große Spielräume zur Verbesserung, wie Simone Raskob darlegte.

Ein großes Potential liege dabei ihres Erachtens sicherlich in der energetischen Sanierung der stadteigenen Immobilien, da 80% des städtischen Immobilienbesitzes in einer Zeit errichtet wurden, als noch keinerlei Effizienzverordnungen existierten. Es sei sich hierbei stets zu vergegenwärtigen, dass diese Gebäudesanierungen zwar kurzfristig kostspielig seien, aber langfristig den Stadthaushalt ungemein entlasten würden. Insgesamt 42 Mio. Euro des städtischen Budgets sind im Rahmen der Essener Klimamaßnahmen für die Sanierung alter Bildungseinrichtungen beziehungsweise den Bau neuer Schulen und Kindertagesstätten vorgesehen. So sollen vierzig alte Schul- und Kitagebäude durch zwanzig neue und energieeffiziente „Häuser des Lernens“ ersetzt werden. Die Stadt Essen hat sich zum Ziel gesetzt, jährlich 2,5% des Immobilienstandes zu sanieren, liegt bei der Umsetzung bisher allerdings

lediglich bei 1%. Defizite sieht Simone Raskob desweiteren im Bereich Ver- und Entsorgung, da die Stadt Essen die selbstgesetzten Ziele bisher nicht erfüllen konnte. Die Nichterreichung der Ziele begründet sie hauptsächlich damit, dass all die genannten Maßnahmen sehr kostenintensiv sind und der Stadt ganz einfach die Mittel fehlen, um sie wie gewünscht umzusetzen. Folglich wird dankend die Hilfe lokaler Unternehmen in Anspruch genommen, wie etwa das EXWOST-Modellvorhaben, in welchem mit finanzieller Unterstützung von Seiten des Unternehmens Thyssen Krupp alte Lagerhallen durch neue energieeffiziente Wohnungseinheiten ersetzt werden.

„NRW muss Vorreiterrolle einnehmen“

Stefan Rostock von der Nichtregierungsorganisation Germanwatch stellte anschließend die Rolle des Industrielandes Nordrhein-Westfalen in den Kontext des globalen Kampfes gegen den Klimawandel. Germanwatch versteht sich nicht als Entwicklungshilfeorganisation im klassischen Sinne, da sie sich primär darauf fokussiert die Lebensweise in den reichen Staaten des Nordens zu ändern und sich nur sekundär als Stimme der armen Länder versteht.

Stefan Rostock verwies auf die im öffentlichen Diskurs häufig gestellte Frage, ob denn ausreichend Finanzmittel vorhanden seien, um den Klimaschutz zu bewältigen. Diese Frage verkennt aus seiner Ansicht die Realitäten, wie er auch anhand einiger deutlicher Fakten veranschaulichte. So wird der Mittelstand von heute weltweit etwa 2 Mrd. bis zum Jahr 2050 auf etwa 5 Mrd. Menschen anwachsen. Hierdurch entsteht einerseits eine erhöhte Nachfrage nach Energie (Energiedienstleistungen), andererseits aber auch finanziellen Möglichkeiten diese klimaverträglich bereitzustellen. Angesichts einiger bereits heute erkennbarer Zustände – wie die hohe Meereserwärmung und -versauerung – kommt er zu dem Schluss, dass „business as usual“ keine akzeptable Option für unsere Gesellschaft sein kann, da die Folgekosten des Klimawandels sonst exponentiell ansteigen würden.

Die Welt verändere sich – die grundsätzlich relevante Frage sei daher, ob wir Menschen in Nordrhein-Westfalen und den Industriestaaten generell mit diesen Veränderungen Schritt halten können. Er verdeutlichte auch, dass die Verbraucher nur noch einen relativ marginalen Einfluss auf diese Frage hätten, da sich bereits heute knapp drei Viertel der noch verfügbaren fossilen Brennstoffe im Besitz internationaler Konzerne befänden und daher dringend ein Anreiz gefunden werden müsse, diese vom Abbau der Ressourcen abzuhalten.

Nachdem er dieses globale Panorama gezeichnet hatte, ging Stefan Rostock näher auf das eigentliche Thema des Workshops ein, und benannte die Möglichkeiten des Landes Nordrhein-Westfalen bei der Umsetzung der Klimaziele. Er regte an, dass das Land zunehmend seinen Einfluss in Brüssel geltend machen müsse, da es sich bei Nordrhein-Westfalen nicht nur um den Industriestandort Nummer eins in Deutschland, sondern der gesamten Europäischen Union handle. Die Bundesrepublik produziert momentan etwa 2% der weltweiten Treibhausgasemissionen, was nicht unmaßgeblich auf die Schwerindustrie Nordrhein-Westfalens zurückzuführen sei. So seien die Emissionen pro Kopf in NRW ebenso hoch wie in den Vereinigten Staaten von Amerika und lägen damit um zwei Drittel höher als die Pro-Kopf-Emissionen Restdeutschlands.

Stefan Rostock sieht in der hohen Industriekonzentration des Bundeslandes durchaus eine Chance, denn unbestreitbar verfüge Nordrhein-Westfalen gleichfalls über „das Know-how, die Schlüsseltechnologien, den Zugang zu Kapital und nicht zuletzt seine ausgeprägte Debattenkultur um als Vorreiter im Klimawandel aufzutreten“. Er machte darüber hinaus deutlich, dass eine Veränderung möglichst heute in Angriff genommen werden müsse, es vielen Menschen allerdings nicht bekannt sei, wie wichtig die Rolle NRWs im Kampf gegen den Klimawandel sei. Um substantielle Erfolge zu erzielen, müssten von den USA, China und der EU mindestens zwei Regionen ein internationales Klimaabkommen unterstützen. Nordrhein-Westfalen komme als zentraler Wirtschaftsregion der EU hierbei eine essentielle Bedeutung zu. Intelligente technische Innovationen seien unumgänglich im Hinblick auf die Bewältigung der Klimaproblematik, welche gleichsam auch langfristige Chancen für die hiesige Industrie schaffen würden – speziell in Fragen der Energieeffizienz. Die Industrie NRWs stehe auch ohne den Klimawandel vor Problemen, da die ökonomische Dynamik in den Schwellenländern stetig zunehme und die hiesige Industrie ihren Vorsprung nicht aufrecht erhalten könne, wenn sie weiterhin an sogenannten „Dinosauriertechniken“ festhalte, die in Zukunft nicht praktikabel seien. So fehle NRW bereits heute die Rohstoffbasis um im globalen Wettbewerb auf Augenhöhe mit den Schwellenländern zu konkurrieren. Es müsse daher klar der Fokus auf die (Weiter-)Entwicklung von zukunftsfähigen Technologien wie Katalysatoren, Windenergie, Brennstoffzellen, Hybridantriebe, Photovoltaik und Wasserstoffnutzung gelegt werden. Das Potential sei vorhanden, da Nordrhein-Westfalen nicht nur der Schwerpunkt der energieeffizienten Branchen in Deutschland wie auch der EU sei, sondern auch ein global player bei Innovationen.

„Bedenken ernst nehmen, Potentiale entdecken, Stimmung verbessern“

Unter dieser prägnanten Formel formulierte Stefan Rostock seine Forderungen nach den nächsten Schritten, um die Klimafrage zu lösen:

- NRW-Klimaschutzregeln müssen erstellt und auch umgesetzt werden.
- Die Bremserrolle in der deutschen Klimapolitik müsse aufgegeben werden und stattdessen solle man sich als Antreiber in der Innovationsstrategie positionieren.
- NRW müsse sich in Brüssel mehr Gehör verschaffen.
- Emissionsarme Entwicklung müsse gefördert werden.
- Nachhaltige Industrien sollten vor unfairem Wettbewerb geschützt werden.
- Die NRW-Klima Expo 2020 solle als Chance erkannt und entwickelt werden.

Die anschließende Diskussion konnte aus Zeitmangel die im Raum stehenden Fragen leider nicht mehr im Detail lösen. Beispiele aus der Diskussion sind: Ein Vertreter NRWs in Brüssel gab zu bedenken, dass die Stimme des Landes relevanter geworden sei und NRW sich als Vorreiter der Klimaschutzgesetzgebung auf EU-Ebene etabliert habe. Die deutsche Klimawende sei allerdings nicht ohne Probleme in Europa zu vermitteln, da sie die Bundesrepublik in der Vergangenheit ins Werk gesetzt habe ohne sich vorher mit den Nachbarstaaten abzustimmen. Deutsche Forderungen nach der Energiewende würden daher im Ausland häufig als eine Form von „Technologieimperialismus“ empfunden.

Von anderer Seite wurde der Einwand laut, dass die Kommunen ihre ehrgeizigen Sanierungsziele unmöglich erreichen könnten, da es an qualifizierten Fachkräften mangle, um die Maßnahmen umzusetzen.

Kritisch kommentierten einige Gesprächsteilnehmende die Rolle der „Energieriesen“ des Landes – wie beispielsweise E.ON und RWE – welche zum einen noch massive Defizite im nachhaltigen Wirtschaften aufweisen und zum anderen den öffentlichen Diskurs in regelmäßigen Abständen mit Schlagworten wie „Blackout“ oder „Strompreiserhöhungen“ so determinierten, dass Angst in der Bevölkerung entstehe.

Fazit: Es ist noch nicht zu spät, aber die Herausforderungen sind groß

Die Teilnehmenden des Workshops stimmten darin überein, dass eine Energiewende dringend notwendig ist – die sich daraus ergebenden Anforderungen gleichwohl im Wechselspiel zu sehen sind mit den weiteren großen globalen gesellschaftlichen Herausforderungen und die Gestaltungsmöglichkeiten im Kontext sozialer und ökonomischer Aspekte reflektiert

werden müssen. Für die Umsetzung der Energiewende kann und muss NRW eine Vorreiterrolle übernehmen – so die einhellige Forderung – da mit nur schleppendem Fortschritt auf der Ebene der internationalen Klimakonferenzen die einzelnen Länder, aber auch Nationalstaaten, die Klimaverhandlungen determinieren und nicht umgekehrt. Das Ziel müsse sein, den Industriekern NRW's nachhaltig so umzugestalten, dass die Wertschöpfungspotentiale und das Wohlstandsniveau erhalten bleiben können. Je länger wir allerdings warten, umso höher werden die Folgekosten des notwendigen Veränderungsprozesses sein. Verschiedene Ansätze und Forderungen wurden vor diesem Hintergrund formuliert:

- Die Stimmung in der Gesellschaft gegenüber der Energiewende müsse generell verbessert werden, in dem auch und besser über die positiven Folgen der Energiewende gesprochen wird.
- Kommunikation und Überzeugung über die Sinnhaftigkeit der Umsetzung der Energiewende sind elementar: auf gesellschaftlicher, regionaler, nationaler wie auch supranationaler Ebene.
- Da es den Kommunen an notwendigen Geldern mangelt, müssen Finanzierungsmöglichkeiten von außerhalb erschlossen werden.
- Entwicklungspolitisch sind Bildungsprojekte im Ausland notwendig um die Energiewende frühzeitig nach Außen zu tragen und für eine klimaverträgliche/nachhaltige Energieversorgung zu sensibilisieren.
- Der Begriff „Energiewende“ hat bereits Einzug in die englische Sprache gehalten und es sollte alles daran gelegt werden, dass die aktuelle positive Konnotation auch erhalten bleibt.

Genau hierin liege die Chance eines Technologielandes wie Nordrhein-Westfalen – so die gemeinsame Überzeugung der Workshop-Teilnehmenden und Referierenden (NRW als Vorreiter für internationale Entwicklungen und mit seiner starken industriellen Basis und Kompetenz Nutznießer zukünftiger Klimaschutzmärkte).

„Erfolgreicher Klimaschutz braucht eine konsistente Klimapolitik auf allen Ebenen (global, EU, D, NRW, Kommunen). NRW hat dafür eine wichtige Mittlerrolle. Blaupause NRW international stärken, verbreiten, kommunizieren und deutlich machen, dass die Energiewende von einem Industrieland umsetzbar ist, sozial gerecht gestaltet werden kann sowie für NRW als Innovationstreiber große Chancen birgt.“

Prof. Dr. Manfred Fischeidick



Faire Arbeit – ein Beitrag zur nachhaltigen Beschäftigung

Teilnehmende an der Diskussion:

Dr. Cordula Sczesny, Geschäftsführerin Soziale Innovation GmbH

Achim Vanselow, Abteilungsleiter Wirtschafts-, Struktur- und Technologiepolitik DGB Nordrhein-Westfalen

Magdalene Wilczek, Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, Initiative Faire Arbeit, Fairer Wettbewerb

Moderation und Einleitung: Arnold Kratz, G.I.B. – Gesellschaft für innovative Beschäftigungsförderung mbH

Einleitung

Das Thema Faire Arbeit ist für das Industrie- und Energieland Nordrhein-Westfalen von herausragender Bedeutung und wurde im Workshop aus folgenden Perspektiven beleuchtet: Magdalene Wilczek stellte die Initiative „Faire Arbeit – Fairer Wettbewerb“ des Landesministeriums vor. Achim Vanselow zeigte im Anschluss auf, dass Gute Arbeit eine zentrale Voraussetzung für die Innovationsfähigkeit der Unternehmen und damit ein wichtiger Baustein für das Gelingen der Energiewende ist. Dr. Cordula Sczesny erläuterte schließlich die betriebliche Ebene der Zeitarbeit und ging auf deren mögliche Brückenfunktion ein.

Prekäre Beschäftigung nimmt zu

Magdalene Wilczek vom Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen erläuterte, dass die Initiative „Faire Arbeit – Fairer Wettbewerb“ als Reaktion auf die stetig steigende Anzahl von prekären und unsicheren Beschäftigungsverhältnissen und negativer Lohnentwicklung auf dem Arbeitsmarkt im Februar 2013 von Minister Guntram Schneider ins Leben gerufen worden sei. Demnach sind allein in Nordrhein-Westfalen rund 1,7 Millionen Menschen geringfügig beschäftigt und für viele dieser Menschen stellt ein Minijob die einzige Beschäftigungsperspektive dar. Zwar hatte das Land im Jahr 2010 einen Beschäftigungszuwachs zu verzeichnen, doch lässt sich die Hälfte davon auf Leiharbeit zurückführen. In totalen Zahlen ausgedrückt bedeutet dies, dass in Nordrhein-Westfalen ca. 200.000 Menschen an Betriebe verliehen werden. Zwar wurden im Leiharbeitssektor Mindestlöhne eingeführt, doch wird Leiharbeit seitdem vermehrt durch Werkverträge ersetzt, was weiteres Lohndumping zur Folge hatte. Der Niedriglohnsektor weitet sich zunehmend aus. Zum 31.12.2010 waren in Nordrhein-Westfalen 892.648 Menschen zu einem Niedriglohn beschäftigt, was einem Anteil von 20,4% an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten entspricht. Darüber hinaus sind auch die Reallöhne in den vergangenen elf Jahren um 4% gesunken.

Aktiv gegen unfaire Arbeit

Ziel der Landesinitiative „Faire Arbeit – Fairer Wettbewerb“ ist es, die Probleme, die Leiharbeit und unsichere Beschäftigung mit sich bringen mehr und mehr im öffentlichen Bewusstsein zu verankern, um dadurch einen öffentlichen Diskurs anzuregen. So soll eine Verbesserung der Arbeits- und Rahmenbedingungen solcher Beschäftigungsverhältnisse erreicht werden und Nordrhein-Westfalen zum „Land der Fairen Arbeit“ avancieren. Denn es gibt genügend Beispiele, die aufzeigen, dass faire Beschäftigungsverhältnisse und Wettbewerbsfähigkeit kein Widerspruch sein müssen. Diese guten Ansätze und Strategien müssen ausgeweitet, entsprechend gefördert und unterstützt werden. Die Grundlage für eine Verbesserung der Rahmenbedingungen muss auf Bundesebene durch entsprechende politische Initiativen gelegt werden – auch in Zusammenarbeit und unter Einbeziehung arbeitsmarktpolitischer Akteure und durch regionale und branchenbezogene Schwerpunktaktionen. Die Kernthemen der Initiative „Faire Arbeit – Fairer Wettbewerb“ sind:

- Minijobs
- Faire Leiharbeit
- Auskömmliche Löhne.

Zum Thema „Leiharbeit“ ist das Land Nordrhein-Westfalen – auch in Zusammenarbeit mit anderen Bundesländern – aktiv geworden und hat eine Bundesratsinitiative für faire und sichere Arbeitsbedingungen in der Zeitarbeit gestartet und den Antrag „Gute Arbeit – Zukunftsfähige und faire Arbeitspolitik gestalten“ in den Bundesrat eingebracht. Des Weiteren wurde das Modellprojekt „Zeitarbeit

– Eine Brücke in den Arbeitsmarkt?“ zusammen mit der Soziale Innovation GmbH als Träger ins Leben gerufen. In diesem Projekt wird durch Befragung verschiedenster Akteure untersucht, welche Faktoren dabei helfen, die Brücken- bzw. Klebefunktion, die Zeitarbeit mit sich bringen kann, zu unterstützen und welche Strategien und Maßnahmen dabei helfen, diese noch zu steigern. Anhand der Resultate werden dann Handlungsempfehlungen für die Arbeitsmarktpolitik abgeleitet. Das Projekt endet im März 2014 mit dem landesweiten Transfer der Ergebnisse und Ansätze für eine faire Zeitarbeit.

Darüber hinaus hat das Landesministerium Maßnahmen ergriffen, um Zeitarbeitnehmerinnen und Zeitarbeitnehmer, Arbeitsuchende, Jobcenter und Betriebsräte besser zu informieren und zu sensibilisieren – etwa durch die „Hotline Zeitarbeit“ und weitere Informationsmöglichkeiten, wie z. B. Streuprospunkte wie Flyer zu den Themen Minijobs und auskömmliche Löhne. Auf der Internetseite der „Hotline Zeitarbeit“ (www.zeitarbeit.nrw.de) können Betroffene beim Schnelltest „Faire Leiharbeit“ überprüfen, ob ihr Zeitarbeitsverhältnis fair ist.

Nachhaltige Beschäftigung: Voraussetzung für eine erfolgreiche Energiewende

Achim Vanselow vom Deutschen Gewerkschaftsbund begrüßte zu Beginn seines Vortrages die neue Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Nordrhein-Westfalen. Die gegenwärtige Entwicklung ist aus Sicht des Deutschen Gewerkschaftsbundes nicht nachhaltig – weder ökonomisch, noch ökologisch oder sozial. Der Markt allein kann keine nachhaltige Entwicklung sicherstellen. Die Politik müsse daher regulierend einwirken. Das Klimaschutzgesetz in NRW ist deshalb ein Schritt in die richtige Richtung. Die Energiewende sei teuer, aber eine „Weiter so“-Strategie würde langfristig noch teurer. Die Energiewende sei das größte „industriepolitische Innovationsprojekt“ in NRW. Eine erfolgreiche Energiewende bietet die Chance auf Arbeitsplätze und die Erhaltung des Wohlstands für die Beschäftigten. Misslingt sie, drohen die Arbeitnehmer/innen zu Verlierern dieses Prozesses zu werden. Für den Arbeitsmarkt in NRW sind Nachhaltigkeit und der Erfolg der Energiewende ein bedeutsamer Faktor, noch wichtiger als in anderen Bundesländern. NRW ist der wichtigste Industrie- und Energieerzeugungsstandort in Deutschland. Der Energiesektor im Lande umfasst 200.000 Arbeitsplätze. Hier finden die meisten Personaleinstellungen statt. Dennoch drohen gerade im Bereich der Energieproduktion und der energieintensiven Industrie Stellenabbau, Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen und schleichende De-Investitionen.



De-Industrialisierung ist „nichts, was uns droht, sondern De-Industrialisierung findet bereits statt“.

Atypische Arbeitsverhältnisse als Risikofaktor für Nachhaltigkeit und Innovation

Zwar ist die Erwerbstätigkeit in den letzten Jahren gestiegen, doch wachsen die Beschäftigungszahlen überwiegend in nicht-standardisierten Arbeitsverhältnissen. So war im ersten Halbjahr 2012 jede dritte Einstellung eine befristete Stelle; jedes zweite Großunternehmen beschäftigt Leiharbeiter und das Niveau an Minijobs liegt über dem bundesweiten Durchschnitt.

Es ist ein Mythos, dass eine maximale Flexibilisierung der Arbeit zu mehr Arbeitsplätzen führt. Der Bundesländervergleich zeigt: Je höher der Stellenumschlag, desto schlechter die Nettobeschäftigung.

Der Boom zu immer flexiblerer Beschäftigung stellt eine echte Gefahr für Nachhaltigkeit, Innovation und für die Energiewende in NRW dar. Für Leiharbeitnehmer mit kurzen Einsatzzeiten und mit geringer Beschäftigungssicherheit besteht überhaupt kein Grund eine Betriebsbindung aufzubauen. Die meisten Zeitarbeitsfirmen und Kundenunternehmen investieren nicht in die Fort- und Weiterbildung von Leiharbeitskräften. Wo gegenseitiges Vertrauen fehlt, besteht für Leiharbeitskräfte auch kein Anlass sich loyal gegenüber Unternehmen zu zeigen. Das „Routinemodell der Innovation“ (Schumpeter) kann so nicht funktionieren.

Gewerkschaften und Betriebsräte haben in den vergangenen Jahren viel Zeit und Kraft in den Kampf gegen das weitere Vordringen prekärer Arbeitsverhältnisse investieren müssen. Auch deswegen konnten sie die Themen Nachhaltigkeit und Energieeffizienz nicht intensiver vorantreiben, kritisiert Achim Vanselow.

Nach Ansicht des Deutschen Gewerkschaftsbundes ist im Nachhaltigkeitsdiskurs noch nicht ausreichend angekommen, dass die Beschäftigten nicht nur Objekt, sondern auch Subjekt des Strukturwandels sind. Nachhaltigkeit ist ein partizipativer Prozess, in dem Arbeitgeber und Arbeitnehmer gefordert sind. Gewerkschaften und Betriebsräte haben das Potenzial, Nachhaltigkeit voranzutreiben – durch Information, Aufklärung und die Organisation von Beteiligung für nachhaltigere Lösungen im Unternehmen. Nur mit fairer Arbeit kann der Übergang in eine nachhaltige Wirtschaft gelingen. Fair gestaltete Leiharbeit als arbeitsmarktpolitisches Instrument kann z. B. einen Beitrag zur Arbeitsmarktintegration von Arbeitslosen und gering Qualifizierten oder durch die Unterstützung von Arbeitsmarktübergängen im Strukturwandel leisten. Die Betriebe

sind in der Verantwortung, indem sie die Weiterbildung von Leiharbeitnehmern unterstützen und anbieten. Nur als hochwertige Personaldienstleistung kann Leiharbeit einen Beitrag zu mehr Nachhaltigkeit leisten. Als Instrument für Lohn- und Sozialdumping hat Leiharbeit in einer nachhaltigen Wirtschaft keinen Platz.

Liberalisierung der Zeitarbeit

Dr. Cordula Sczesny stellte die Entwicklung der Zeitarbeit und die Risiken für eine nachhaltige Beschäftigung dar. Seit den „Hartz-Gesetzen“ 2003 hat sich einiges verändert. Im Zuge dessen wurden vier maßgebliche Punkte aufgehoben:

1. Befristungsverbot
2. Synchronisationsverbot
3. Wiedereinstellungsverbot
4. Beschränkung der Überlassungsdauer auf max. zwei Jahre

Dies hatte eine deutliche Liberalisierung der Zeitarbeit und als positive Erscheinung die Einführung des „Equal Treatment Prinzips“, also die Gleichbehandlung von Festangestellten und Leiharbeitnehmern zur Folge. Allerdings kann von diesem Prinzip abgewichen werden, wenn es einen eigenständigen Tarifvertrag in der Zeitarbeit gibt. Formuliertes Ziel dieser Maßnahme ist es, die rasche und nachhaltige Vermittlung in Arbeit und die Brückenfunktion in den ersten Arbeitsmarkt zu stärken.

Seit dieser Maßnahme hat sich die Zahl der Zeitarbeitnehmer in Nordrhein-Westfalen zwischen 2003 und 2012 von 62.663 auf 184.313 nahezu verdreifacht und die Anzahl der Zeitarbeitsfirmen im selben Zeitraum von 1.335 auf 2.626 Unternehmen in NRW fast verdoppelt. Ein neuer Markt und ein neues Geschäftsfeld sind entstanden. Sehr stark verändert haben sich seitdem die Gründe für den Einsatz von Zeitarbeitskräften. Waren es zuvor überwiegend die Vertretung des Stammpersonals bei Urlaub und Krankheit oder eine Abdeckung kurzfristiger Auftragsspitzen und -schwankungen, findet jetzt vielmehr eine Verlagerung der Beschäftigung in Richtung Zeitarbeit statt. Konstruktionen – wie Entlastung des Personalbudgets d.h. Zeitarbeitskosten werden im Sachkostenbudget verbucht – führten zu Auslagerungen. Viele Firmen wollen die Risiken einer Beschäftigung vermeiden oder Stammarbeitskräfte durch Zeitarbeitnehmer substituieren.

Risiken für Zeitarbeitskräfte

Dr. Cordula Sczesny konstatiert, dass Leiharbeit kein existenzsicherndes Einkommen garantieren kann. Momentan liegt der Mindestlohn laut der IGZ-DGB Tarifgemeinschaft

in der untersten Lohngruppe (Tarifentgelt EG 1) bei 8,19 €. Dieser Betrag liegt deutlich unter dem Mindestlohn, wie ihn der DGB fordert. Menschen, die in dieser Lohngruppe beschäftigt sind und Familie haben, sind nicht selten auf staatliche Transferleistungen und Grundsicherung angewiesen. Zwar wurde durch den Abschluss der ersten Branchenzuschlagstarife am 01.11.2012 die stufenweise Angleichung (in neun Branchen mit acht Stufen) an die Löhne der Stammbeschäftigten beschlossen, jedoch entziehen sich die Zeitarbeitsfirmen oft durch den Abschluss von Werkverträgen dieser Verantwortung, um trotzdem niedrigere Löhne zu zahlen. Solche Zeitarbeitsfirmen, die derartige Werkvertragsprojekte planen, platzieren mittlerweile ein Drittel ihrer Zeitarbeitskräfte in diesen Projekten. Sehr schwierig ist es, aus der Zeitarbeit eine dauerhafte Beschäftigung zu realisieren. In Zahlen ausgedrückt bedeutet dies, dass etwa 50% der Zeitarbeitskräfte weniger als drei Monate und ca. 62% maximal neun Monate lang beschäftigt werden. Darüber hinaus hat der Beschäftigungsstatus vor der Zeitarbeitsaufnahme extrem hohen Einfluss auf die Weiterbeschäftigung. Vorher sozialversicherungspflichtig Beschäftigte gelangten zu 80% anschließend in feste Beschäftigungsverhältnisse. Demgegenüber stehen mehr als 50%, die vor der Zeitarbeit arbeitslos waren und danach auch wieder in die Arbeitslosigkeit rutschten.

Ein drittes großes Risiko sind die Arbeitsbedingungen und die Arbeitssicherheit am und auf dem Weg zum Arbeitsort. Im Vergleich zu allen anderen Branchen liegt die Zahl der meldepflichtigen Arbeitsunfälle in der Zeitarbeit mit 27,6 Unfällen pro 1.000 Versicherter deutlich über der von Dauerbeschäftigten. Dementsprechend gaben 29% der Kundenunternehmen an, dass sich die volle Integration der Zeitarbeitnehmer in den Arbeits- und Gesundheitsschutz nicht rechnet und 31% gaben an, dass die Zeit der Beschäftigung oft zu kurz ist, um die Anforderungen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes zu erfüllen.

Dr. Cordula Sczesny schloss ihren Vortrag mit der Schlussfolgerung ab, dass eine Nachhaltigkeitsstrategie im Zeitarbeitssektor nur dann verfolgt werden kann, wenn

- gesetzliche Rahmenbedingungen geschaffen werden, die Missbrauch von Zeitarbeit verhindern
- weitere Maßnahmen zur Durchsetzung des „Quality Treatment“ ergriffen werden
- Interesse und Nachfrage an guter Zeitarbeit besteht
- Maßnahmen zur Erhöhung des Klebeffekts der Beschäftigtenbindung ergriffen werden.

Fazit: Aufklärung und Diskurs sind der Schlüssel

Auf die Frage, ob es Ursachen für die De-Industrialisierung gebe oder diese eine logische Folge des kapitalistischen Systems sei, konstatierte Achim Vanselow, dass sich die Rahmenbedingungen für Unternehmen erheblich verändert haben. So entstanden Unsicherheiten hinsichtlich einer adäquaten Reaktion auf diese Veränderungen, die darüber hinaus das Investitionsklima negativ beeinflussten. Die Folge seien fehlende Investitionen, die wiederum direkt Arbeitsplätze kosten. Die Herausforderung der Energiewende und der Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie könne in Zukunft also nur gemeistert werden, wenn ein Kulturwandel vollzogen werde. Dies beinhalte hartnäckige Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit und ein neues Rollenverständnis der Akteure, auch von Unternehmen, Gewerkschaften und Arbeitnehmern. Dabei bestehe die Gefahr, dass die soziale Dimension der Nachhaltigkeit zwischen den starken ökologischen und ökonomischen Interessen zerrieben werde. Insgesamt sieht Achim Vanselow NRW dabei auf einem erfolgversprechenden Weg, der jedoch stets in Auseinandersetzung mit den verschiedenen Akteuren neu ausgelotet werden müsse.

Gerade in den Bereichen der erneuerbaren Energien beschrieb Dr. Cordula Sczesny diverse Probleme. Wie kann nun die Energiewende so sozial wie möglich gestaltet werden? Achim Vanselow bekräftigte, dass ein Gegeneinander von „guten grünen und bösen schwarzen Industrien“ nicht zielführend sei. Angesichts von z.T. arbeitspolitisch problematischen Entwicklungen in einigen grünen Branchen gehe es für Gewerkschaften nicht darum, diese Branchen zu verteufeln, sondern darum, die Bedingungen zu verbessern. Abschließend betonte Dr. Cordula Sczesny die Notwendigkeit, den veränderten Formen von Beschäftigung auf lokaler, auf Landes- und auf Bundesebene Rechnung zu tragen. Genau hier müsse angesetzt werden, damit durch entsprechende gesetzliche und tarifliche Regelungen Maßnahmen für eine nachhaltige Beschäftigungspolitik ergriffen werden können.

**„Faire Arbeit ist auch im globalen Maßstab zu sehen!
Nachhaltiges Wachstum braucht faire Arbeitsplätze.“**
Arnold Kratz



Nachhaltigkeitsstrategien in den Städten und Kreisen NRW

Teilnehmende an der Diskussion:

Peter Helbig, Agenda-Forum Essen e.V.

Dr.-Ing. Detlef Timpe, Dezernent Bauen, Umwelt und Bildung, Kreis Unna

Moderation: Dr. Klaus Reuter, Geschäftsführer der Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V. (LAG 21 NRW)

Einleitung

Die große Resonanz auf diesen Workshop, die sich in der Teilnehmendenzahl von mehr als hundert Personen widerspiegelte, unterstreicht die Bedeutung des Themas Nachhaltigkeit in den Städten und Kommunen NRW. Mit zwei Impulsen wurden verschiedene Aspekte in der Entwicklung und im Management von Nachhaltigkeitsstrategien auf der kommunalen Ebene dargestellt. Zum einen anhand eines Beispiels aus dem Kreis Unna, wo bereits mit der Implementierung einer Nachhaltigkeitsstrategie

begonnen wurde. Zum anderen benannte ein Erfahrungsbericht aus zivilgesellschaftlicher Perspektive Moderationsverfahren und Partizipationskompetenzen, die für das Gelingen solcher Prozesse erforderlich sind.

Nachhaltigkeitsbericht und -strategie des Kreises Unna

Dr. Detlef Timpe beschrieb in seinem Werkstattbericht, wie sich der Weg vom konkreten Vorsatz hin zur erfolgreichen ersten Umsetzungsphase der Nachhaltigkeitsstrategie im Kreis Unna gestaltet hat.

Projekthintergründe

Der Kreis Unna konnte sich erfolgreich um Fördermittel aus der Maßnahme des BMBF „ZukunftsWerkStadt“ bewerben, um eine regionale Nachhaltigkeitsstrategie zu entwickeln (Laufzeit: Sommer 2012 bis Sommer 2013, Fördersumme: 250.000,- EURO). Als Partner agierten zwei Organisationen aus dem wissenschaftlichen Bereich: die Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW (LAG

21 NRW) und das Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung aus Dortmund. Diese unterstützten die inhaltliche Arbeit des Kreises.

Im Fokus der Bewerbung standen neben anderen Zielvorstellungen nachhaltige „LebensWerte“ festzulegen, diese messbar zu machen und konkrete Handlungsfelder sowie Maßnahmen für eine zukünftige Entwicklung des Kreises zu definieren. Auch der Wille, die Ergebnisse in den politischen Prozess einfließen zu lassen („politische Verankerung“) und dazu eine konkrete „Produktplanung“ anzustreben, die den Veränderungsprozess für die Bürgerschaft greifbar und anschaulich macht, waren wichtige Kriterien für die Förderung und anschließende Umsetzung des Projekts. Gleichzeitig machte die Bewerbung deutlich, dass das Projekt nur zielführend sein kann, wenn die bisherigen Ansätze (Lokale Agenda 21, Zukunftsdialog) integriert werden und die öffentlichen Akteure und die Bürgerschaft sich aktiv daran beteiligen können.

Arbeitsstrukturen

Zur weiteren Ausarbeitung der Nachhaltigkeitsstrategie wurden verschiedene Kommunikations- und Arbeitsstrukturen gebildet:

- Ein innerer Kreis („der Anlasser“), das so genannte Kernteam, das sich aus der Verwaltung sowie den beiden wissenschaftlichen Partnern aus NRW zusammensetzt.
- Ein äußerer Kreis („der Motor“), der eine so genannte Steuerungsgruppe bildet, die sich verstärkt der inhaltlichen Arbeit widmet und sich aus unterschiedlichsten institutionellen Akteuren zusammensetzt (u. a. NABU, IHK, Bundesagentur für Arbeit, Caritas, Wirtschaftsförderung). Der Kreis wurde mit etwa 20 Personen bewusst überschaubar gehalten, um die Arbeitsfähigkeit zu erhalten – dieser Ansatz hat sich auch als positiv herausgestellt.

Eine Einbindung der breiten Öffentlichkeit konnte durch die Durchführung verschiedener Workshops bei den öffentlichen Konferenzen gewährleistet werden (s.u.).

Beteiligungsverfahren

Es wurde eine Mischung aus verschiedensten offenen Beteiligungsmöglichkeiten und klassischen Medienangeboten entwickelt:

- Bürgerbefragungen in den Städten Schwerte, Unna und Werne zu: „Welche Chancen und Herausforderungen werden für eine nachhaltige Entwicklung gesehen?“ sowie leitfragengestützte Interviews zu spezifischen Themenbereichen, wie z. B. zu Wohnen,

Mobilität, Klimaschutz sowie Energieeinsparung und -effizienz.

- Flankiert wurde die Bürgerbefragungen durch eine Postkartenaktion, mit der unabhängig vom leitfragengestützten Interview die eigene Meinung zu beliebigen Themen eingebracht werden konnte.
- Online-Befragungen (nach anfänglicher Skepsis hat sich dieses Instrument als erfolgreich erwiesen und würde im Wiederholungsfall wieder eingesetzt werden)
- Öffentliche Konferenzen
- Sitzungen der Steuerungsgruppe

Struktur der Strategien

Es wurden zunächst sechs Themenfelder identifiziert, die im Zentrum des Nachhaltigkeitsberichts und der Nachhaltigkeitsstrategie des Kreises Unna stehen: Wirtschaft, Bildung, Mobilität, Fläche, Klima und Beschäftigung. Im Laufe des einjährigen Arbeitsprozesses haben sich diese Bereiche herauskristallisiert –ursprünglich lag der Fokus auf lediglich fünf Themenfeldern. Die Erweiterung ist das Ergebnis des begleitenden öffentlichen Beteiligungsprozesses (v. a. Workshops). Innerhalb dieser Themenfelder wurden dreizehn handlungsleitende Ziele und 47 konkretisierende Teilziele identifiziert, die mit Indikatoren verbunden waren. Indikatoren wurden dabei entweder als Anzeiger oder Kennzahlen, die Aussagen über (nicht oder schwer messbare) Sachverhalte machen, gewertet oder zur Verdeutlichung des Status-Quo und Zielpfads genommen. Pro Ziel wurde ein Indikator zur Messung der Zielerreichung zugrunde gelegt.

Dr. Detlef Timpe betonte in diesem Zusammenhang, wie wichtig es war keinen flächendeckenden Anspruch zu verfolgen, der alle Problembereiche in den Blick nimmt, sondern die Themen nach ihrer Relevanz für die Entwicklungsmöglichkeiten zu definieren und sie damit kreisspezifisch zu entdecken und zu bearbeiten. Die Struktur der Strategie bildet eine aktuelle, konkrete Sicht der Dinge mit einem gewissen Grad an Repräsentativität ab.

Ziele der Strategie

Der Prozess mündete in einer Ausdifferenzierung der sechs Themenfelder in dreizehn handlungsleitende Ziele, die in Korrelation zu bestimmten Indikatoren gesetzt wurden. Insgesamt sei der Prozess der Zielgenerierung beispielhaft zu verstehen und solle die Grundlage für einen breiten Diskurs bilden.

Zum Beispiel wurden im Bereich Bildung folgende Zielvorstellungen entwickelt:

- Die Sprachbildung von Kindern im Vorschulbereich wird verbessert.
- Der Zusammenhang von schulischem Bildungserfolg und sozialer Herkunft wird reduziert.
- Der Übergang von der Schule ins Berufsleben wird durch die Umsetzung des „Neuen Übergangssystems“ verbessert.
- Die Beteiligung an den Angeboten beruflicher und allgemeiner Weiterbildung wird erhöht.

Im Bereich Beschäftigung wurden folgende Ergebnisse angestrebt:

- Die Anzahl der Arbeitsplätze wird erhöht.
- Die Qualität der Arbeitsplätze wird verbessert.

Und im Themenfeld Mobilität wurden diese Ziele identifiziert:

- Die umweltschonenden Verkehrsmittel werden gestärkt, der Anteil des Umweltverbundes wird auf mindestens 55% angehoben.
- Der motorisierte Individualverkehr wird bewusster genutzt und umweltverträglicher gestaltet.

Bei der Benennung der Ziele der Strategie und der Korrelation mit Indikatoren wurde deutlich hervorgehoben, dass die Zielverfolgung von Anfang an nicht als ein Projekt verstanden worden ist. Es sollte kein Nachhaltigkeitsbericht produziert und eine Nachhaltigkeitsstrategie „mal so eben entwickelt werden“ oder dazu Maßnahmen und Projekte konzipiert und auf eine Agenda gesetzt werden, die durchgeführt und dann abgehakt werden. Es stand bei der Durchführung ganz klar die Gestaltung eines Prozesses im Vordergrund – ein Prozess, der auf die Bewältigung der tatsächlichen Probleme im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung für einen langfristigen lebenswerten und gut wahrgenommenen Kreis Unna abzielt. In diesem Kontext ist die Frage, welche Indikatoren wurden mit welchem Aufwand ermittelt und dem Prozess zugrunde gelegt keine nachgeordnete, sondern eine Kernfragestellung, die für die Zielerreichung von elementarer Bedeutung war.

Fazit des Kreises Unna

- In einem einjährigen Prozess ist es gelungen, Grundlagen einer regionalen Nachhaltigkeitsstrategie zu entwickeln. Wünschenswert wäre mehr Zeit gewesen.
- Es konnte ein umfangreiches Ziel- und Indikatorensystem aufgestellt werden.
- Es ist gelungen, institutionelle Akteure und die Bürgerschaft zu beteiligen.
- Bestehende Diskurse (z. B. Familien-, Bildungs- und Klimakonferenz) und laufende Prozesse wurden aufgenommen und einbezogen.

- Neue Verfahren zur direkten Bürgerbeteiligung wurden erfolgreich eingesetzt.

Ausblick

Seit dem 15.10.2013 gibt es zur Nachhaltigkeitsstrategie des Kreises Unna einen positiven Kreistagsbeschluss, der zuvor sieben Fachausschüsse durchlaufen hat. Weitere Ansätze sind der Transfer der Strategie in den Produkthaushalt des Kreises sowie auf die kommunale Ebene. Der Kreis sieht sich in dem laufenden Prozess als Koordinator und Moderator, weil damit erhebliche Potenziale und Einflussmöglichkeiten für die Umsetzung von konkretisierenden Zielen und Maßnahmen verbunden sind. Die kontinuierliche weitere themenbezogene Umsetzung mit den Beteiligten und die Verstetigung der partizipativen Ansätze sind dabei essentielle Elemente. Die weitere Professionalisierung der Beteiligungsinstrumente sowie die thematische Erweiterung der Strategie (z. B. Soziales, Kultur, Biodiversität) wird angestrebt.

Bewertung

Der Prozess ist nicht abgeschlossen, er hat gerade erst begonnen („der Rohbau steht“). Was den Prozess und die Verfahrensgestaltung angeht, so lassen sich die Erfahrungen des Kreises Unna durchaus als „Blaupause“ für andere Kreise übernehmen. Betrachtet man jedoch die Schwerpunkt- und Themensetzung, so sind diese in der Bewertung von Dr. Detlef Timpe nicht übertragbar oder standardisierbar, da die jeweiligen Rahmenbedingungen sehr unterschiedlich sind.

Aufwand

Der Prozess ist finanziell aufwändig und sicherlich nicht von jedem zu leisten. Den Kreis Unna hat dies in zwölf Monaten 300.000,- Euro gekostet. Bei der Fortsetzung ist der Kreis auf weitere Fördermittel angewiesen. Ein entsprechender Folgeantrag wurde gestellt.

Insgesamt aber lautet das persönliche Fazit: Der Versuch ist es wert!

Effiziente und dialogorientierte Prozesssteuerung

Im zweiten Beitrag skizzierte Peter Helbig auf Basis seiner langjährigen Managementtätigkeit und seiner zivilgesellschaftlichen Erfahrungen in der Agendastadt Essen ein Tableau, wie Nachhaltigkeitsmanagement über eine effiziente und dialogorientierte Prozesssteuerung erfolgreich sein kann. Der Gedanke, der seinen Ausführungen zugrunde lag, fokussierte auf der Fragestellung, wie es gelingen kann, etwas zu bewegen und zu gestalten bei nur geringen bis gar keinen Ressourcen und ohne Sanktionsmöglichkei-

ten – also ohne Macht. Laut Peter Helbig bestehe ein großer Gestaltungsspielraum, wenn man es richtig aufsetzt und es schafft eine „Gelingenskultur“ zu etablieren.

Was lässt sich darunter verstehen?

Peter Helbig betont, dass es dabei um Kleinigkeiten in der Gestaltung von Agenda- oder Nachhaltigkeitsprozessen gehe, die – wenn man sie richtig zusammenbringt – zu Erfolgsfaktoren werden können. Damit verbunden sollten Verfahren (wie Nachhaltigkeitsprozesse) – wenn sie nicht angewiesen oder verordnet werden können – über so genannte transdisziplinäre Prozesse gestaltet werden. Darunter versteht er, dass neben der nach wie vor notwendigen Interdisziplinarität (Vielfalt, Diversity), die bei der Prozesssteuerung erforderlich ist, die Menschen zur Identifikation gemeinsamer Interessen zusammengebracht werden, um an innovativen Lösungen zu arbeiten. Technologisch gehe dies manchmal sehr einfach. Was heißt das aber genau, wenn man diesen Ansatz auf die Gesellschaft überträgt, wie gestaltet sich der Umgang miteinander, wie mit den teils sehr unterschiedlichen Systemen, die z. B. in den Verwaltungen existieren? Bei diesen Überlegungen und Fragestellungen wird sehr deutlich, dass es im Rahmen von Nachhaltigkeit dezidiert um das Verantwortungsgeflecht und die Rollen von Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft geht. Diese Bereiche müssen kooperieren, trotz der stark divergierenden Interessen. In diesem Kontext sind die Stichworte Partizipation, Dialog und Verantwortung von zentraler Bedeutung, und zwar nicht nur für einen begrenzten Bereich, sondern für den größeren, globalen Zusammenhang.

Welche Strukturen sind dafür erforderlich? Wie lassen sich transdisziplinäre Prozesse organisieren?

Um transdisziplinäre Prozesse zu organisieren, sind adäquate Formate notwendig. Am Beispiel der Stadt Essen lässt sich nachzeichnen, wie sich ein solcher Prozess vollziehen kann. Der Agendaverein Essen hat sich darauf eingelassen, solche Formate für die Politik anzubieten. So gelang es der Stadt Essen vor mehr als 12 Jahren, Leitsätze zu formulieren, die der Rat der Stadt als verbindliche Rahmenrichtlinien verabschiedet hat, um in der Kommune Agendaprozesse zu steuern. Vor diesem Erfahrungshorizont beziehen sich Peter Helbigs Empfehlungen zur Gestaltung von Nachhaltigkeitsstrategien aus Management- und Führungsperspektive auf folgende drei Aspekte:

- Emotionale Aspekte in sozialen Systemen
- Psychosoziale Dynamik
- Handwerkliche, organisatorische Aspekte

Bei der Beschreibung des emotionalen Aspekts muss zunächst das Anliegen konkret erfasst werden: Was ist das Problem? Welche unterschiedlichen Interessen und Konfliktlagen bestehen? Um dies aufzunehmen, ist es wichtig Formate und eine konkrete Haltung zu entwickeln. Menschen sollten zunächst eingeladen werden, diese unterschiedlichen Interessen und Konfliktlagen gemeinsam zu erkennen und daran zu arbeiten. Prozesse können gemeinsam gestaltet werden – dabei muss aber von Anfang deutlich werden, dass trotz einer breiten Bürgerbeteiligung damit keine Auflösung der gegebenen demokratischen Gremien- und Entscheidungsstrukturen einhergeht. Es sollten vielmehr die bestehenden Entscheider gut beraten und beteiligt werden.

Besondere Wirkung erzielt das Format der Einladung zur Mitgestaltung bei Personen, die ihre Potenziale in den bestehenden Strukturen nicht richtig entfalten konnten.

Bei der Erfassung der vorhandenen psychosozialen Dynamik ist die Wertschätzung des Vorhandenen, oftmals Unerkannten oder Unorganisierten entscheidend. Indem die Vielfalt des Vorhandenen methodisch organisiert wird, können die Voraussetzungen geschaffen werden, um Menschen den Wert ihrer bisherigen Leistungen erstmals vollständig erkennbar zu machen. Erfahrungsgemäß erkennen dann die meisten, dass sich Rahmenbedingungen verändert haben und sie heute ganz anders handeln würden. An diesem Punkt bietet sich eine offene Plattform an, in der Expertenwissen und das Engagement Veränderungen mitzugestalten vorhanden sind und an die es gilt sinnvoll anzuknüpfen und neue Beteiligung- und Gestaltungsangebote zu unterbreiten.

Hinsichtlich des Handwerks, der Organisation sollte angesichts der teilweise hohen Komplexität nicht sofort mit Lösungen gestartet werden. „Es ist gut, die Menschen mit im Boot zu haben – mit all der Vielfalt ihrer Sichtweisen zur Aufgabenstellung“ so Peter Helbig. Es ist dann Aufgabe der Führung, die Richtung klar zu machen und aufzuzeigen, wo die Entwicklung hingehen soll. Dazu werden alle Akteure eingeladen mitzumachen. In dieser ersten Phase liegt der methodische Fokus auf der Entwicklung einer gemeinsamen Vision.

Oftmals wird der Verlauf dieser Phase bereits durch die Haushaltsproblematik erschwert, so dass Ressourcen nicht adäquat eingesetzt werden.

Was wird benötigt, um die Dynamik hinzubekommen, die man zur Umsetzung solcher Prozesse braucht?

Für den Erfolg des Prozesses sind folgende Aspekte zentral:

- Ergebnisoffenheit
- Thematisierung von Tabuthemen mit verschiedenen Organisationen
- Transdisziplinarität
- Schaffung einer „neuen Kultur“ auf Basis der Grundvoraussetzungen und vorhandenen Kompetenzen
- Entwicklung und Gestaltung von Lösungsmodellen vor dem vorhandenen Erfahrungshintergrund
- Führungsaufgaben: den Menschen Mut machen und Vertrauen in die Zusammenarbeit stärken (Stichwort: capacity building als Form der Kompetenzerweiterung)

Peter Helbig subsummiert unter letzterem das fruchtbare Zusammenspiel von unterschiedlichen Kompetenzen, das in eine Art Verbundsystem mündet, um miteinander zu lernen und zu neuen Ergebnissen zu gelangen. Gleichzeitig müsse eine entsprechende Infrastruktur geschaffen werden, um die vorhandenen Fähigkeiten z. B. in Wirtschaft, Verwaltung und Zivilgesellschaft zu bündeln. Abschließend ist die Verstetigung dieser Erkenntnisse in bestehenden Organisationen zentral.

Welche Werteorientierung liegt solchen Veränderungsprozessen zugrunde?

Diese Fragestellung bezieht sich auf den Selbstorganisationsprozess der Menschen. Gleichzeitig berührt sie die Transparenz von Strukturen: wer ist beteiligt, wie ist die „Absenderqualität“ (ist es der Bürgermeister, der Rat, die Wirtschaft?). Dazu gehört auch, die Form der „authentischen Wertschätzung“ für das bestehende Engagement bzw. die geleistete Arbeit. Über ein Belohnungssystem (z. B. Verleihung von Preisen oder Feiern), also die Entwicklung von Formaten zur Vermittlung eines Gefühls der Würdigung und Wertschätzung kann dies gelingen. So wird Verantwortung gestärkt, Identifikation befördert und damit letztendlich eine Verankerung und Festigung des Prozesses forciert.

Fazit der Diskussion

Dr. Detlef Timpe betonte in der Diskussion, dass die Entwicklung einer Nachhaltigkeitsstrategie abhängig von der Ressourcenlage jeder einzelnen Kommune sei und er nur für seinen Kreis sprechen könne. In der Tat könne dieser Prozess jedoch aus seiner Perspektive nur mit öffentlichen Mitteln angestoßen und letztlich fortgesetzt werden. Das Thema sei grundsätzlich nicht von der kommunalen Finanzsituation isoliert zu betrachten. Auch die Frage nach der Sinnhaftigkeit von Bürgerbeteiligung bei Großprojekten (Bsp. Olympiabewerbung der Stadt München) lasse sich seiner Meinung nach pauschal beantworten. Dies

hänge immer davon ab, wie offen Prozesse kommuniziert und Verfahren transparent gemacht werden. Grundsätzlich hält er Bürgerbeteiligung für ein wichtiges und zielführendes Instrument.

Insgesamt plädierten sowohl Dr. Detlef Timpe als auch Peter Helbig für die Schaffung einer neuen Kultur hinsichtlich der Entwicklung und Implementierung von Nachhaltigkeitsstrategien, um das langfristige Ziel eines nachhaltigen Bewusstseinswandels zu verwirklichen. Was in dem Kontext noch fehle, sei eine Gesamtperspektive.

„Nachhaltigkeit bedingt eine qualitative Prozesssteuerung. Multikausale Probleme können durch Nachhaltigkeitsstrategien integrativ bearbeitet werden.“

Dr. Klaus Reuter

Peter Helbig führte mit Bezug auf Nachhaltigkeit und Fördermittel aus, dass der Umgang mit Ressourcen im Allgemeinen eng mit Nachhaltigkeit verknüpft sei. Die Betrachtung von Optimierungsprozessen nur unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten sei vor diesem Hintergrund jedoch nicht zielführend. Langfristig – so seine Empfehlung – sollte die Entwicklung von Nachhaltigkeitsstrategien aus eigenen Wertschöpfungsressourcen bezahlt werden.

Die Moderation führte abschließend noch mal aus, dass es sich bei der NRW-Nachhaltigkeitsstrategie um einen auf die nächsten Jahre angelegten Entwicklungsprozess seitens des Landes handle, den die Kommunen aktiv begleiten sollen. In NRW wird das Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz unter dem Motto: – Chefsache Nachhaltigkeit – in einen Dialogprozess mit ausgewählten Oberbürgermeisterinnen/ Oberbürgermeistern, Bürgermeisterinnen/Bürgermeistern, Landrätinnen/Landräten und Beigeordneten eintreten. Und es wird im nächsten Jahr eine „Roadshow Nachhaltigkeit“ von und für Kommunen und Kreise sowie für die Zivilgesellschaft und Verwaltung geben. Schließlich soll die Annäherung an die Politik über eine Veranstaltungsreihe („Mandat Nachhaltigkeit“) forciert werden, denn auch in der Politik müsse immer noch überzeugt werden.



Der Wald in Nordrhein-Westfalen 300 Jahre nach Carl von Carlowitz

Teilnehmende an der Diskussion:

Marie-Luise Fasse, MdL Nordrhein-Westfalen (CDU), Vorsitzende Schutzgemeinschaft Deutscher Wald NRW

Dr. Philipp Freiherr Heereman von Zuydtwyck, Vorsitzender Waldbauernverband NRW

Volker Holtkämper, Fachbereichsleiter Holzwirtschaft, Klimaschutz des Landesbetriebs Wald und Holz Nordrhein-Westfalen

Moderation: Renate Späth, Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes NRW, Abt. III Forsten, Naturschutz

Einleitung

300 Jahre nachdem Carl von Carlowitz den Begriff des „nachhaltenden Wirtschaftens“ in die ökonomische Diskussion seiner Zeit einbrachte, ist 2013 das Jubiläumsjahr der forstlichen Nachhaltigkeit. Carlowitz gilt als der Erste, der forstliche Nachhaltigkeit und damit allgemein den Begriff Nachhaltigkeit im deutschen Sprachgebrauch verwendet hat. Sein Buch „*Sylvicultura oeconomica*“ ist in diesem Jahr neu aufgelegt worden und kann auch in heutiger Zeit Erkenntnisse für den Umgang mit dem Wald liefern.

Weißt Du, was Wald ist?

„Weißt Du, was Wald ist? Ist Wald etwa 10.000 Cluster Holz oder ist er eine grüne Menschenfreude?“ fragte Berthold Brecht gut 200 Jahre nach der Veröffentlichung von Carlowitz. Damit weist Brecht schon damals darauf hin, dass nachhaltige Forstwirtschaft mehr bedeute, als das rein wirtschaftliche Prinzip zur dauerhaften Sicherung von Holzlieferungen.

Die Pionierleistung der Förster bezüglich der Nachhaltigkeit stehe heute außer Frage, führte Marie-Luise Fasse in ihrem Eingangsstatement aus, jedoch gebühre der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung der Vereinten Nationen, allgemein bekannt als Brundtland Kommission, eine ebensolche Hochachtung für die Weiterentwicklung und Internationalisierung des sustainable development. Sie definierte 1987 die Begriffe Nachhaltige Entwicklung und Generationengerechtigkeit, was zu einer weltweiten Diskussion und zur Einsetzung der Rio-Konferenz 1992 führte. Auf europäischer Ebene legte die Ministerkonferenz zum Schutz der Wälder in Europa 1993 auf umfassende Weise allgemeine Leitlinien für nachhaltige Waldbewirtschaftung fest.

Die multifunktionale Waldwirtschaft

Das Markenzeichen deutscher Forstwirtschaft sei die multifunktionale Waldwirtschaft, das heißt für Marie-Luise Fasse, „der wirtschaftliche und gesellschaftliche Nutzen sowie alle ökologischen Funktionen sollen auf ein und derselben Fläche erbracht werden.“ Doch nicht in allen Regionen NRWs können diese unterschiedlichen Funktionen gleichrangig nebeneinander stehen. Die Nutzfunktion des Waldes lasse sich über die Anzahl der Arbeitsplätze oder den Beitrag zum Bruttosozialprodukt quantifizieren. Bedauerlicherweise fehlten jedoch in der Regel solche Parameter in Bezug auf die Schutz- und Erholungsfunktionen des Waldes.

Die Bedeutung des Waldes im urbanen Raum

Die Schutzleistungen des Waldes im Ballungsraum seien vielfältig. So könne er für Frischluftschneisen sorgen, regulierend auf lokale Klimasituationen wie Hitze wirken, bei Starkniederschlägen den Oberflächenabfluss reduzieren und allgemein die Luftqualität verbessern. Marie-Luise Fasse lobte Projekte, die vorausschauend und konsequent den nachhaltigen Wald- und Freiraumerhalt im Ballungsraum zum Ziel haben. In diesem Sinne sehe sich die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald als Anwalt des Waldes, der sich nicht nur für den Walderhalt, sondern auch für die gezielte Waldvermehrung einsetze. Denn die Bedeutung der Erholungsfunktion großstadtnaher Wälder sei bekannt und ein Waldbesuch fördere die körperliche, mentale und soziale Gesundheit und steigere das allgemeine Wohlbefinden.

Carlowitz' Erbe

Freiherr Heereman wies zu Beginn seines Statements darauf hin, dass Carlowitz nicht wie vielfach dargestellt der Gründer der Nachhaltigkeit sei oder das Wort Nachhaltigkeit erfunden habe, sondern in seinem Werk lediglich zu einer „nachhaltenden Nutzung“ aufgerufen habe. Den heutigen Begriff definiert und niedergeschrieben hätten später andere.

Wichtiger sei also die Frage: Was ist die Wirkung von Carlowitz? Er war Wirtschaftler und Manager in der Bergbauindustrie und sah Holz als Hilfsmittel, das notwendig zur Erzgewinnung war. So habe Carlowitz einen Schritt weitergedacht und so müssten auch wir denken. „Was kann der Wald für uns Menschen und für die Tiere tun?“ so Freiherr Heereman, „Das ist die Herausforderung.“ Carlowitz habe uns zu einer Transformation aufgerufen, die in unseren Köpfen stattfinden müsse.

Das Produkt Holz müsse aus mehreren Perspektiven betrachtet werden, aus der Ökonomie, der Ökologie und der Soziologie. Den Transformationsprozess müsse man noch um eine Stufe erhöhen, wozu Freiherr Heereman Dr. Joachim Hamberger zitiert, der „die Nachhaltigkeit als Leitkultur“ bezeichnet – dies bedeute, neue Perspektiven zu entwickeln.

Multifunktionalität des Waldes

Der Wald in NRW zeichnet sich durch seine Multifunktionalität bzw. seine vielfachen Nutzungsmöglichkeiten aus:

- Holznutzung
- Einkommensquelle
- Arbeitsplätze mit Ausbildungsberufen
- Naturschutz
- Umweltschutz
- Wohlfahrtswirkung in der CO₂-Diskussion
- Erholung

Freiherr Heeremans Forderung ist die „vorurteilsfreie Kombination aller Waldfunktionen in diesen Perspektiven.“ Die Leitkultur der Nachhaltigkeit solle nicht in Gefahr gebracht werden, indem „politische Feigenblätter“ wie der Naturschutz vorgehalten werden. Dann würden automatisch die anderen Funktionen ignoriert. So gehe etwa Waldstilllegung und Erhaltung der Biodiversität auf Kosten anderer Funktionen und Nutzen. Laut Freiherr Heereman können am besten ganz viele Menschen den Wald in seiner Multifunktionalität erhalten, nämlich die 150.000 Waldeigentümer in ganz Nordrhein-Westfalen.

Der Beitrag der Forstwirtschaft zur Nachhaltigkeit

Volker Holtkämper merkte an, dass die Zeit für eine Transformation in eine nachhaltige Gesellschaft langsam knapp werde. In den nächsten 100 Jahren müsse sich so vieles an unserem Lebensstil ändern, dass nicht mehr viele Diskussionen darüber geführt werden können.

Die Forstwirtschaft in Nordrhein-Westfalen könne aber einen bedeutenden Beitrag zur Nachhaltigkeit leisten:

1. Klimaschutz: Einsparung von 18 Millionen Tonnen CO₂ durch Forst- und Holzwirtschaft (5,7 % der Gesamtemissionen)
2. Biodiversität: Schaffung von zusätzlichen Wildnisgebieten
3. Regionalentwicklung: Gesamtcluster inkl. Druckereien und Verlage 165.000 Beschäftigte und 38 Milliarden (davon 4.300 Beschäftigte in der Forstwirtschaft)

Nachhaltigkeit ist dynamisch: Ressourcen bewahren, Erträge nutzen.

„Die Klimaentwicklung führt dazu, dass wir Nachhaltigkeit dynamisch betrachten müssen, d.h. die Waldbestände, die wir heute haben, werden vielleicht in 100 Jahren gar nicht mehr so haltbar sein“ so Volker Holtkämper. Wichtig dabei sei es, die Ökosysteme trotz unterschiedlicher Einflüsse stabil zu halten, damit sie in schwierigen Situationen möglichst gut weiter funktionieren. Außerdem dürften Ressourcen nicht übernutzt werden.

Verantwortungsvoller Lebensstil

Im Cluster und im Landesbetrieb werde an der klimaneutralen Verwaltung mit einem relativ geringen CO₂-Ausstoß gearbeitet. Die Firma Hydro Aluminium Deutschland GmbH, die sich im Plenum vorgestellt hat, stößt laut Volker Holtkämper so viel CO₂ aus wie das gesamte Cluster Forst und Holz einschließlich der Papierindustrie in Nordrhein-Westfalen, nämlich 7,2 Millionen Tonnen. Doch auch das Cluster könne noch besser werden – so sei die Arbeit an Ressourceneffizienz wie die Einsparung von Energie sehr wichtig.

Des Weiteren müssen, so Volker Holtkämper, gesellschaftliche Ansprüche ausgeglichen und umgesetzt werden. Dazu gehöre die Entwicklung und Festlegung konkreter Stufen von Nachhaltigkeit für die einzelnen Regionen, die in Städten anders aussehen könnten als im ländlichen Raum. Diese Prozesse sollten mit allen beteiligten Akteuren moderiert werden, damit alle mitgenommen werden könnten.

Verantwortung für eine Welt, regional handeln

Nordrhein-Westfalen sei Vorbild für Nachhaltigkeit in der Wald- und der Forstwirtschaft, daher müssten internationale Projekte mitgemacht, aber regional und vor Ort gehandelt werden. Nachhaltige Entwicklung solle in Regional-, Gebietsentwicklungs- und forstlichen Plänen festgelegt werden, um sie gemeinschaftlich umzusetzen.

Sektordenken aufgeben

Ein Vertreter des Niersverbands merkte an, dass als Erstes das Sektordenken aufgegeben werden müsse, das in vielen Häusern – auch in vielen Ministerien – existiere. Die Diskussion und Kooperation verschiedener Abteilungen erschließe sich manchmal nicht richtig. In der Abteilung IV sei der Auftrag, lebendige Gewässer wiederherzustellen und neue Auewaldflächen entstehen zu lassen. Dies könne noch viel erfolgreicher sein bei einer engeren Zusammenarbeit zwischen den Abteilungen wie Wald, Gewässer und Landwirtschaft.

Toleranz in der Zusammenarbeit

Dazu wies ein Vertreter der Arbeitsgemeinschaft Naturgemäße Waldwirtschaft Deutschland darauf hin, dass eine Zusammenarbeit nur mit Toleranz funktioniere. Wenn jede Gruppe ihre Maximalforderung durchsetzen will, führe das zwangsläufig in die Segregation. Denn dies bedeute die Befriedigung maximaler Forderungen einer Gruppe. Nur mit Toleranz für die Interessen anderer Gruppen und einem vernünftigen Miteinander könne Multifunktionalität bestehen, also die Befriedigung verschiedener gesellschaftlicher Bedürfnisse auf der gleichen Fläche. Er fordert das Streben nach einem Optimum und nicht nach einem Maximum. Ein Vertreter eines Regionalforstamtes im Münsterland hob hervor, dass Carlowitz von einem statischen Weltbild ausgegangen sei und dann die Endlichkeit der Ressourcen feststellte. Wir leben heute im Überfluss, wissen aber, dass sich dies verändert. Wir müssen daraus lernen, Leitbilder zu entwickeln und in der Gesellschaft abzustimmen. Die Vorstellung, was in 100 Jahren vielleicht sein wird, müsse das heutige Handeln begründen.

Klimawandel und Forstpolitik

Ein Mitglied des Landtags NRW stellte eine Verbindung zwischen Klimawandel und Forstpolitik her, bei der sich gewisse Diskussionen aufdrängen. Beispielhaft wurden hier folgende Themen benannt: eine stärkere Bewirtschaftung, um mehr CO₂ einzulagern; die Änderung von Bauordnungen; Vorgaben zur Holznutzung im Hochbau oder Kommunen den Holzbrückenbau vorzuschlagen. Außerdem wurde dafür appelliert, mehr für die Biodiversität zu tun. Der Nutzungsdruck auf der Fläche sei enorm hoch und eine Ausgewogenheit wäre anzustreben, allerdings fehle hier noch die wissenschaftliche Grundlage für die politische Arbeit. Zudem könne nicht alles den Privatwaldbauern überlassen werden, sondern die Politik müsse mit Regeln für mehr Umweltverträglichkeit eingreifen. Daher werde im Moment das Landesforstgesetz verändert.

Der öffentliche Waldbesitz – Wohlstandsbegriff

Ein Vertreter des Dachverbandes Biologische Stationen in NRW wies darauf hin, dass auch die öffentliche Hand als nicht unbedeutender Waldbesitzer mehr tun könne für eine Waldnutzung, die die Aspekte des Naturschutzes noch mehr berücksichtigt. Neben den großen Waldbesitzern gebe es sehr viele kleine Waldbesitzer, die erfahrungsgemäß sehr offen für Nutzungsvorschläge aus Naturschutzsicht sind und auch einsehen, wenn eine bestimmte Nutzungsart etwa aus Artenschutzgründen nicht möglich sei. Dennoch gebe es verschiedene Arten von Nachhaltigkeit, die nicht unbedingt umfassend seien. Ein Wald könne nachhaltig genutzt und dabei der Naturschutz nicht berücksichtigt werden, wenn beispielsweise ökonomische Gründe eine Rolle spielen.

Die Moderatorin des Workshops, Renate Späth bestätigte, dass man in jedem Fall differenzierter nicht nur die einzelnen Waldbesitzarten betrachten sollte, sondern auch die einzelnen Aktivitäten. Der öffentliche Wald sei von seiner Gesetzeslage her per se schon aufgefordert nach den neuzeitlichen Erkenntnissen gemeinwohlorientiert zu wirtschaften, dies sei jedoch nicht immer vorbildlich gewährleistet, da es auch in kommunalen und Landesbetrieben Zwänge gebe – etwa in Bezug auf die Realisierung von Erträgen durch Holzvermarktung. Den Hinweis in Bezug auf die Bedeutung des öffentlichen Waldbesitzes für die gleichwertige Berücksichtigung aller Waldfunktionen halte sie allerdings für sehr wichtig und bat im Workshop anwesende kommunale Waldwirtschaftsmanager, die bisherigen Beiträge aus der Sicht der kommunalen Verantwortlichen zu ergänzen.

Finanzierung des Wohlstands – Berücksichtigung von Waldökosystemleistungen

Ein Vertreter des Regionalverbandes Ruhr in Essen, der größte kommunale Waldbesitzer der Metropole Ruhr betonte, dass der Wald aus seiner Sicht synonym für einen nachhaltigen Wohlstandsbegriff stehe. Naturschutz, Trinkwasser, Erholung, Umweltbildung – alles fände in, um und mit dem Wald statt. Letztendlich finanziere er sich aber nur durch Holznutzung und Jagdeinnahmen bzw. Pachteinnahmen. Die Gesellschaft nehme den Wald als selbstverständlich hin und schöpfe den Wohlstandsbegriff voll aus mit sauberem Trinkwasser, sauberer Luft und sauberer Erholungsleistung, aber sei nicht dazu bereit, für seine Infrastruktur zu bezahlen. Der Waldbesitzer solle sich ausschließlich über seine Waldnutzung finanzieren. Wenn unser nachhaltiger Wohlstandsbegriff auf diesem hohen Niveau weiter erhalten bleiben solle, müsse die Diskussion weiterentwickelt werden. Wer Natur- oder Trinkwasserschutz wolle, müsse diese Leistungen auch entsprechend honorieren. Denn eine Wohlstandsgesellschaft müsse sich ihren Wohlstand auch etwas kosten lassen.

Das Thema der Bewertung von Ökosystemleistungen, so Renate Späth, werde seit einigen Jahren intensiv auch bundes- und weltweit diskutiert. Zur Frage wie die Leistungen der Ökosysteme honoriert werden könnten, gebe es verschiedene Möglichkeiten und Modelle: beispielsweise als klassische Finanzierung durch Steuern oder durch Individualleistungen. Diese spannende aber kontroverse Thematik werde in einem entsprechenden gemeinsamen Projekt mit der Arbeitsgemeinschaft Großstadtwald im Gemeindewaldbesitzerverband NRW in den nächsten zwei Jahren vertieft bearbeitet.

Freiherr Heereman erwiderte darauf, dass das Kernprodukt Holz zu guten und fairen Preisen verkauft werden müsse, da der Waldbesitzer sein Familieneinkommen daraus beziehe. Sei das erreicht, so wären alle eingeladen die Funktionen Erholung, Natur- und Umweltschutz als Nebenprodukte zu genießen. Jedoch lehne er soziale Gelder ab, da das schon in der Landwirtschaft schief laufe.

Zukünftige Strategien

Volker Holtkämper zog den Schluss, dass die Diskussion und die Vernetzung mit anderen Branchen und Menschen notwendig seien, um bessere Ergebnisse zu erhalten. Er identifiziert den Bedarf, Kreisläufe bei der Holzverarbeitung und -verwendung festzustellen oder gemeinsam mit dem Naturschutz der Frage nachzugehen, wie groß Wildschutzgebiete sein müssen. Des Weiteren solle die Klimaschutzstudie in jeden Ort und in jeden Betrieb hineingetragen

und diskutiert werden, um als Grundlage zur Durchführung sinnvoller Nachhaltigkeits-Projekte zu dienen.

Marie-Luise Fasse konstatierte in der Debatte eine Chance für uns alle, da wir gesamtgesellschaftlich in der Verantwortung ständen. Eine Diskussion ist ihrer Meinung nach jedoch nur möglich, wenn entsprechendes Wissen über die Thematik vorhanden ist. Bildung zu ermöglichen, Wissen zu vermitteln und zu übertragen sei die Verantwortung aller Akteure des Clusters. So dürfe Nachhaltigkeit nicht nur ein leeres Wort sein, sondern müsse mit Inhalt gefüllt werden, um sie über Nordrhein-Westfalen hinaus bundes- und weltweit umzusetzen.

Fazit

Resümierend stellte Renate Späth fest, dass die Beschäftigung mit Carl von Carlowitz sowie seinem Erbe uns heute noch Erkenntnisse liefern kann, um die derzeitigen fachlichen Positionen immer wieder neu zu bewerten. Einen Vergleich mit anderen Industrien (Beispiel Hydro Aluminium) brauche die Forstwirtschaft nicht zu scheuen, da sich in Bezug auf den ökologischen Fußabdruck zeige, dass die Wald- und Forstwirtschaft „von Natur aus“ im Vorteil sei. Zum einen schon durch ihr Produkt „Holz“ und zum anderen aufgrund ihrer Schutz- und Erholungsfunktion, die in der Bevölkerung eine hohe Wertschätzung genießen. Im Zusammenhang mit Nachhaltigkeitsstrategien – seien sie lokaler, regionaler oder darüber hinausgehender Natur – müsse verstärkt auf Kooperation und eine dafür notwendige Grundvoraussetzung wie Toleranz geachtet werden, um erfolgreich zu sein. Dies könne zum Beispiel auf Landesebene geübt werden, wenn in Nordrhein-Westfalen demnächst eine Waldstrategie auf den Weg gebracht wird – für Renate Späth ein wichtiger Schritt in der weiteren waldbezogenen Nachhaltigkeits-Diskussion.

„Die Multifunktionalität als Leitbild bisheriger Waldnutzung und Waldbewirtschaftung steht vor großen Herausforderungen. Die Entwicklung nachhaltiger Strategien auf allen Ebenen erfordert das Aufgeben bisherigen Sektordenkens; mehr Miteinander und Toleranz im Diskurs!“

Renate Späth



„Fortschritt NRW – Forschung und Innovation für nachhaltige Entwicklung“

Teilnehmende an der Diskussion:

Prof. Dr. Jetta Frost, Vizepräsidentin der Universität Hamburg

Dr. Thomas Jahn, Sprecher der Institutsleitung des ISOE – Institut für sozial-ökologische Forschung

Moderation: Prof. Dr. Jürgen Howaldt, Geschäftsführer der Sozialforschungsstelle Dortmund (sfs)

Einleitung

Die tief greifenden Veränderungsprozesse, die mit dem Ziel nachhaltiger Entwicklung in allen Teilen der Gesellschaft zum Tragen kommen werden, stellen uns vor besondere Herausforderungen. Unstrittig ist die Rolle der Wissenschaft in der Erforschung und Begleitung aller mit dem Thema Nachhaltigkeit verbundenen Facetten. Fraglich ist, welche Perspektiven sich für das Wissenschaftssystem durch eine Orientierung am Leitbild Nachhaltigkeit ergeben.

Wissenschaft im Kontext nachhaltiger Entwicklung
Nicht nur als Gegenstand wissenschaftlicher Disziplinen werden die Themen Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit im Hochschulbereich erörtert. Auch die Anforderungen an adäquate Forschungsmethoden, ganzheitliche Denksätze und Integration des Themas in die Gesamtstrategie der Hochschulen stehen im Fokus der Diskussion.

Nachhaltigkeit in der Struktur von Forschung, Lehre und Bildung

Mit einem hierzu gegründeten „Kompetenzzentrum Nachhaltige Universität“ untersucht die Universität Hamburg, wie die Hochschule strukturell am Leitgedanken der Nachhaltigkeit ausgerichtet werden kann. Prof. Dr. Jetta Frost stellte dessen Implementierung als konkreten Ansatz vor, der die Zukunftsfähigkeit in Forschung, Lehre, Bildung und Hochschulsteuerung gewährleisten soll. Die Grundzüge des Ansatzes sind im beiliegenden Folienvortrag (hier klicken) dokumentiert.

Transdisziplinäre Forschung als Modus der Nachhaltigkeitsforschung

Dr. Thomas Jahn widmete seinen Impulsvortrag im ersten Teil der Frage, welche Vorteile der transdisziplinäre Forschungsmodus für die wissenschaftliche Bearbeitung von Problemen einer nachhaltigen Entwicklung anbietet. Thematisch ist Nachhaltigkeit ein Anknüpfungspunkt für eine breite Fächerung von Forschungsfragen für verschiedene Disziplinen.

Die Fragestellungen, die durch den Übergang in eine nachhaltige Entwicklung als konkrete Probleme aus der Gesellschaft an die Wissenschaft herangetragen werden,

erfordern Lösungsprozesse, die nicht nur mehrere Disziplinen einbeziehen, sondern auch einen alltagsweltlichem Bezug haben.

Mit der problemorientierten Forschung bietet sich Transdisziplinarität als gemeinsamer Rahmen im Sinne eines adäquaten Forschungsmodus an, in dem sowohl Wissen aus den unterschiedlichen Disziplinen und Expertenwissen zusammen geführt und bewertet, als auch der Bedarf an neuem Wissen identifiziert werden kann. Dabei wird der Ansatz verfolgt, direkt auf die Probleme in der Gesellschaft zu reagieren, die auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung erwachsen. Nicht nur Systemwissen (Was ist?), sondern auch Orientierungswissen (Was soll sein?) und operatives oder Transformationswissen (Was ist zu tun, um die Hürden zwischen Sein und Sollen zu überwinden?) muss die Wissenschaft der Gesellschaft zur Verfügung stellen.

Der transdisziplinäre Forschungsprozess vereint hybride Forschungsprobleme, die sich aus einer Verknüpfung von gesellschaftlichen Problemen und ungelösten wissenschaftlichen Problemen ergeben. Hier geht es vor allem um das Übertragen von Problemen der Welt der Interessen, Bedürfnisse und Werte in den Bereich der wissenschaftlichen Genauigkeit und Objektivitätsansprüche am Anfang eines Forschungsprozesses.

Gesellschaftliche Problemwahrnehmungen und außeruniversitäres Expertenwissen werden bereits zu Beginn des Forschungsprozesses einbezogen und nicht erst danach auf ihre Bedeutung für die Gesellschaft überprüft. Dies hilft, dass Ergebnisse durchlässiger für den Wissenstransfer in die Gesellschaft und für die praktische Umsetzung sind.

Der anschließende Bewertungsprozess untersucht die Ergebnisse sowohl nach ihrer Relevanz für Fortschritte in der Gesellschaft als auch für Fortschritte in der Wissenschaft.

Nachfolgend erläuterte Dr. Thomas Jahn, welche Chancen und Risiken sich für die transdisziplinäre Forschung ergeben, wenn Probleme einer nachhaltigen Entwicklung zum Forschungsgegenstand gemacht werden. Er konstatierte, dass sich eine eigene Community der sich stark, aber nicht ausschließlich auf Umwelt- und Nachhaltigkeitsforschung beziehenden transdisziplinären Forschung gebildet hätte. Diese hat ihren Ursprung in den 1980ern bei den nicht-staatlichen außeruniversitären Instituten (Öko-Institut, IÖW, IFEU, ISOE, u.a.) und wurde später zunächst von einzelnen Fachhochschulen und mittelgroßen

Universitäten aufgegriffen. Inzwischen hat der Trend auch die großen Universitäten und Bund/Länder geförderten außeruniversitären Forschungseinrichtungen in der HGF, FhG oder WGL erreicht. Dabei ist durchaus zu beobachten, dass die Profilierung teilweise durch Umetikettierung erfolgt und somit zu Mitnahmeeffekte führt.

Die Nachhaltigkeitsforschung ist gut geeignet, um die transdisziplinäre Forschung weiter voran zu bringen. :

1. In der Nachhaltigkeitsforschung existiert bereits eine ausgeprägte Kommunikation zwischen den Akteuren der Praxis, der Forschungsförderung und den Forschenden selbst.
2. Die Forschungserfahrung ermöglicht, systematisch Methoden zur Integration der Erkenntnisse verschiedener Disziplinen und des Wissens nichtwissenschaftlicher Akteure weiterzuentwickeln.
3. Anhand der Nachhaltigkeitsforschung lassen sich Anforderungen an eine transdisziplinäre Forschung ermitteln, die der Qualitätssicherung dienen. Wie die Problemlösungsprozesse sind bislang auch Qualitätskriterien der Forschungsarbeit immer noch disziplinbezogen. Diese Kriterien sind bei der Verteilung von finanziellen Ressourcen und für Strukturveränderungen im Wissenschaftssystem entscheidend. Ein Arbeitsauftrag lautet demnach, zu erörtern, wie neben wissenschaftlicher Exzellenz auch gesellschaftliche Relevanz abgebildet werden kann. Dr. Thomas Jahn kritisierte dabei auch institutionelle Hürden.

Weiterhin muss in einer Situation, in der die Verhältnisse zwischen Wissenschaft und Gesellschaft in Bewegung geraten sind, an einer Rollenklärung gearbeitet werden. Eine Orientierung der Wissenschaft an nachhaltiger Entwicklung erfordert verstärkten Austausch mit Akteuren aus der Zivilgesellschaft, Verwaltung, Politik und der „Alltagswelt“. Noch ist das Verhältnis zwischen „wissenschaftlichem und außerwissenschaftlichem Wissen“ nicht geklärt.

Welche Verantwortung trägt die Wissenschaft für die aus der nachhaltigen Entwicklung entstehenden Probleme der Gesellschaft? Dr. Thomas Jahn kritisierte diesbezüglich eine Tendenz, der Diskussion über eine Öffnung der Wissenschaft hin zu gesellschaftlichen Ansprüchen die Wissenschaftsfreiheit gegenüberzustellen.

Abschließend stellte Dr. Thomas Jahn eine Frage in den Raum: „Was bedeutet es eigentlich in der aktuellen Diskussion um das neue Verhältnis von Wissenschaft und Gesellschaft, wenn sich die Wissenschaft selbst unter das Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung stellt, anstatt die-

se Forderung an andere Sektoren der Gesellschaft heran zu tragen?“

Kritik und Diskussionspunkte

Kritische Nachfragen ergaben sich zu beiden Vorträgen im Hinblick auf die Bezugnahme auf die Transformation der Gesellschaft und die wachsende Bedeutung angewandter Forschung. Es handele sich keineswegs um Gedanken aus dem Elfenbeinturm, präzisierte Dr. Thomas Jahn. Im Gegenteil seien der Anwendungsbezug und der gesellschaftliche Wissensbedarf bereits Teil der Fragestellung zu Beginn des transdisziplinären Forschungsprozesses (Bsp. gemeinsame Erarbeitung des Problems mit Stakeholdern).

Auch Prof. Dr. Jetta Frost berichtete, dass es insbesondere in der inhaltlichen Dimension der Nachhaltigkeit viele Forschungsprojekte mit Anwendungsbezug gäbe. „Welche Gesellschaft braucht meine Forschung“ ist das Thema des an der Universität Hamburg neu initiierten Formats des Wissenschaftscafés. Dies stärkt vor allem die wissenschaftskritisch-reflexive Dimension der Nachhaltigkeit. Die Unterscheidung zwischen Grundlagen-, Anwendungs- und problemorientierter Forschung sei darüber hinaus, so Dr. Thomas Jahn weiter, nicht als Hierarchisierung zu verstehen. Hier sollen keine neuen Abgrenzungen vorgenommen, sondern der Aufbau neuer Kooperationsformen erleichtert werden. Da Problemlösungen die Beteiligung aller Forschungsbereiche erfordern, sei man eher in der Lage sinnvolle Verknüpfungen zu schaffen und gegenüber Wissenschaftspolitik und Forschungsförderung konkrete Bedarfe für Strukturentwicklungen zu formulieren.

Fazit

Beide Referierende mahnten an, dass bei zunehmender Einbeziehung nachhaltiger Entwicklung im wissenschaftlichen Kontext die Zukunft des wissenschaftlichen Nachwuchses beachtet werden müsse. Der Karriereverlauf in der Wissenschaft sei weiterhin disziplinär orientiert. Solange transdisziplinäre Aktivität und Forschung nicht auch in den herkömmlichen akademischen Bewertungsmustern berücksichtigt werden, sondern nur neben der disziplinären Forschungstätigkeit stattfinden können, sei es in Zukunft schwierig, das Thema Nachhaltigkeit langfristig in der Wissenschaft zu etablieren. Initiativen zur Nachhaltigkeitsforschung müssen darauf drängen, auch Nachwuchswissenschaftler erfolgreich im Wissenschaftssystem zu integrieren. Die transdisziplinäre Auseinandersetzung mit Forschungsproblemen darf sich nicht (mehr) negativ auf die wissenschaftliche Karriere auswirken. Wichtig wäre es, Qualitätskriterien für transdisziplinäre Forschungsprozesse als Erweiterung zu den klassischen akademischen Standards zu etablieren und institutionelle Hürden abzubauen.

Die Diskussion zeigte, dass in den Fragen von Grundlagenforschung, Anwenderorientierung, Produktion und Transfer von Wissen im Bereich der Wissenschaft neues Denken notwendig ist. In Anbetracht des Stellenwertes und der Bedeutung der Wissenschaft für den Wandel zu einer nachhaltigen Gesellschaft zeigte sich großer Diskussions- und Handlungsbedarf, der sicherlich auch im Hinblick die Positionierung der Hochschulen in NRW und die Möglichkeiten der Integration der aufgezeigten Modelle in deren Praxis fortgesetzt wird.

„1. Es lohnt sich das Thema Nachhaltigkeit in die Gesamtstrategie von Universitäten, FHs und Forschungsinstitute zu integrieren.

2. Transdisziplinäre Forschung bietet vielfältige Chancen für die wissenschaftliche Forschung und praktische Gestaltung.“

Prof. Dr. Jürgen Howaldt



Der Beitrag der NRW-Entwicklungspolitik zur Nachhaltigkeit

Teilnehmende an der Diskussion:

Renate Hendricks, MdL Nordrhein-Westfalen, Beauftragte für Eine-Welt-Politik der SPD-Fraktion

Karin Kortmann, Teilbereichsleiterin Fach- und Methodenbereich, Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ)

Eberhard Neugebohrn, Geschäftsführer der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen

Moderation und Einleitung: Udo Schlüter, Geschäftsführer Eine-Welt-Netz Nordrhein-Westfalen

Einleitung

Nachhaltigkeit gewinnt nicht nur im Handeln der Bevölkerung und in der öffentlichen Meinung immer mehr an Bedeutung (Stichwort: Fairtrade). Durch die Verabschiedung des Tariftreue- und Vergabegesetzes und den Beschluss des Landeskabinetts zur Eine-Welt-Strategie hat auch die Politik des Landes Nordrhein-Westfalen (NRW) dieses Thema nun explizit gesetzlich und in ihrer Agenda verankert. Dadurch steht NRW zu seiner globalen Verantwortung als Wirtschaftsstandort und unterstreicht seine Absicht, alle Aktivitäten auf Nachhaltigkeit auszurichten. Die zentrale Frage dieses Workshops war, wie die NRW-Landesregierung der Nachhaltigkeit größeres Gewicht verleihen bzw. diese noch weiter ausbauen kann.

Grundlagen der Nachhaltigkeitspolitik in NRW

Am 1. Mai 2012 ist das Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen (TVgG-NRW) in Kraft getreten. Dieses beinhaltet, dass Aspekte der Nachhaltigkeit in der öffentlichen Auftragsvergabe zu beachten sind, d.h. dem Land Nordrhein-Westfalen und seinen Kommunen ist es nicht mehr erlaubt, Produkte einzukaufen, die unter prekären sozialen Umständen hergestellt wurden. Ferner werden dadurch auch soziale Kriterien bei der Vergabe öffentlicher Aufträge berücksichtigt, sodass nicht mehr der Preis den alleinigen Ausschlag bei der Vergabe öffentlicher Aufträge gibt.

Mit dem Beschluss zur Eine-Welt-Strategie am 11. Dezember 2012 ging NRW bundesweit einen eigenen Weg. Im Fokus steht dabei nicht ausschließlich das Thema „Wirtschaft“, vielmehr finden auch die weiteren strategischen Handlungsfelder „Bildung und Jugend“, „Wissenschaft und Forschung“, „Klimaschutz“, „Gutes Regierungs- und Verwaltungshandeln“ und „Bürgerschaftliches Engagement“ besondere Beachtung.

NRW – Nachhaltigkeitspolitik mit Vorbildfunktion

Zu Beginn des Workshops wandte sich der Moderator Udo Schlüter nach einer kurzen Einleitung und Vorstellung mit folgenden beiden Fragen an die teilnehmenden Diskutanten:

- Wo sehen Sie die entscheidenden entwicklungspolitischen Beiträge Nordrhein-Westfalens für globale Nachhaltigkeit?
- Wo sehen Sie wichtige Potentiale, die die Landespolitik noch besser nutzen kann?

Die Diskutanten stimmten dahingehend überein, dass Nordrhein-Westfalen eine Vorreiterrolle im nationalen Diskurs über die Nachhaltigkeit einnimmt. So hob Renate Hendricks, MdL und SPD-Beauftragte für Eine-Welt-Politik, die Nachhaltigkeitspolitik NRWs seit Johannes Rau mit eigenen Landes-Schwerpunkten ausdrücklich hervor. Nicht nur deshalb habe das Land ein großes Netz von entwicklungspolitischen Akteuren auch aus der Zivilgesellschaft. Die vor etwa einem Jahr beschlossene Eine-Welt-Strategie verstehe sich vor diesem Hintergrund als feldübergreifende Querschnittsaufgabe unter Einbindung verschiedenster Akteure und Politikfelder. Mit dieser Neuausrichtung könne sich die Politik des Landes nun an die veränderten globalen Herausforderungen anpassen.

Besonders das „Alleinstellungs-Merkmal“ des Standorts Bonn als Fairtrade-Hauptstadt mit seinen neunzehn UN-Einrichtungen und diversen Nichtregierungsorganisationen stellt eine zusätzliche Verpflichtung dar, mehr entwicklungspolitische Aktivitäten zu entfalten. Nordrhein-Westfalen hat sich zum Ziel gesetzt, den Marktanteil von fair gehandelten Produkten deutlich zu erhöhen und somit ein „Leuchtturm des fairen Handels“ zu werden. Dabei ist v. a. die Einbindung der Kommunen von großer Bedeutung. Als Beispiele für die veränderte entwicklungspolitische Sichtweise nannte Renate Hendricks Kaffee und Kleidung. Im Fokus des Interesses stehe nicht mehr nur das Endprodukt, das es bei uns zu kaufen gibt, sondern vielmehr seien alle Bereiche von der Produktion der Rohstoffe über die Beschaffung bis hin zur Herstellung des Endprodukts in den Fokus gerückt – auch um den Kauf

von Produkten aus Kinderarbeit zu verhindern. Wichtig hierfür ist eine Koordinationsstelle, wie sie gerade in Planung ist, damit das Thema Fairtrade für die Bevölkerung und die Wirtschaft sichtbar werden kann.

Karin Kortmann von der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) sieht dies ähnlich und betrachtet die neue entwicklungspolitische Ausrichtung des Landes aus zweierlei Sicht: Zum Einen ist sie als Bürgerin zufrieden über den Schritt hin zur Eine-Welt-Strategie, was die Loslösung „aus der ganz engen Umklammerung der Entwicklungspolitik“ zur Folge habe. Vielmehr ist es nun erklärtes Ziel, den Fokus zu erweitern und auf die Bereiche Wirtschaft, Beschäftigung und Internationale Zusammenarbeit auszuweiten – dabei können auch Partner wie Mpumalanga (Südafrika) und Ghana mit in den Diskurs einbezogen werden.

Zum Anderen freut sich Karin Kortmann, dass NRW als Bundesland vorneweg schreitet, eigene Wege geht und eine Vorbildfunktion übernimmt. Jedoch wies sie auch darauf hin, dass dies kein Status Quo sei, sondern immer wieder durch Themensetting neu erarbeitet und bestätigt werden müsse.

Besonders wichtig für die Kooperation zwischen der GIZ und NRW sind die landesspezifischen Schwerpunkte, die nicht schon von der Bundespolitik abgedeckt sind. Denn nur so kann sich aus ihrer Sicht Nordrhein-Westfalen auf der internationalen Agenda positionieren. Ganz oben stehen dort Themen wie Umwelt- und Ressourcenschutz oder die Frage des Einsatzes erneuerbarer Energien. Ein Land wie Nordrhein-Westfalen als Standort großer Energieunternehmen müsse die Energiewende mit nach vorne tragen und Anreize schaffen, die Länder des Südens daran partizipieren zu lassen. Denn in Zukunft werde es zunehmend wichtiger, Partnerschaften wie z. B. mit Ghana in den Bereichen Klima- und Ressourcenschutz, nachhaltiger Wirtschaftsentwicklung und erneuerbaren Energien einzugehen und dabei mit erfahrenen Forschungseinrichtungen, wie der TU Dortmund, zu kooperieren. Im Großen und Ganzen sollte sich Nordrhein-Westfalen auf genau definierte Bereiche konzentrieren und nicht die ganze Bandbreite an entwicklungspolitischen Feldern abdecken wollen. Bei der Definition dieses Spektrums empfiehlt Karin Kortmann Folgendes zu bedenken:

- Worin ist Nordrhein-Westfalen stark?
- Wo und wie kann diese Stärke umgesetzt werden?
- Was kann Nordrhein-Westfalen von Ländern des Südens lernen?
- Vertrauensbasis über politischen Dialog schaffen

Eberhard Neugebohrn von der Stiftung Umwelt und Entwicklung stellte die Existenz seiner Stiftung als eine wichtige Leistung Nordrhein-Westfalens im Bereich der entwicklungspolitischen Arbeit heraus. Seiner Meinung nach ist die Stiftung das wichtigste Förderinstrument des Landes für zivilgesellschaftliche Arbeit im entwicklungspolitischen und im Bildungsbereich. Sie trägt dazu bei, dass die Bürger an Internationalität gewinnen und den Herausforderungen der Weltverhältnisse besser gerecht werden.

Ebenso begrüßt er in Zeiten der Globalisierung die Herauslösung aus dem starren entwicklungspolitischen Verständnis. Denn für Länder und Kommunen sei es genauso wichtig wie für Europa und den Bund, sich den internationalen Bezügen zu stellen und in einen Dialog zu treten. Aus zivilgesellschaftlicher Sicht ergeben sich folgende Einschätzungen:

Einerseits ist die Zivilgesellschaft, vertreten durch diverse Nichtregierungsorganisationen und zivilgesellschaftliche Zusammenschlüsse, selbst international. Diese Organisationen und Zusammenschlüsse haben ihre ganz eigenen und autonomen Bezüge zu den Ländern des Südens. Sie treten auf ganz eigene Art und Weise mit diesen in einen Dialog, stellen sich somit auf ganz eigene Art und Weise den internationalen Anforderungen, um auf ganz eigene Art und Weise die daraus resultierenden Herausforderungen anzunehmen.

Andererseits mischen sie sich auch in Aktivitäten und Positionen der jeweils anderen Sektoren ein. D. h. sie haben ihre ganz eigenen Standpunkte zu staatlichen, politischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten und können so eine ganz anders geartete Kritik äußern, als es der Politik möglich wäre und nehmen somit auch die Funktion eines Korrektivs ein.

Bedeutung der Landespolitik zu Handelsabkommen des Bundes oder der EU

Auf die Frage Udo Schlüters an die Diskutanten, wie internationale Handelsabkommen des Bundes im länderpolitischen Kontext auch hinsichtlich der Mitgestaltungsmöglichkeit zu sehen sind, kam Renate Hendricks als Erste zu Wort. Das Problem der Handelsabkommen sei es, dass diese länderpolitisch oft in Frage gestellt würden, da sie nicht der ureigenen Politik der Länder entspringen und von ihnen auch nicht verabschiedet wurden. Trotzdem besteht eine politische Bindung an diese Handelsabkommen. An dieser Stelle gelte es zu vermitteln, dass das Land Nordrhein-Westfalen eigene Idealvorstellungen hat, die

von der Vorstellung einer globalen und gerechten Gesellschaft geleitet sind.

Eberhard Neugebohrn merkte an, dass nicht immer ein Konsens zu erreichen sei, weil die Länder und der Bund oft eigene Interessen verträten. Dennoch hält er die Einflussnahme der Länder gerade im Bundesrat für ein wichtiges Instrument, um die Landesperspektive einzubringen. Gleichzeitig befürwortet er eine stärkere Auseinandersetzung und Einflussnahme in jenen Bereichen, wo die großen politischen Rahmenbedingungen für Entwicklungsprozesse gebildet werden.

Karin Kortmann ergänzt, dass im Sinne von Transparenz und Aufklärung zu Handelsabkommen nicht nur der Bund, sondern auch Länder wie Nordrhein-Westfalen eine wichtige Rolle einnehmen können. Als Beispiel nannte sie EITI (Extractive Industries Transparency Initiative) zur Schaffung von mehr Transparenz (Verwendung der Gelder aus der Hebung von Rohstoffen, Art der Förderung, Förderstandards, etc.). Dieser Initiative beizutreten und sich darin zu engagieren, bietet nach Karin Kortmann eine große Chance für NRW, um neue Wege zu beschreiten, Verantwortung zu übernehmen und somit landespolitisch eine Vorreiterrolle einzunehmen.

Fairtrade als freiwillige Selbstverpflichtung!?

Auf die Frage, wann Fairtrade im Tariftreue- und Vergabegesetz verpflichtend werde, erwiderte Renate Hendricks, dass der Faire Handel bereits im Koalitionsvertrag aufgenommen wurde und somit Teil der globalen Nachhaltigkeitsstrategie der Landesregierung ist. Erst einmal müsse aus ihrer Sicht jedoch Aufklärung betrieben werden (z. B. in Schulen), um eine Veränderung im Konsumverhalten zu forcieren. Eberhard Neugebohrn ergänzte, dass vom Land nichts erwartet werden solle, was es nicht leisten könne. Ein solches Gesetz müsste sich im Rahmen des EU-Rechts bewegen. Mit einer Sollbestimmung bezüglich Fairtrade wäre es ein leichtes, das komplette Tariftreue- und Vergabegesetz zu kippen und die bereits erzielte Wirkung wäre verloren.

Zum Thema Fairtrade kamen aus dem Publikum auch kritische Anmerkungen: So wurde konstatiert, dass in Nordrhein-Westfalen diesbezüglich zwar schon einiges passiert sei, es gehe dabei jedoch überwiegend um den „Nachtisch“: um Schokolade, Kaffee oder Bananen. Beim „Hauptgericht“ – wie Elektronik, Kleidung, Rohstoffe etc. – funktioniere der faire Handel eigentlich noch überhaupt nicht. Abschließend wurde gefordert, entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen, um Waren und Rohstoffe



„fair“ beziehen zu können und damit dem fairen und nachhaltigen Verständnis des Landes Nordrhein-Westfalen zu entsprechen.

Es geht nur über „Köpfe“!

„Seit Johannes Rau ist die Welt nicht gerade nachhaltiger geworden“, konstatierte ein Repräsentant der NRW Vertretung in Brüssel. Ein Modell, in dem immer alles nur so ein bisschen verbessert werde, gehe nicht auf. Das Thema „Good Practice“ gelte es deshalb – mit Verweis auf eine Energieinitiative in Ghana – nach vorne zu tragen. Speziell im Bereich der Energie- und Ressourceneffizienz habe Nordrhein-Westfalen viel zu bieten und genau in diesen Bereich müsse der Entwicklungsgedanke weiter getragen werden. Schließlich gäbe es in fast allen Ländern dieser Welt Experten für Nachhaltigkeit, die Unterstützung benötigen. Deshalb müsse der Fokus der Landesregierung weiterhin darauf liegen, den Wissenschaftler- und Expertenaustausch mit Akteuren zu suchen und die Nachhaltigkeitsforschung interdisziplinär voranzutreiben.

Fazit: Der Weg ist noch nicht zu Ende

Es stellt sich die Frage, wie Nordrhein-Westfalen die weitere Entwicklung und den Ausbau seiner Nachhaltigkeitsstrategie vorantreibt und inwiefern sich im nationalen und internationalen Kontext eigene Akzente durchsetzen lassen. Nicht nur Karin Kortmann plädiert an die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen für den Ansatz, endlich

die alten Fragen von Umwelt und Entwicklung miteinander zu verbinden und sie nicht nur nebeneinander herlaufen zu lassen. Die einzelnen Facetten von Nachhaltigkeit und deren Auswirkungen weltweit dürfen nicht mehr isoliert betrachtet werden. Dazu ist die Mitwirkung der Zivilgesellschaft aber auch von Wissenschaft und Forschung in der ganzen Welt unabdingbar. Abschließend – so sind sich die Diskutanten einig – bleibt zu hoffen, dass das NRW-Umweltministerium den Nachhaltigkeitsprozess weiterhin als ressortübergreifendes Gesamtprojekt versteht und vorantreibt.

„Im Workshop wurde über verschiedene Aspekte der NRW-Entwicklungspolitik sehr lebendig diskutiert. Stichpunkte waren internationale Partnerschaften im Energiebereich, die Ausweitung des fairen Handels und des fairen Beschaffungswesens, die Förderung der Zivilgesellschaft, die Unterstützung der Eine-Welt-Promotion und vieles mehr.“

Udo Schlüter



Nordrhein-Westfalen im demographischen Wandel

Teilnehmende an der Diskussion:

Stephanie Burkhardt, Demographiebeauftragte
der Stadt Euskirchen

Henning Höne, MdL Nordrhein-Westfalen (FDP)

Dr. Wolfgang Seifert, sozial- und wirtschafts-
statistische Analysen IT.NRW

Thorsten Sommer, MdL Nordrhein-Westfalen
(Piratenpartei)

Moderation: Prof. Dr. Ruth Enggruber,
Fachgebiet Erziehungswissenschaft, Fachhoch-
schule Düsseldorf

Einleitung

Der demographische Wandel Nordrhein-Westfalens ist ein komplexes Thema, dessen vielfältige Facetten alle Ressorts der Landespolitik tangieren. Mit unterschiedlichen regionalen bzw. kommunalen Ausprägungen werden sich die Altersstruktur und die Bevölkerungsanzahl in Nordrhein-Westfalen sowie deren Zusammensetzung signifikant verändern. Diese Verschiebungen werden in allen Teilbereichen der Gesellschaft weit reichend und spürbar sein. Die Tendenzen der Bevölkerungsentwicklung müssen bereits heute beobachtet werden, um den potentiellen Folgen des demografischen Wandels mit strategischen Konzepten und gemeinsamen Zielen zu begegnen. Wünschenswert ist anstatt einer Reaktion auf sich verändernde Gesellschaften eine aktive Gestaltung des Wandels. Im Hinblick auf mögliche Problemstellungen, aber mit ebenso großem Augenmerk auf Chancen der demographischen Entwicklung wurde diskutiert, wie die Zukunft des Landes aussehen kann.

„Herausforderungen erkennen und Chancen nutzen“ – den Wandel gestalten

Vertreterinnen und Vertreter der Landespolitik, der Kommunen und des statistischen Landesamtes erörterten und hinterfragten gemeinsam mit den Teilnehmenden die aus ihrer Sicht wichtigsten Faktoren des demografischen Wandels in Nordrhein-Westfalen sowie die entsprechenden

Weichenstellungen, um der voraussichtlichen strukturellen Entwicklung des Landes bis 2030 zu begegnen.

Aufgaben aus Sicht der Städte und Gemeinden

„Wir werden älter, wir werden weniger, wir werden bunter. Sie kennen sicherlich alle diese Schlagworte.“ So präzierte Stephanie Burkhardt kurz und knapp die allgemeine Bevölkerungsentwicklung aus Sicht der Städte und Gemeinden des Landes. Allerdings sind nicht alle Faktoren demographischer Entwicklungen für jede Kommunen gleichrangig wichtig. Wesentlich ist, dass die Kommunen den Faktoren des demographischen Wandels nicht nur begegnen, sondern durch ihre direktere Beziehung zu den Bürgern fühlen sie sich insbesondere dazu befähigt und halten praxisorientierte Ansätze vor.

Ein nicht abwendbarer Faktor ist sicherlich für alle Städte und Gemeinden wichtig: „Alterung der Gesellschaft meint nicht nur, dass wir immer mehr ältere Menschen haben. Die große Herausforderung ist nicht das Älterwerden, sondern die Veränderung der Altersstruktur zwischen den Jungen und den Alten.“ In der Diskussion um den demographischen Wandel und in der Arbeit an bestehenden und zukünftigen Aufgaben ist gegenseitiges Verständnis und der Wille zu gelingendem gesellschaftlichen Miteinander ein grundlegendes gemeinsames Interesse. Stephanie Burkhardt führte weiter aus, dass das Potential und Wissen der zukünftig zahlenreicheren und gleichzeitig aktiveren älteren Bürger für die Gesellschaft ausgeschöpft werden müssen. Derzeit erreicht man hingegen mit den vorgehaltenen Formaten bürgerlichen Engagements vornehmlich junge Menschen.

Ein Umdenken ist insbesondere bezüglich der Bevölkerungszahlen notwendig, denn die Kommunen „müssen einen Paradigmenwechsel vollziehen“. Für die Zukunft muss nach einer langen Phase des Wachstums auch der Rückgang der Bevölkerungszahlen angesprochen und in der Planung berücksichtigt werden. Notwendig sind eine Diskussion der Grundvoraussetzungen der öffentlichen Daseinsvorsorge und deren Gestaltung, damit gleichwertige Lebensverhältnisse für den städtischen und den ländlichen Lebensraum auch im Hinblick auf im Wandel begriffene demographische Strukturen gewährleistet werden können.

Demographischer Wandel in den ländlichen Bereichen

Henning Höne deklinierte Faktoren der demographischen Entwicklung für die ländlichen Regionen Nordrhein-Westfalens. Bezüglich der in Zukunft durchschnittlich älteren Bevölkerung wird an dieser Stelle nicht nur das

bereits existierende Problem des Mangels an Arzt- und Facharztpraxen außerhalb der Ballungsgebiete drängender, sondern es werden auch flexiblere Lösungen für Pflegeleistungen notwendig. Kombinationsmöglichkeiten von stationärer und ambulanter Betreuung könnten dem Wunsch nach häuslicher Pflege entgegen kommen. Für junge Menschen ist nicht nur die Attraktivität der ländlichen Regionen als Wohnort ein ausschlaggebender Faktor: „Wohin zieht es junge Menschen, die sich noch ausbilden lassen wollen? Am häufigsten in eine der Metropolregionen des Landes, wo die Chancen für eine erfolgreiche berufliche Zukunft besonders aussichtsreich zu sein scheinen.“ Der Fachkräftemangel betrifft nicht nur, aber in besonderem Maße die ländlichen Bereiche. Junge Menschen und auch junge Zuwanderer müssen vor Ort genügend Angebote vorfinden, um der Tendenz des Bevölkerungsrückgangs in ländlichen Gebieten Einhalt zu gebieten. Besonderes Augenmerk wird darauf zu legen sein, bei sinkenden Schülerzahlen die Qualität des Angebotes zu sichern und die Vielfalt der Bildung zu erhalten.

Heterogenität einer facettenreichen Entwicklung

Zwar wird der allgemeine Rückgang der Bevölkerungszahlen auch in Nordrhein-Westfalen spürbar werden, allerdings ist zu erwarten, dass auch in Zukunft die großen Städte wachsen werden. Statistisch ist beispielsweise anzunehmen, dass die Rheinschiene weiterhin einen Bevölkerungszugang zu verzeichnen haben wird, die Bevölkerungszahlen anderer Regionen NRWs hingegen rückläufig sein werden. Dr. Wolfgang Seifert erläuterte an diesem Beispiel, dass für die unterschiedlichen Wachstumslagen auch verschiedene Bevölkerungs- und Altersstrukturen zu erwarten sind. „Das heißt die Lebensbedingungen werden heterogener.“ Demographiestrategien und Maßnahmen müssen diesem Umstand Rechnung tragen. Neben der Verflechtung der Faktoren untereinander zeigt ein genauer Blick auf einzelne demographische Prozesse, dass viele Facetten mitbedacht werden müssen.

Das Älterwerden der Gesellschaft bedeutet für NRW konkret, dass 500.000 Menschen bis 2030 in der Pflegestufe 3 betreut werden, für die die entsprechende Infrastruktur und genügend qualifiziertes Pflegepersonal gestellt werden müssen. Auch die Vorsorge für bestimmte Krankheitsbilder und besondere Mobilitätsansprüche dieser Gruppe müssen bedacht werden. „Die Älteren von morgen sind zudem nicht dieselben wie heute.“ Das Angebot muss auf andere Bildungsvoraussetzungen, finanzielle Ressourcen und Teilnahmemöglichkeiten reagieren. Thorsten Sommer ergänzte, dass bislang noch keine ausreichenden Vorbereitungen dahingehend getroffen wurden, dass länger akti-

ve Bürger auch durch aktivierende Maßnahmen begleitet werden wollen. Eine konkrete Nachfrage könnte in Zukunft nach sozialen Begleitdiensten und ähnlichen Angeboten bestehen, die vorgehalten werden müssen und bislang noch nicht genügend bedacht wurden. Des Weiteren wurde darauf verwiesen, dass gesellschaftliche Teilnahme zunehmend nicht nur die reale, sondern auch die digitale Welt betrifft. Die Zugangsmöglichkeiten durch flächendeckenden Anschluss an Breitband-Internet, so zeigte sich Thorsten Sommer überzeugt, werden in Zukunft auch die Älteren einfordern.

Neue Anforderungen werden sich zunehmend durch den Eintritt von Menschen mit so genannten perforierten Erwerbsstrukturen und auch von Menschen mit Migrationshintergrund in das Rentenalter stellen. Eine immer älter werdende Gesellschaft stellt andere materielle Herausforderungen - Alterssicherung ist ein drängendes Thema. Heterogen wird also auch die Gesellschaftsstruktur der Älteren sein, so dass nicht nur das Verhältnis von Jugend und Alter, sondern auch der Älteren untereinander mögliches Konfliktpotential bergen könnte. In der Zusammenführung heterogener Strukturen sieht auch Thorsten Sommer dementsprechend ein wichtiges übergeordnetes Ziel demographischer Strategieentwicklung.

Potential des Verjüngungseffektes durch Zuwanderung

Eine Chance im doppelten Sinne ist die Erschließung des Potentials, das dem Land durch Zuwanderung zugeführt wird. Neben dem gesellschaftspolitischen Ziel von Integration und Vielfalt zeigt sich, dass die günstige Altersstruktur der Migrantinnen und Migranten für NRW einen Verjüngungseffekt nach sich zieht, der der allgemeinen Tendenz einer weniger und älter werdenden Gesellschaft entgegen wirkt. Für die Zukunft ist dies ein wichtiges Potential für die sozialen Sicherungssysteme und die Wirtschaft, wie Thorsten Sommer im Plenum präzisierte: „Wir haben in NRW im Moment einen Bevölkerungsrückgang von etwa 70.000 Personen pro Jahr. Von daher müssen wir auf Zuwanderung setzen, wenn denn das Halten der Bevölkerungszahlen und das Setzen auf eine wachstumsorientierte Wirtschaft unser politisches Ziel sein soll.“ Die Statistiken zeigen, dass im Zuge der Zuwanderung insbesondere seit dem Jahr 2000 jüngere und gut ausgebildete Menschen NRW verstärken. „Zuwanderer bringen gute Qualifikationen mit und gelangen derzeit gut in den Arbeitsmarkt“, erläuterte Dr. Wolfgang Seifert. Gelungene Integration wird dabei durch Arbeit eher begünstigt als durch Maßnahmen wie Sprachkurse. Im Hinblick auf den Fachkräftemangel liegt es nicht im Interesse des Landes, künstliche Hürden in der Zuwanderungspolitik aufzubauen.

en. Stattdessen sollte man sich bemühen, Zuwanderer auch verstärkt an Ausbildungsberufe heranzuführen, die dem zukünftigen Bedarf des Landes entsprechen.

Steuerung durch Anreize

Diskutiert wurde im Plenum weiterhin die Frage, mit welchen Mitteln wünschenswerte Prozesse der demographischen Entwicklung gefördert und weniger förderliche vermieden werden können. Ob Nachwuchsmangel und Bevölkerungsrückgang im ländlichen Bereich, Integration oder Jugendarbeitslosigkeit in den wachsenden Metropolregionen – um Entwicklungen in positive Richtungen zu kanalisieren, müssen Anreize geschaffen werden. Ein einfaches Beispiel wäre der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs zwischen den Städten und Kommunen, damit Mobilität auch im ländlichen Bereich für das Erreichen des Arbeitsplatzes und der Verbindung von ländlichem Wohnen und kulturellem Angebot der Stadt besser gewährleistet ist. Kleinen Städten muss die Möglichkeit gegeben sein, zu wachsen und ein attraktives Angebot in Kultur und (weiterführender) Bildung auch flächendeckend bereit zu halten.

Fazit

Ökonomische Auswirkungen, sozialer Zusammenhalt und regionale Effekte – der demographische Wandel bedeutet für NRW eine heterogene und facettenreiche Entwicklung mit vielen Aufgabenfeldern. Es zeigten sich in der Diskussion verschiedene Ansätze, wie der Wandel verstanden werden kann: als Phänomen, dem man entgegenwirken muss, als Entwicklung, die aufgefangen werden will oder als Veränderung, die gestaltet werden kann. In vielen Bereichen – so zum Beispiel in der voraussichtlichen Entwicklung des Arbeitsmarktes – wird der Strukturwandel der Gesellschaft auch förderlich sein, so dass neben Konfliktlagen auch stärker die Chancen in den Fokus gerückt werden sollten. Wünsche an das Land NRW betrafen große strukturelle Aufgaben, aber auch kleinere Maßnahmen.

Von kommunaler Seite wird im Hinblick auf die Daseinsvorsorge vom Land eine bessere finanzielle Ausstattung gefordert. Städte und Gemeinden in der Haushaltssicherung können keine freiwilligen Leistungen mehr erbringen, sondern nur noch Pflichtaufgaben erfüllen. Der demographische Wandel kann in der Konsequenz nicht mehr gestaltet werden, sondern auf die Entwicklungen wird nur noch reagiert. Dies gilt es dringend zu vermeiden. Die Landespolitik muss Infrastrukturen in den Bereichen Pflege und Alterssicherung schaffen, aber auch Bildungs- und Ausbildungsangebote ausbauen, um die Chancen



des Nachwuchses zu erhalten. Mögliche Handlungsfelder liegen im Bereich des Ausbaus des Fachhochschulangebotes und der Erweiterung des Angebotes dualer Ausbildungsmöglichkeiten. Impulse des Landes werden auch hinsichtlich der Ausbildungsberufe gefordert, die durch den demographischen Wandel in Zukunft verstärkt benötigt werden. Auch junge Zuwanderer an diese Berufsfelder heranzuführen und Best-Practice-Beispiele zu setzen ist eine Aufgabe, die in enger Vernetzung mit Bund und EU angegangen werden sollte. Im gesellschaftlichen Bereich ist ein neues Format für ehrenamtliches Engagement gefragt, das älteren Menschen die Möglichkeit zur Weitergabe ihres Know-hows bietet. Nicht nur im Bereich bürgerlichen Engagements wurden Strategien zur Nutzung des Wissens der älteren Generation gefordert, sondern auch appelliert, der Frage flexiblerer Alterseintrittsgrenzen größeren Raum in der Diskussion um Rentenmodelle einzuräumen und innovative Ansätze zu finden. Auch bei Bundesthemen wie Lohnentwicklung und Altersarmut wird von Nordrhein-Westfalen erwartet, Impulse in der Diskussion zu setzen und auf Problemlagen aufmerksam zu machen. Anreize durch Kulturangebote und Mobilität schaffen, Potentiale durch Partizipation und Bildung ausschöpfen, Versorgung gewährleisten und Chancen nutzen – so verwies dieser Workshop auf die Vielschichtigkeit der Aufgaben, die im Sinne einer prosperierenden Entwicklung Nordrhein-Westfalens gemeinsam weiter zu diskutieren und zu bearbeiten sind.

„Differenzierte Entwicklungen der Regionen beachten > Metropolregionen versus ländliche Regionen. Differenzierte Klärungen des Verständnisses von „Daseinsfürsorge“ Gestaltung des demografischen Wandels als Pflichtaufgabe!“

Prof. Dr. Ruth Enggruber



Biodiversitätsstrategie NRW

Teilnehmende an der Diskussion:

Rainer Deppe, MdL Nordrhein-Westfalen, umweltpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion
Holger Sticht, BUND NRW, Landesvorsitzender

Moderation: Dr. Martin Woike, Abteilungsleiter Forsten und Naturschutz im Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen

Einleitung

Biodiversität ist für das Industrieland Nordrhein-Westfalen von ebenso herausragender Bedeutung wie für seine Bevölkerung. Der Workshop beleuchtete das Thema aus zwei unterschiedlichen Perspektiven: Die politischen Anstrengungen und Problematiken stellte Rainer Deppe, umweltpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion des nordrhein-westfälischen Landtags vor. Holger Sticht, Landesvorsitzender des BUND NRW, zeigte aus der Perspektive des Naturschutzes auf, welche Herausforderungen und

Probleme sich durch die Bedrohung der hiesigen Biodiversität ergeben. Dr. Martin Woike, Leiter der Abteilung Forsten und Naturschutz im Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen, moderierte den Workshop und versuchte zwischen diesen konträren Sichtweisen zu vermitteln.

Warum eine Biodiversitätsstrategie in NRW?

Zu Beginn des Workshops gab Dr. Martin Woike für die Teilnehmer des Plenums einen kurzen Überblick über die Inhalte und Themen der Biodiversitätsstrategie. Seit über einem Jahr werde rege über eine Biodiversitätsstrategie diskutiert, weite Teile der Bevölkerung hätten jedoch Schwierigkeiten die Tragweite der Diskussion nachzuvollziehen. Er betonte, dass eine nachhaltige Entwicklung soziale wie ökonomische Aspekte vereinen müsse und dieserart Leitgedanken eines Generationenvertrages sei. Der Kampf für den Erhalt der Biodiversität sei interdimensional, da neben der wirtschaftlichen Dimension, dem Erhalt des Wohlstandes, auch die ethische Dimension, die Bewahrung der Schöpfung, einbezogen werden müsse. Zentrale Elemente der Biodiversitätsstrategie seien:

- Biodiversität des Lebensraumes
- Biodiversität der Arten
- Biodiversität der genetischen Ausprägung

Es verfestigte sich nun zunehmend die Erkenntnis, dass es sich bei diesen Zielen nicht nur um Belange des Natur-

schutzes handelt, sondern die ökonomische Komponente nicht unterschätzt werden darf. Es sei langfristig billiger die globalen Schutzgebiete zu bewahren als sie zu zerstören und im Anschluss dann kostenintensiv technisch wiederherzustellen. Selbst Banken würden mittlerweile Ökologen beschäftigen, um langfristige Investitionen zu tätigen.

Das Thema Biodiversität hat eine soziale Komponente, eine psychohygienische Komponente, sie trägt in großem Maße zur Gesundheit der Menschen bei, aber auch eine kulturelle Komponente, im Hinblick auf Kunst und Musik, die ihre Inspiration aus der Natur bezieht. Der Erhalt der Biodiversität ist folglich etwas, dass aktiv zu unserer aller Lebensqualität und -grundlage aktiv beiträgt. Umgekehrt sind die abnehmende Biodiversität sowie der Klimawandel die zwei großen globalen Herausforderungen unserer Zeit. Da immer mehr Arten in Flora wie Fauna bedroht sind, hat man sich in Nordrhein-Westfalen entschlossen, eine Biodiversitätsstrategie auf den Weg zu bringen, die in Kürze verabschiedet werden und darüber hinaus durchaus als Präzisierung der Bundesstrategie angesehen werden kann. Im Rahmen der Strategie wurden diverse Eckpunkte zur Untersuchung festgelegt:

- Die Ausgangslage
- Die Ziele
- Die Maßnahmen
- Die Indikatoren zur Verifikation der Ergebnisse

Überzeugen statt alarmieren

Als erster Referent trug der CDU-Landtagsabgeordnete Rainer Deppe seine Überlegungen vor. Er stimmte mit den Ausführungen Dr. Martin Woikes überein, dass das wichtigste Ziel die Erhaltung der Arten sei, gab allerdings zu bedenken, dass dies nur gemeinsam mit den Menschen erreicht werden könne. Diese seien jedoch immer schwerer für den Naturschutz zu gewinnen, da die Akzeptanz von Naturschutzfragen in der Bevölkerung in den letzten Jahren signifikant abgenommen hätte. Die CDU habe folglich folgende Naturschutzziele formuliert:

- Die Erhaltung möglichst vieler heimischer Tier- und Pflanzenarten
- Die Erhaltung möglichst vieler Landschaftsschutzgebiete,
- Das Überzeugen möglichst großer Bevölkerungsteile dass es sich bei diesen Fragen um einen Faktor der Lebensqualität handelt

Um diese Ziele zu erreichen schlägt er folgende Maßnahmen einer Umsetzungsstrategie vor:

- Landes-, bundes- und europaweite Vernetzung von Lebensräumen
- Schaffung bzw. Wiederherstellung von Durchgängigkeiten, etwa bei Fließgewässern
- Förderung und Weiterentwicklung des Vertragsnaturschutzes

- Bessere Vernetzung von Biostationen in NRW, möglicherweise auch eine kooperative Organisation derselben durch Landnutzer, Naturschutz und die öffentliche Hand
- Verantwortungsübernahme für gefährdete Arten, wie den Lachs oder auch den Rotmilan
- Schutz der Wälder

Um diese Maßnahmen ins Werk zu setzen, seien zweifellos Investitionen notwendig, vielmehr allerdings jedoch Überzeugungsarbeit. So hätte eine zunehmende Zahl von Landwirten starke Vorbehalte gegen das sogenannte „Zwangsgreening“ (die naturgerechte Rückführung von Nutzflächen) und stünden dem Naturschutz vermehrt ablehnend gegenüber. Rainer Deppe zeigte durchaus Verständnis für diese Skepsis, in dem er darauf verwies, dass es sich bei dem Land Nordrhein-Westfalen überwiegend um Kulturlandschaft handele. Ebenso gab er zu bedenken, dass man Artenmigration akzeptieren müsse und der Klimawandel durchaus auch als Chance für die Etablierung von bisher nicht im Land beheimateten Arten gesehen werden könne. „Veränderungen hat es in der Geschichte schon immer gegeben, positive Entwicklungen werden zu selten gesehen, ich bin gegen Alarmismus.“

„Von Alarmismus kann keine Rede sein.“

Der Landesvorsitzende des BUND NRW Holger Sticht konnte in seinem anschließenden Beitrag den Ausführungen des CDU-Abgeordneten nur bedingt folgen. Er verwies darauf, dass der Umweltbericht 2013 Zahlen und Ergebnisse vorgelegt habe, die nur als erschreckend angesehen werden können. Das Land NRW habe versagt, denn der Artenschwund habe sich in den letzten Jahren sogar beschleunigt. 45% der untersuchten Arten stehen auf der roten Liste der gefährdeten Tierarten.

Besonders wichtig war es Holger Sticht herauszustellen, dass diese Fakten nicht nur eine „Spielwiese“ für Naturschützer seien, sondern vielmehr unser aller Lebensgrundlagen bedrohen. Es werde deutlich, dass nicht nur seltene Arten vom Aussterben bedroht seien, sondern vielmehr bekannte „Allerweltsarten“ massenhaft zusammenbrechen. Als aktuelles Beispiel führte er ein Naturschutzgebiet im Raum Krefeld an, in welchem innerhalb der letzten beiden Dekaden die Biomasse an Fluginsekten um 75% abgenommen habe. Der Begriff „Fluginsekten“ erscheine vielen Menschen als abstrakt, ein Drittel aller von uns genutzten Lebensmittel existierten jedoch nur auf der Grundlage der Bestäubung durch Fluginsekten, wie beispielsweise Bienen. Eine Biodiversitätsstrategie müsse es folglich schaffen, den Schutz als integrative Flächenaufgabe wahrzunehmen und umzusetzen. Die Natur lasse sich nicht in Reservate zwingen, denn in der Landwirtschaft gäbe es ebenfalls als Folge der abnehmenden „ursprünglichen“ Biodiversität einen massiven Artenschwund.

Holger Sticht hält daher das Landesprogramm von NRW für sinnvoll und stellt folgende Forderungen für das Gelingen der Maßnahmen:

- Eine Biodiversitätsstrategie muss mehr als „nur“ Naturschutz sein
- Biodiversitätsstandards müssen gesetzt werden, inklusive verbindlicher Regelungen bei der Vergabe von Fördergeldern und etwaigen Förderstopp bei Nichteinhaltung der Standards.
- Vernetzung der Biotope
- Eindämmung des Flächenverbrauchs
- Spezielle Förderung der bedrohten Arten
- Umfassende Kommunikationsstrategie zur Verankerung in der Bevölkerung
- „Den Dingen muss ihr Wert zurück gegeben werden“

Es sei von elementarer Wichtigkeit, dass die Biodiversitätsproblematik aus der Naturschutzdebatte hervortrete und alle Teile der Bevölkerung Verantwortung übernehmen.

Nachdem der Moderator Dr. Martin Woike die Gemeinsamkeiten der konträren Positionen herausgestellt hatte, wie etwa die gemeinsame Befürwortung von Biotopvernetzungen, der Wichtigkeit der Agrobiozönose und die Ablehnung von „Schönfärberei“, entspann sich im Plenum eine rege Diskussion.

Von Seiten der Landwirtschaftsvertreter wurde die als einseitig gegen die industrielle Landwirtschaft gerichtete Argumentation von Holger Sticht kritisiert und eingewendet, dass eine Nutzenoptimierung der aktuellen Landwirtschaftsflächen besser sei als deren partielle Stilllegung. Eine etwas bessere Nutzung aller Flächen würde positive Resultate zeigen als einige wenige Flächen komplett zu renaturieren.

Naturschützer hingegen zeigten Unverständnis für die Ablehnung der Landwirte von Mindeststandards und speziell gegen das „Zwangsgreening“, da sie doch nicht unerhebliche Fördermittel zur wirtschaftlichen Kompensation zur Verfügung gestellt bekämen. Sie kritisierten darüber hinaus die hohen Pachtpreise der Landwirtschaft, welche für Naturschutzorganisationen unerschwinglich seien. Landwirte müssten aktiv zum Erhalt der Natur beitragen, viele zeigten dafür vor allem aus ökonomischen Gründen aber wenig Verständnis.

An dieser Stelle sprang der CDU-Abgeordnete Rainer Deppe den Landwirten mit der Argumentation zur Seite, dass Fördergelder der EU dazu bestimmt seien, die Nahrungsversorgung zu sichern und nicht den Naturschutz zu finanzieren. Er zeigte jedoch auch für die Position der Naturschützer Verständnis und regte an, dass eine Zusammenlegung von Agrarmitteln und Naturschutzmitteln sinnvoll und daher einer Überlegung wert sei.

Ein Vertreter des Fachbereichs Natur und Umwelt des Kreises Unna kritisierte die generelle Ökonomisierung der Landwirtschaft. Durch den aktuellen Nutzungsdruck würde der frühere Konsens zwischen Landwirtschaft und Naturschutz aus den 80er und 90er Jahren zusehends schwinden und damit einhergehend die Unterstützung von Seiten der Landwirte. Seine Zweifel an einer Lösung stiegen hierdurch diametral.

Fazit: „Natur ist Nahrung für die Seele“

Im Plenum herrschte weitgehend Konsens darüber, dass die schwindende Biodiversität eine Bedrohung unserer Lebensgrundlagen darstellt und deshalb dringend Maßnahmen zur Eindämmung des Prozesses vorgenommen werden müssen. Um dies zu erreichen müsse allerdings die Bevölkerung „mitgenommen“ werden, denn die Maßnahmen könnten nur zielführend sein, wenn alle Beteiligten beziehungsweise Betroffenen zusammengebracht werden. Folgende Forderungen wurden diesbezüglich postuliert:

- Kurzfristigere Zielsetzungen. Besser eine Agenda 2015 als eine Agenda 2050
- Nutzung von Medien auf jede erdenkliche Art zur Verbreitung der Agenda
- Begeisterung wecken
- Investieren (nur woher kommt das Geld?)
- Positive Umweltbildung und -erziehung bereits in Kitas, Schulen und Ausbildungen

„1. Biodiversitätsstrategie wird von allen als notwendig angesehen.“

2. Zentrale Elemente sollen sein (Konsens):

- **Biotopvernetzung (!!)**
- **Schutzprogramme für Lebensräume / Arten für die NRW nationale bzw. internationale Verantwortung hat**
- **Schutz der Agrobiozönose**
- **Intensive Einbindung der Biologischen Stationen**

3. Zentral ist eine professionelle Kommunikationsstrategie, die alle vorhandenen Strukturen (NKA, Netzwerk Umweltbildung) einbindet und schon in der Schule / KiTa beginnt.“

Dr. Martin Woike



Nachhaltige öffentliche Finanzen

Teilnehmende an der Diskussion:

Werner Haßenkamp, Präsident der Gemeindeprüfungsanstalt des Landes Nordrhein-Westfalen

Prof. Dr. Norbert Kersting, Leiter des Kompetenzzentrums „Nachhaltige kommunale Finanzpolitik“ der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, Lehrstuhl für Kommunal- und Regionalpolitik

Dr. Lukas Mangelsdorff, Abteilungsleiter im Finanzministerium Nordrhein-Westfalen

Moderation: Andreas Esche, Direktor des Programms „Nachhaltig Wirtschaften“, Bertelsmann Stiftung

Einleitung

Andreas Esche führte in das Thema nachhaltige öffentliche Finanzen ein und verwies darauf, dass das Thema trotz der guten konjunkturellen Lage in Deutschland eine der zentralen mittel- bis langfristigen Herausforderungen für Staat und Gesellschaft darstelle. Die öffentliche Verschuldung nimmt nicht ab und die Lage wird nach wie vor als problematisch eingeschätzt. Die Interdependenzen zwischen Bund, Land und Kommunen sind vielfältig und kompliziert, neue Lösungen und Herangehensweisen sind angesichts sich wandelnder gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und politischer Rahmenbedingungen in einem Gesamtzusammenhang zu sehen und zu finden. Bei der Diskussion um ein zukunftsfähiges Nordrhein-Westfalen 2030 ist die Sicherstellung nachhaltiger öffentlicher Finanzen von besonderer Relevanz. Es müssen Antworten auf Veränderungen gefunden werden, z. B. im Bereich der Demografie, um die Handlungsfähigkeit auch für zukünftige Generationen sicherzustellen und strukturelle Neuausrichtungen anzugehen.

Wie sieht die Ausgangslage dazu konkret in NRW aus?

Das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) beschreibt diese in seiner Stellungnahme zum Haushaltsgesetz 2013 folgendermaßen: „Angesichts des immensen Konsolidierungsbedarfs sollte die Lan-

desregierung die Haushaltskonsolidierung intensivieren. Je später sie damit beginnt, desto schwieriger wird es, im Jahr 2020 einen strukturell ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. [...] Sollen einzelne Ausgabekomponenten wie die investiven Ausgaben in Human- und Sachkapital gesteigert werden, muss dies auch durch Einsparungen bei anderen, in erster Linie eher konsumtiven Ausgaben ‚finanziert‘ werden. Die Landesregierung steht damit vor der Aufgabe, zur Finanzierung von neuen vorrangigen Projekten auch Einsparpotenziale bei nachrangigen Projekten zu benennen – nur dann kann von einer nachhaltigen Finanzpolitik die Rede sein.“

Zur kommunalen Finanzlage hat die Bertelsmann Stiftung im August 2013 einen eigenen Bericht vorgelegt. Die Studie macht deutlich, dass insbesondere wenn man sich die Entwicklung der Kassenkredite in den kommunalen Haushalten ansieht, die Lage zum Teil dramatisch ist. Die Kassenkredite stiegen zwischen 2007 und 2011 um 60% an. Sie machen mittlerweile knapp die Hälfte der gesamten kommunalen Schulden aus. Damit liegt NRW insgesamt an dritter Stelle und somit deutlich über dem Schnitt der Bundesländer insgesamt. Diese Ausgangslage unterstreicht ganz klar: Es besteht dringender Handlungsbedarf.

Statements & Diskussion

Die Statements verdeutlichen drei unterschiedliche Ebenen und Sichtweisen auf das Thema:

Die politische Perspektive des Landes, vertreten durch Dr. Lukas Mangelsdorff; die kommunale, vertreten durch Werner Haßenkamp; und die politikwissenschaftliche Analyse, die von Prof. Dr. Norbert Kersting präsentiert wurde.

Von Seiten der politischen Ebene wurden Definitionen und Etappenziele benannt, die die Herangehensweise und das Verständnis der Landesregierung widerspiegeln.

Von welcher Definition ist bei der Diskussion um nachhaltige öffentliche Finanzen auszugehen?

Die gegenwärtige Höhe der Verschuldung des Landes Nordrhein-Westfalen beträgt 134 Milliarden Euro. Das Verständnis der Landesregierung von Nachhaltigkeit basiert auf der Zielvorstellung, dauerhaft strukturell ausgeglichene Haushalte zu erwirken. Dabei soll jede Generation damit auskommen, was ihr an Einnahmen zur Verfügung steht. Und jede Generation löst ihre Verteilungskonflikte für sich, ohne Konflikte auf dem Rücken zukünftiger Generationen auszutragen, indem sie einfach in die Verschuldung ausweicht. Mit diesem Verständnis von nachhaltigen öffentlichen Finanzen wird auch ein Instrument zur Sicherung der Generationengerechtigkeit eingeführt.

Wie lassen sich diese Zielvorstellungen erreichen?

Dazu ist ein Dreiklang aus folgenden Maßnahmen und Zielen von der Landesregierung definiert worden, berichtete Dr. Lukas Mangelsdorff:

- Eine gezielte Sparpolitik: Diese soll nicht nach der „Rasenmähermethode“ vorgehen, sondern sich durch eine bewusste Kritik der erforderlichen oder verzichtbaren Aufgaben sowie durch eine Effizienzanalyse des Mitteleinsatzes auszeichnen.
- Investitionen in die Zukunft: Dazu gehören vorausschauende Maßnahmen in den Bereichen Bildung, Infrastruktur sowie wachstumsfördernde Maßnahmen und die Umsetzung einer vorsorgenden Politik, um später nicht Geld für Nachsorge ausgeben zu müssen.
- Sicherung der Einnahmen: Dies umfasst verstärkte Maßnahmen zur Verhinderung von Steuerhinterziehung und entsprechende steuerpolitische Aktivitäten.

Wie sehen die Etappenziele der Landesregierung auf dem Weg zu einem ausgeglichenen Haushalt aus?

Der Koalitionsvertrag hält fest, dass bis zum Ende der Legislaturperiode 2017 eine Milliarde Euro strukturell eingespart werden soll. In einem weiteren Schritt hat sich die Landesregierung dazu bekannt, dass die Schuldenbremse eingehalten werden soll, d. h. konkret im Jahr 2020 muss die Nettoneuverschuldung Null lauten. Gleichzeitig laufen Bemühungen, die Schuldenbremse in der NRW-Landesverfassung zu verankern (dazu dient auch die Einrichtung einer Verfassungskommission). Das Land will dabei ausdrücklich seinen Verpflichtungen nachkommen, ohne einen „Verschiebebahnhof“ in Richtung der Kommunen zu initiieren.

Wie weit ist die Landesregierung bei der Erreichung der Etappenziele?

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind deutlich mehr als die Hälfte von dem Sparziel einer Milliarde Euro bis 2017 erreicht. Der jüngst von der Landesregierung vorgelegte zweite Nachhaltigkeitsbericht legt dar, dass noch ein weiterer Konsolidierungsbedarf besteht, der über 2017 hinausgeht und der bis 2020 weitere Konsolidierungsanstrengungen erforderlich macht.

Kann die Landesregierung 2020 das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts erreichen?

Das Ziel kann erreicht werden, da die gegenwärtigen Umstände positiv sind: Höhere Steuereinnahmen und niedrige Zinsen lassen eine günstige Prognose zu. Bei allem darf nicht vergessen werden, dass die Landesregierung auf dem Weg zur Einhaltung der Schuldenbremse bereits weit vorangekommen ist: Ausgehend von einer geplanten Net-

toneuverschuldung in 2010 von 6,6 Milliarden Euro liegt diese im vorliegenden Haushaltsentwurf für 2014 bereits nur noch bei rund 2,4 Milliarden Euro.

Dr. Lukas Mangelsdorffs persönliche und abschließende Einschätzung geht dahin, dass das Ziel 2020, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, nur dann erfolgreich erreicht werden kann, wenn es gelingt, demografische Entlastungen im Gesamthaushalt zu sichern.

Den kommunalen Blick auf das Thema nachhaltige öffentliche Finanzen fokussierte Werner Haßenkamp mit der Betrachtung der Haushaltslage der Kommunen in NRW. Davon ausgehend erläuterte er das Verständnis von nachhaltigen öffentlichen Finanzen, welches darauf abzielt, dass Nachhaltigkeit erst dann gegeben ist, wenn eine Generation nur die Ressourcen verbraucht, die sie selbst erwirtschaftet hat („periodengerechter Blick“). Dieser Ansatz stimmt mit der Gemeindeordnung überein, die besagt, dass jeder Haushalt jedes Jahr ausgeglichen sein muss.

Die Realität hingegen gestaltet sich anders: Die Nachhaltigkeit in den kommunalen Haushalten stellt ein großes Problem dar. Nur sechs Prozent der Kommunen in Nordrhein-Westfalen schaffen einen Haushaltsausgleich. Nimmt man die so genannte Ausgleichsrücklage dazu, so steigt der Wert auf 30%. Mit anderen Worten 70% der Kommunen in NRW sind überschuldet und sind nur in der Lage ihren Haushalt auszugleichen, wenn sie dafür ihr Eigenkapital einsetzen und damit zu Lasten zukünftiger Generationen agieren.

Beim Thema Verschuldung offenbaren sich auch Riesenlasten – wobei dies differenziert zu betrachten ist. Auf der einen Seite subsumiert sich darunter die Aufnahme von Investitionskrediten. Bei der Bewertung dieser Form der Kreditaufnahme unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten stellt sich die Frage der Schuldentragfähigkeit der Kommunen und des Landes. Dieser Form der Verschuldung wird die Anschaffung von Werten gegenüberstehen, die auch zukünftigen Generationen zur Verfügung gestellt werden können. Auf der anderen Seite steigt die Verschuldung von Kommunen über die wachsende Aufnahme von Kassenkrediten, mit denen z. B. Gehälter und Löhne von Beamten und Angestellten im öffentlichen Bereich zum Teil bezahlt werden – ein Ansatz, der dem Prinzip der Nachhaltigkeit diametral gegenübersteht. Die Aufnahme von Kassenkrediten ist in den letzten Jahren um zehn Prozent pro Jahr gestiegen.

Wie kann Nachhaltigkeit in den Kommunalhaushalten gelingen?

Der Abbau der Altschulden kann erst im zweiten Schritt erfolgen. Erstes Ziel muss ein strukturell ausgeglichener Haushalt und der Abbau der strukturellen Unterfinanzierung sein, ohne dass dabei die Lasten von dem einen auf den anderen verschoben werden (Stichwort „Konnexitätsprinzip“). Dies kann nur gelingen, wenn die Ausgaben gesenkt und damit die Aufgaben reduziert bzw. verändert werden (stärkere Aufgabenkritik). Dieser Prozess kann nur durchgesetzt werden, wenn der politische Wille zur Umsetzung schmerzhafter Veränderungen da ist, vorhandene eigene Spielräume effizienter genutzt werden und eine ehrliche Risikoanalyse der Haushalte vorgenommen wird. Die Kernforderung lautet: Die Ausrichtung der politischen Ziele muss sich am Machbaren orientieren und sich dabei nicht auf die Bewältigung gegenwärtiger Herausforderungen beschränken, sondern eine langfristige Perspektive in den Blick nehmen.

In diesem Kontext verfolgt – in der Bewertung von Werner Haßenkamp – der Stärkungspakt den richtigen Ansatz, so dass Maßnahmen und Beschlüsse zur Haushaltssicherung, die seit Jahren bei etlichen Kommunen im Gespräch waren, jetzt möglich und mit einer harten Aufsicht durchsetzbar geworden sind (Stichwort: Sparkommissar).

Gelingt es den Kommunen in NRW, in 2020 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen? Welche Einschätzung vertritt die Politikwissenschaft?

In der Bewertung von Prof. Dr. Norbert Kersting ist die Situation der Kommunen – auch wenn die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen gut sind – nach wie vor krisenhaft. Dies ist als ein Beleg dafür zu werten, dass Unterfinanzierung und Verschuldung der Kommunen struktureller Art und nicht konjunkturabhängig sind. So stellt sich die Frage, ob Kommunen nicht auch Konkurs gehen können. In der Politikwissenschaft, der Ökonomie aber auch den Rechtswissenschaften wird der Zusammenhang zwischen Nachhaltigkeit und kommunalen Finanzen mittlerweile als ein „wicked problem“ eingestuft, also als eine Problemstellung, die eines Wertewandels bedarf. Es muss ein Umdenken auf allen Ebenen herbeigeführt werden – wie bei allen Nachhaltigkeitsthemen – dies ist aber im Bereich der nachhaltigen Finanzen von besonderer Relevanz.

Wer muss umdenken und welche Akteure stehen dabei im Vordergrund?

Zum einen gibt es strukturelle Gründe, also exogene Faktoren, die mit für die defizitären kommunalen Haushalte verantwortlich sind. Mit anderen Worten: Reichen die



Mittel vom Bund und/oder dem Land? Muss die Verteilung strukturell neuorganisiert werden?

Zum anderen muss sich der Blick auf die Sparpotenziale der Kommune richten, und dabei sollen drei Bereiche zum Gegenstand der nachfolgenden Ausführungen gemacht werden:

- Die Verwaltungsspitze
- Die Bürgerinnen und Bürger
- Die Parteien/ Verbände

Die Verwaltungsspitze: Dazu liegen Erkenntnisse aus der Wissenschaft vor, die hier von Relevanz sind. Der Ökonom Professor Thomas Döring (Hochschule Darmstadt) kommt mit Kollegen in einer Studie zu der Erkenntnis, dass die Bürgermeister, seit es die Direktwahl gibt, nicht mehr die direkten Akteure / Treiber im Bereich der Kommunalfinanzen sind. Im Gegenteil, denn es scheint von den Wählern honoriert zu werden, wenn Bürgermeister eine dezidierte Sparpolitik verfolgen.

Die Bürgerinnen und Bürger: Es gibt eine Reihe von neuen Beteiligungsinstrumenten (Bürgerentscheide, Referenden, Bürgerhaushalte etc.), denen kostentreibende Wirkungen unterstellt werden. Mit Blick auf die Bürgerhaushalte zieht dieses Argument nicht, da es sich z. B. dabei um ein elektronisches Vorschlagswesen handelt, das kaum Auswirkungen auf die Haushalte hat. Die Referenden zeigen eher v. a. bei thematischen Sachentscheidungen und Großprojekten, dass die Bürger sparen wollen und klar den Kosten-Nutzen-Faktor bei ihren Entscheidungen in

den Mittelpunkt ihrer Wahl stellen (Beispiel: Referendum zur Olympia-Bewerbung).

Die Parteien / organisierte Interessensverbände: In diesen Bereichen gibt es verstärkt Forderungen nach einer verbesserten Ausstattung (Feuerwehr, Sport etc.), die wiederum zu einer Ausgabensteigerung beitragen. In diesem Kontext sollte eine Debatte über Standards angeregt werden. Sind es übertriebene Standards und Forderungen, die die Preise treiben? Wo gibt es Sparpotenziale? Warum steht NRW in bestimmten Bereichen im Ländervergleich, z. B. mit Bayern, so schlecht da?

Wie können Lösungsversuche aussehen?

Was wird laut Professor Norbert Kersting aus Sicht der Politik gebraucht?

- Haushaltsprozesse müssen neu gestaltet werden, d. h. weg von den „Wünsch-Dir-Was-Listen“.
- Es müssen Leitplanken implementiert werden, wie sie in anderen Bundesländern bereits existieren. Die GPA ist nicht mehr der „zahnlose Tiger“ (Kersting), sie interveniert viel stärker als bislang.
- Verstärkte interkommunale Kooperationen, d. h. konkret muss die Frage diskutiert werden, ob z. B. jede Kommune Institutionen der Hochkultur etc. braucht oder kann man Bereiche sinnvoll zusammenlegen und Synergien schaffen.
- Eine Neuordnung der Finanzen und Schaffung einer anderen Basis durch die Einsetzung einer Föderalismus III-Kommission.

In der anschließenden Diskussion kristallisierten sich zwei Themenfelder heraus, die den Teilnehmenden bei der Debatte um nachhaltige öffentliche Finanzen wichtig waren:

Zum einen die Frage nach neuen Modellen und Kooperationen, die für Entlastungen im kommunalen Haushalt sorgen können. Stichworte: Public Private Partnership (PPP) oder Project Bonds: Was können diese bewirken?

Dr. Lukas Mangelsdorff machte deutlich, dass diese Wege verstärkt im kommunalen Sektor gegangen werden und das Land dazu bereits eine Task Force eingerichtet hat. Werner Haßenkamp unterstrich allerdings, dass eine PPP kein Allheilmittel bei der Konsolidierung kommunaler Haushalte darstelle und dass gegenwärtig eher der Trend zu erkennen wäre, diese Form der privatwirtschaftlichen Zusammenarbeit wieder zurückzuführen.

Eine andere Form der inter- bzw. intrakommunalen Zusammenarbeit wurde ins Spiel gebracht: das Genossenschaftsmodell. Das Land delegiere bereits erfolgreich Aufgaben an regional spezifische Genossenschaften (z. B. im Emscherland/ Echthorff). Gemeinsame Einkaufsgenossenschaften oder andere erfolgreiche Beispiele von Zusammenschlüssen, z. B. in den Bereichen Personalwesen, Finanzverwaltung oder auch IT, würden zeigen, dass es Spielräume gibt und man diese effizient und sinnvoll nutzen kann.

Zum anderen wurde kontrovers darüber diskutiert, an welchen Stellen zu sparen ist, welche Standards in der kommunalen Versorgung auf den Prüfstein gehören und welche nicht. Prof. Dr. Norbert Kersting betonte noch einmal, dass Subventionen abgebaut werden müssen und es zu einem Wertewandel kommen muss, einem Umdenken, vor allem bei der Bewertung kultureller Einrichtungen (Stichwort: Braucht jede Stadt ein Opernhaus?). Darin könnte auch eine Chance liegen, es könnten sich neue kulturelle Zentren bilden, die das Erstarken einer Region befördern würden. Wichtig in diesem Kontext ist, dass mit den Bürgerinnen und Bürgern frühzeitig darüber Dialoge geführt werden, so dass sie aktiv in diese Veränderungsprozesse einbezogen werden. Diese Position blieb nicht unwidersprochen, und es wurde von verschiedenen Teilnehmenden deutlich gemacht, dass sie das Problem nicht einzig auf der Ausgabenseite sondern auch auf der Einnahmenseite sehen. Erwiesenermaßen würde auch bei der Streichung aller freiwilligen Leistungen ein kommunales Haushaltsdefizit verbleiben, die ganze Diskussion zeige nur eins: Der kontinuierliche Anstieg defizitärer kommunaler Haushalte spiegelt ein substanzielles Strukturprob-

lem und dies muss beseitigt werden bzw. die Leistungsverteilung zwischen Bund, Land und Kommune neu geordnet werden. In diesem Kontext wurde erneut betont, wie wichtig die Einrichtung einer Förderalismus III-Kommission sein dürfte, um langfristig handlungsfähig zu bleiben.

Fazit

Der Workshop machte deutlich, dass das Thema nachhaltige öffentliche Finanzen angesichts der gesellschaftlichen Herausforderungen (demografischer Wandel, steigende soziale Transferleistungen etc.) ein Topthema auf der Agenda der Nachhaltigkeitsdiskurse im Land wie auch in den Kommunalverwaltungen darstellt und neue Wege und Herangehensweisen erfordert. Neue Konzepte auf dem Weg zu strukturell nachhaltigen und ausgeglichenen Haushalten können aber nicht singulär betrachtet werden, sondern müssen immer im Zusammenspiel von Bund, Land und Kommune analysiert werden.

„Bei der Diskussion um ein zukunftsfähiges Nordrhein-Westfalen 2030 ist die Sicherstellung nachhaltiger öffentlicher Finanzen von besonderer Relevanz. Es müssen Antworten auf Veränderungen gefunden werden, z. B. im Bereich der Demografie, um die Handlungsfähigkeit auch für zukünftige Generationen sicherzustellen und strukturelle Neuausrichtungen anzugehen.

Zwei Organisationen aus dem wissenschaftlichen Bereich: die Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW (LAG 21 NRW) und das Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung aus Dortmund. Diese unterstützten die inhaltliche Arbeit des Kreises. Im Fokus der Bewerbung standen neben anderen Zielvorstellungen nachhaltige „LebensWerte“ festzulegen.“

Andreas Esche,



Flächen sparen – Zukunft gestalten

Teilnehmende an der Diskussion:

Thomas Berger, Stadt Lünen, Abteilungsleiter Planung

Dr. Klaus Reuter, LAG 21 NRW, Geschäftsführer

Daniela Schneckenburger, MdL Nordrhein-Westfalen, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Martin Tönnies, Regionalverband Ruhr (RVR), Bereichsleiter Planung

Moderation: Matthias Peck, Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen, stellvertretender Abteilungsleiter Fachübergreifende Umweltangelegenheiten, Nachhaltige Entwicklung

Einleitung

Der Workshop beleuchtete das Thema der Flächenpolitik in Gemeinden und Kommunen in Nordrhein-Westfalen. Wie Flächen genutzt und gestaltet werden ist eine entscheidende Frage für eine nachhaltige Kommunalpolitik. In Anbetracht der schrumpfenden Bevölkerungszahlen aufgrund des demografischen Wandels stellt sich eine auf Wachstum ausgerichtete Flächenpolitik in Kommunen und Gemeinden als überholt dar; als zukunftsweisen-der erweist sich eine flächensparende Strategie. Nordrhein-Westfalen orientiert sich dabei an der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie des Rates für Nachhaltige Entwicklung, die bundesweit eine Flächenneunutzung von 30 Hektar pro Tag (anstelle von aktuell 74 Hektar pro Tag) bis 2020 vorsieht. Eine zentrale Frage des Workshops war es, wie und mit welchen Mitteln man sich in Nordrhein-Westfalen diesem Ziel annähern kann.

Das Ziel: Fünf Hektar Flächenneunutzung bis 2020

Der Moderator Matthias Peck wies einleitend darauf hin, dass 2006 in Nordrhein-Westfalen die „Allianz für die Fläche“ bestehend aus Vertretern verschiedener Ministerien, Verbände, der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft mit dem Ziel gegründet wurde, die Strategien und Maßnahmen zur Reduzierung des Flächenverbrauchs für Nordrhein-Westfalen zu entwickeln. Entsprechend sei auch das Ziel von fünf Hektar pro Tag für Nordrhein-Westfalen bis zum Jahr 2020 unterschrieben worden.

Daniela Schneckenburger MdL, bemerkte, dass trotz schrumpfender Bevölkerungszahlen in den Regionen die Einwohnerzahlen in einigen Städten stiegen. Sie wies auch auf die Folgen einer dabei gleich bleibenden Siedlungspolitik und Gewerbegebietsentwicklung hin: wachsende Infrastrukturkosten, Zerschneidungseffekte, Verteuerung von Böden, Zerstörung von Biotopen, erhöhtes Verkehrsaufkommen etc. Wichtig sei besonders, so Daniela Schneckenburger, dass man sich um einen „sorgfältigen Diskurs mit den Kommunen“ bemühe: wie diese ihre Siedlungsentwicklung planten, welche zukünftige Flächenentwicklung sie sähen und welche Instrumente sie zur Unterstützung brauchen. Ein Instrument dafür sei beispielsweise bereits der „Flächenpool NRW“, der die Kommunen bei der Wiedernutzung von Brachflächen unterstützt. Auf Landesebene strebe man u. a. an, die Förderung des Eigenheimbaus zugunsten einer Förderung des Geschosswohnungsbaus zu verändern, um der fortschreitenden Urbanisierung Rechnung zu tragen.

„Wachstum ist einfacher zu steuern als Schrumpfung“

Einig waren sich die Diskutierenden darüber, dass Flächeneinsparungen bisher für Kommunen in Nordrhein-Westfalen zumeist noch ein oft missverständenes und eher unattraktives Thema darstellt. Martin Tönnies zeigte auf, dass erfolgreiche Kommunen sich traditionell noch immer über Wachstum und Ansiedlung, über das „Leitbild der wachsenden Stadt“ definierten – obwohl dies den aktuellen Realitäten entgegenstünde. Martin Tönnies identifizierte besonders den Bedarf für dezidierte Informationsgrundlagen, um die Notwendigkeit flächensparender Planung zu dokumentieren. Er berichtete von der Arbeit der Regionalplanungsbehörde Ruhr, die für den Regionalverband Ruhr ein einheitliches Flächeninformationssystem entwickelt hat. Ein solches einheitliches Datenerhebungs- und Monitoringsystem würde er sich für ganz NRW wünschen, um landesweit ein einheitliches Monitoringsystem über die Flächennutzung und -verfügbarkeit zu haben.

Thomas Berger bestätigte, dass die Maxime des Flächensparens in den Kommunen theoretisch anerkannt sei, aber die Umsetzung in die Praxis oft kontrovers diskutiert werde. Es funktioniere zumeist nicht, das Landesziel von fünf Hektar ausschließlich auf die Kommunen umzulegen. Wichtig seien konkrete Regularien und Planungen seitens der Landes- und Regionalplanungsbehörden. Zugleich müssten aber auch die Kommunen selbst (etwa in runden Tischen o. ä.) aktiv in die Planungen eingebunden werden, um Akzeptanz zu erzeugen und eine individuelle Flexibilität bei der Planung zu ermöglichen. So seien für die Stadt Lünen nicht nur die Flächenneuausweisung, sondern auch

der Flächentausch und das Brachflächenrecycling wichtige Themen.

Dr. Klaus Reuter berichtete aus seiner Arbeit in der Beratung von Kommunen, dass es dort oft ein Unverständnis dahingehend gäbe, dass altbewährte Erfolgsstrategien nicht mehr funktionierten und sich nun erst ein langsamer Prozess des Umdenkens vollzöge. Er hält es daher für psychologisch wichtig, dass nun durch den Rat für Nachhaltige Entwicklung und das Land NRW konkrete durch Zahlen benannte Zielvorgaben und multifunktionale Lösungsansätze entwickelt würden, um den Diskurs voranzutreiben. Datenklarheit sei in der Tat von großer Bedeutung, besonders da es auch sehr unterschiedliche Wissensstände in den Kommunen gäbe. Diese Datenklarheit sei die Voraussetzung, um sich (wie im Projekt Nachhaltiges kommunales Flächenmanagement der LAG 21 NRW) mit den Vertreterinnen und Vertretern einer Kommune aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft zu verständigen und gemeinsam individuelle Lösungsstrategien zu entwerfen.

„Schritte nach vorne“: Instrumente und Maßnahmen

Ein Vertreter der Geschäftsstelle des Rates für nachhaltige Entwicklung merkte an, dass man sich bisher vor allem mit der Problemanalyse befasst habe. Wichtig sei nun aber auch der Schritt zur Entwicklung konkreter Maßnahmen und Instrumente. Hierzu sei die Arbeit der LAG 21 NRW als beispielhaft zu sehen, da diese den Schritt von der Strategie zum konkreten Dialog mit den Kommunen gehe. Die Frage sei, ob es weiterer Forschung oder vielmehr verstärkter Beratungsangebote nach dem Vorbild der LAG 21 bedürfe.

Martin Tönnies kritisierte, dass er zur Zeit keine landesweit einheitlichen und ausreichend klaren Informationsgrundlagen sieht. Es dürfe nicht die Situation entstehen, dass Kommunen mit Datenklarheit und entsprechender Planung sich gegenüber angrenzenden Kommunen benachteiligt fühlen, denen es daran mangle.

Dr. Klaus Reuter hielt dagegen eine andere Frage für zentral: „Wieso schaffen wir nicht neue Anreize für Kommunen, die sich nachhaltig verhalten?“ Er wies auf das neue Projekt der LAG 21 - ein Zertifizierungsverfahren für flächensparende Kommunen in NRW - hin, mit dem diese sich freiwillig auszeichnen können. Auch Veränderungen der Städtebauförderung könnten nachhaltig handelnde Kommunen unterstützen.

Daniela Schneckenburger ergänzte, dass noch viel „Bewusstseinsarbeit“ nach dem Vorbild der LAG 21 geleistet

und dabei auch der interkommunale Austausch gefördert werden müsse. Kommunen mit interkommunalen Gewerbegebieten z. B. teilten Gewerbesteuer untereinander auf. Hier sei, so Daniela Schneckenburger, auch eine stärkere Einbindung der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BIMA) wünschenswert, wenn es um militärische Konversionsflächen geht.

Ein Vertreter des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit erläuterte die Initiative der Bundespolitik, Flächenzertifikate an Kommunen zu vergeben, mit dem diese Handel betreiben können. Die Diskutierenden betrachteten diese Initiative mit Zurückhaltung; eine verpflichtende Zertifizierung und der Handel mit Zertifikaten in den Kommunen würden auf starken Widerstand stoßen. Zudem bestünde die Gefahr, dass sich die Kluft zwischen reicheren und ärmeren Kommunen größer würde.

Eine Vertreterin des Ministeriums für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr ergänzte, dass Flächen mehr mobilisiert werden müssten. Dafür müssten Politik und Verwaltung auch verstärkt mit Flächeneigentümern ins Gespräch kommen. Sie sprach sich gegen die Förderung flächensparender Kommunen aus, da bereits ausreichend Förderungsinstrumente vorhanden seien – etwa für Brachflächenrecycling im Rahmen des Stadtumbaus. „Vorhaltepolitik“ könne nicht zusätzlich finanziell gefördert werden.

Eine Teilnehmerin aus dem Publikum wies auf den Zusammenhang zwischen verwaisten Innenstädten und flächenmäßiger Vergrößerung der Städte hin. Die Diskutanten bestätigten, dass diese Diskrepanz in den Planungsregionen bereits seit längerem thematisiert werde. Es sei sehr wünschenswert, dass sich die Perspektive „innen vor außen“ stärker in den Kommunen verankere, so Daniela Schneckenburger.

Fazit

Zusammenfassend wurde festgestellt, dass ein Paradigmenwechsel in der kommunalen Flächenpolitik unumgänglich sei. Auch stehe außer Frage, dass das Thema der Flächeneinsparung für die meisten Kommunen eine Herausforderung darstelle, da die Politik traditionell eher an Flächenwachstum ausgerichtet sei. Wichtig sei, wirksame Instrumente zur Umsetzung einer flächensparenden Kommunalpolitik zu entwickeln bzw. bestehende Instrumente zu überdenken und gegebenenfalls neu auszurichten. Wichtige Maßnahmen dabei seien eine dezidierte Recherche und Datenerhebung sowie ein landesweit einheitliches



Monitoringsystem. Von zentraler Bedeutung zeige sich dabei auch die Neugestaltung von Fördermaßnahmen. Auch müssten künftig stärkere Synergien und ein noch aktiverer Austausch zwischen den Akteuren aus Politik, Verwaltung und Naturschutz sowie zwischen den Kommunen angeregt und Dialogprozesse angestoßen werden. Nur so könnten, wie etwa am Vorbild der Projekte der Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 zu sehen, Fürsprecher und Multiplikatoren auf allen Ebenen gewonnen werden, die das Thema stärker in den Kommunen verankern und Perspektivwechsel bewirken können.

„Wir brauchen ein landesweit einheitliches Flächenmonitoring und neue Anreizsysteme für flächensparende Kommunen.“

Matthias Peck



NRW-Nachhaltigkeitsstrategie als Gemeinschaftswerk

Johannes Remmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen

Liebe Kollegin Barbara Steffens,
sehr geehrter Herr De Geus, sehr geehrte Frau Dr. Scholz,
lieber Reinhard Bütikofer,
sehr geehrte Damen und Herren,

ich begrüße Sie alle recht herzlich zum abschließenden Plenum der zweiten NRW-Nachhaltigkeitstagung hier im Landtag Nordrhein-Westfalens.

Es ist absolut beeindruckend so viele Menschen hier im Landtag zu sehen, die sich dem Thema Nachhaltigkeit in Nordrhein-Westfalen verbunden fühlen. Über 350 Menschen sind heute hier und bringen damit zum Ausdruck, dass die Nachhaltigkeitsfamilie in Nordrhein-Westfalen stetig wächst.

Zunächst einmal möchte ich mich ganz herzlich bedanken für die Unterstützungsleistungen der vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die es uns ermöglicht haben unsere Tagung heute hier im Landtag auszurichten. Ich bedanke mich auch bei den vielen Akteuren aus Wissenschaft, Wirtschaft, Gesellschaft und Kommunen sowie den verschiedenen Verbänden und Initiativen. Sie alle machen deutlich, dass das Thema Nachhaltigkeit in Nordrhein-Westfalen ganz oben auf der Tagesordnung steht und dass wir gemeinsam an einer NRW-Nachhaltigkeitsstrategie arbeiten wollen.

Dazu gibt es, wie Sie erfahren haben, seit letzter Woche einen Kabinettschluss der Landesregierung zu Eckpunkten für eine Nachhaltigkeitsstrategie für NRW.

Damit wollen wir einen neuen Anlauf für eine NRW-Nachhaltigkeitsstrategie nehmen. Für den einvernehmlichen und konstruktiven Beratungsprozess hierzu innerhalb der Landesregierung bin ich sehr dankbar.

Wir haben nun eine solide Grundlage, um mit der „richtigen“ Arbeit zu beginnen. Ich bin davon überzeugt, dass die NRW-Nachhaltigkeitsstrategie nur durch das gemeinsame Engagement von uns allen gelingen kann. Nachhaltige Entwicklung ist eine Daueraufgabe und umfasst alle

Bereiche unseres Lebens und Wirtschaftens. Sie erfordert das kooperative Zusammenwirken aller Ministerien der Landesregierung, des Parlaments, der Wissenschaft, der Wirtschaft, der Gesellschaft, der Kommunen, der verschiedenen Verbänden und Institutionen und sie ist für die Bürgerinnen und Bürger durch Initiativen zur aktiven Beteiligung und durch Angebote zum Mitmachen konkret und erfahrbar zu gestalten. Denn Nachhaltigkeit in der Konkretion ist wichtig.

Denn wo alle anpacken und an einem Strick ziehen –möglichst in eine Richtung – werden wir ein „Zukunftsfähiges Nordrhein-Westfalen 2030“ als Gemeinschaftswerk schaffen.

Aber Gemeinschaftswerke müssen sich immer orientieren – und das ist mir wichtig hier noch einmal zu unterstreichen – an den zentralen Herausforderungen, die vor uns liegen. Nicht jede tagesaktuelle Frage kann in solchen Prozessen behandelt werden, sondern wir müssen unsere Nachhaltigkeitsaktivitäten auf die großen gesellschaftlichen Herausforderungen der nächsten zwanzig, dreißig Jahre konzentrieren.

Wenn wir das Zwei-Grad-Ziel erreichen wollen, werden Klimaschutz und Klimaanpassung die Jahrhundertherausforderungen sein. Um dies zu verdeutlichen, möchte ich Ihnen die eingängigen Zahlen dazu noch einmal in Erinnerung rufen.

In der Bundesrepublik verbrauchen wir rund zehn Tonnen CO₂ pro Kopf und Jahr, in Nordrhein-Westfalen sind es mehr als 16 Tonnen. In Indien liegt der Verbrauch bei 1,5 Tonnen CO₂ pro Kopf und Jahr. Um das Zwei-Grad-Ziel zu erreichen, müssen wir es schaffen, innerhalb kurzer Zeit auf drei bis vier Tonnen CO₂ pro Kopf und Jahr zu kommen.

Das wird nicht gehen, ohne dass alle gesellschaftlichen Bereiche, alle Lebensbereiche, mit einbezogen werden und ihren Anteil dazu beitragen. Ob das jetzt unsere Art der Fortbewegung, des Essens, des Wohnens oder unsere Art, wie wir Energie erzeugen und umwandeln, sind. Eng damit verbunden ist die zweite große Herausforderung, nämlich unser Umgang mit den begrenzten Ressourcen unserer Erde.

In kurzer Zeit wird die Erdbevölkerung noch einmal um zwei Mrd. Menschen wachsen, die auch gut leben wollen und Energie verbrauchen wollen. Diese Ansprüche zufriedenzustellen und in eine nachhaltige Entwicklung zu bringen,

wird die große Zukunftsherausforderung.

Allerdings muss man immer wieder um diese Leitlinien ringen und überprüfen, ob sie auch wirklich die zentralen Herausforderungen sind. Deshalb wird dies ein ständiger Diskurs und eine stetige Arbeit sein, die wir zu leisten haben. Nur wenn die Leitlinien erkennbar sind, kann man sich im konkreten Tagesgeschäft orientieren. Und das ist die Aufgabe der Erarbeitung einer solchen umfassenden Nachhaltigkeitsstrategie für unser Bundesland.

Während die Weltbevölkerung wächst, haben wir mit sinkenden Bevölkerungszahlen zu rechnen. Deshalb ist bei uns in Nordrhein-Westfalen der demografische Wandel eine weitere große Herausforderung. Die Einwohnerzahlen werden in den kommenden Jahrzehnten deutlich sinken. Wir werden im Durchschnitt länger leben, es werden aber auch immer weniger Kinder geboren. Regional wird es dabei erhebliche Unterschiede geben.

Dass Thema Demografie steht dabei in vielfältigen Wechselwirkungen zu anderen großen Herausforderungen wie der Stadtentwicklung, der Mobilität, dem Klimawandel und unseren zukünftigen Lebensweisen. Genau diese Wechselwirkungen zwischen den großen Themen sollen im Mittelpunkt unserer Nachhaltigkeitsstrategie stehen.

Die Landesregierung hat schon viele Projekte auf den Weg gebracht. Deshalb freue ich mich sehr, dass meine Kollegin Barbara Steffens, Ministerin für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter, Ihnen und mir heute ihre Gedanken zum demografischen Wandel in der Perspektive eines „Zukunftsfähigen Nordrhein-Westfalens“ präsentieren wird.

Schönen Dank, dass Du da bist – wir sind jetzt ganz aufmerksam!



Demographischer Wandel in Nordrhein-Westfalen

Barbara Steffens, Ministerin für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter des Landes Nordrhein-Westfalen

Sehr geehrte Damen und Herren,

natürlich ist es wichtig, in Zukunft klimaneutrale Krankenhäuser, Arztpraxen und Pflegeeinrichtungen zu schaffen. Aber die Gesundheits- und Pflegepolitik hat noch eine viel weitergehende Bedeutung für das Thema Nachhaltigkeit. Um dies zu erläutern, ist es zunächst notwendig, sich die vor uns liegenden gesellschaftlichen Herausforderungen genauer anzuschauen.

Ich will ein paar Zahlen nennen, um die demografische Entwicklung zu verdeutlichen. In Nordrhein-Westfalen leben heute 17,9 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner. 2050 werden es nur noch 15,7 Millionen sein. Die Bevölkerung schrumpft also in einem erheblichen Aus-

maß. Gleichzeitig steigt die Anzahl der Menschen mit Versorgungsbedarf. Hierzu nur zwei Tendenzen aus dem Pflegebereich, aus denen deutlich wird, wie sehr sich die Bevölkerung verändern wird: rund 550.000 Menschen in Nordrhein-Westfalen haben heute eine Pflegestufe zuerkannt bekommen und bei etwa 300.000 Menschen wurde eine Demenz diagnostiziert. 2050 werden es jeweils doppelt so viele sein. Dann leben in NRW – geschätzt – mehr als 1,5 Millionen Menschen mit Unterstützungsbedarf. Gleichzeitig reduziert sich bis 2050 die Zahl der Erwerbspersonen um 20 Prozent. Das heißt, immer weniger Arbeitskräfte müssen immer mehr pflegebedürftige Menschen versorgen. Heute ist jeder achte bis neunte in Nordrhein-Westfalen in der Gesundheitswirtschaft tätig. Rein rechnerisch müsste es dann im Jahr 2050 etwa jeder vierte sein.

Diese demografischen Entwicklungen führen zu einschneidenden Problemen in der gesundheitlichen und pflegerischen Versorgung, die wir mit unseren heutigen, alles andere als nachhaltigen Strukturen nicht lösen werden können.

Und das liegt an zwei Gründen. Zum einen haben weder der Bund und die Länder noch die Sozialversicherungsträger die Mittel, um das gegenwärtige System dauerhaft und

in gleicher Form finanzieren zu können. Zum anderen aber verursachen wir durch gesellschaftliche Fehlsteuerungen heute sehr viele Unterstützungsbedarfe selbst, denen wir mit neuen und anderen präventiven Maßnahmen begegnen müssen, um eine nachhaltig tragfähige Versorgungsperspektive zu haben.

Ich will das an drei Beispielen aus verschiedenen Altersgruppen verdeutlichen, angefangen mit den Kindern. Kinder dürfen heute oft nicht mehr Kinder sein. Uns fehlen kindgerechte Wohn- und Lebensräume. Kinder gehen nicht mehr zu Fuß zur Schule, Kinder haben nicht mehr genügend Spiel- und Freiflächen, um sich auszutoben. Das liegt zu einem großen Teil an einer gesellschaftlichen Entwicklung, die immer mehr Flächen für Straßen und Siedlungsräume verbraucht. Daneben gibt es eine zunehmende Tendenz, „auffällige“ Kinder einfach ruhig zu stellen. Wir versorgen heute 10 Prozent aller Jungen mit Ritalin und 3,5 Prozent der Mädchen, mit seit Jahren steigenden Fallzahlen. Statt in natürlicher Umgebung kindliche Entwicklung, Motorik und Begabung zu fördern, passen wir Kinder in ein Tagesprogramm ein, das selbst uns Erwachsene überfordern würde. Das kann nicht funktionieren und ist mit Sicherheit für die Leistungsfähigkeit und die Leistungsbereitschaft unserer Kinder nicht nachhaltig förderlich! Die Erwartungen an unsere Kinder müssen andere werden, das Umdenken bereits in der Schule beginnen. Kinder brauchen weniger Leistungserwartung, sondern vielmehr das Gefühl, wieder Kind sein zu dürfen. Das heißt aber auch: Wir müssen uns grundlegend Gedanken über das Tempo in unserer Gesellschaft machen. Das möchte ich Ihnen an einem Beispiel mit deutlichen Auswirkungen auf die Gesundheitsversorgung zeigen. Wir wollen, dass alles um uns herum noch höher, noch schneller, noch weiter geht. Dieses Denken ist im Beruf besonders ausgeprägt. Und so verschwimmen die Grenzen zwischen Berufs- und Privatleben immer mehr: Wir müssen oder wollen ja immer erreichbar sein – und damit verschwinden wichtige persönliche Freiräume. Nicht wenige sehen die Zunahme psychischer Erkrankungen als Folge eines oftmals rastlosen Lebens.

Eine stetig wachsende Zahl von Menschen ist aufgrund einer psychischen Erkrankung arbeitsunfähig und wird im schlimmsten Fall frühverrentet.

Wir gehen mit unseren persönlichen Ressourcen nicht nachhaltig, sondern geradezu verschwenderisch um. Wir vergeuden einen Teil unserer Lebensqualität und unsere Kompetenzen und Fähigkeiten damit, dass wir immer weiter über unsere natürlichen körperlichen wie seelischen

Grenzen hinausgehen und die Regeneration vergessen. Aber: Unsere Gesellschaft kann es sich – auch vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung – nicht leisten, noch mehr Menschen im System zu verlieren. Deshalb dürfen wir auch nicht Jung gegen Alt aufstellen. Aber genau das tun wir gerade. Denn wenn wir uns zuletzt die Gruppe der älteren Menschen und parallel die Stadtentwicklung der letzten 20 Jahre ansehen, dann stellen wir fest, dass das von uns allen gewünschte selbstbestimmte Leben im Alter in vielen Quartieren nicht mehr möglich ist, weil Versorgungsengpässe bestehen und keine Barrierefreiheit gewährleistet ist.

Deswegen versuchen wir als Landesregierung nun an den Quartiersfragen neu anzusetzen: Wie kann denn für alle Lebensphasen das Leben vor Ort ermöglicht werden? Wir haben Einkaufszentren auf der grünen Wiese – und damit verbunden auch hier wieder einen großen Flächenverbrauch. Aber Menschen, die nicht mehr so mobil sind, haben Schwierigkeiten, sich selber zu versorgen. Die einzige Möglichkeit zur Versorgung besteht dann oftmals in den extra eingerichteten stationären Altenpflegeeinrichtungen, die dann wahrscheinlich auch auf der grünen Wiese und nicht im Zentrum sind.

Wer selbst zunehmend weniger mobil ist, ist aber darauf angewiesen, dass ein funktionierendes soziales Umfeld unmittelbar erreichbar ist. Die Gefahr, dass jemand im Alter vereinsamt und verwahrlost, ist gering, wenn genügend zwischenmenschliche Kontakte bestehen, in denen Zuwendung und Gespräche stattfinden.

Wir müssen keine separaten Einrichtungen am Stadtrand errichten, sondern eine wirklich inklusive Gesellschaft werden, in der Menschen, egal ob mit oder ohne Behinderung, ob im Alter mit oder ohne Einschränkungen, ob jung oder in der Familienphase, selbstbestimmt leben und sich versorgen können. Dazu gehört auch, dass wir an vielen Stellen umdenken müssen. Wie ist das denn z. B. mit der Nachhaltigkeit im ländlichen Raum? Mit der Versorgung und mit dem sozialen Leben dort? Kommen die Ärztinnen und Ärzte noch zu den Menschen? Gerade hier werden wir neue Strukturen schaffen und neue Modelle diskutieren müssen.

Dabei werden wir die benötigten Ärztinnen und Ärzte nicht alle im Ausland gewinnen können. Migration wird unsere Probleme nicht lösen, wenn wir nicht gleichzeitig auch die notwendigen strukturellen Veränderungen anpacken. Es braucht andere Versorgungskonzepte im Gesundheitsbereich, bei der die ambulante und stationäre Betreuung

ineinander fließen, nicht jeder alte Mensch direkt ins Krankenhaus gebracht wird, sondern Vernetzungen zwischen Pflegeeinrichtung und stationärer Versorgung greifen. Ebenso müssen wir darüber diskutieren, wie die Versorgung mit Lebensmitteln und anderen Gütern im Quartier geleistet werden kann, damit sie bei den Menschen zu Hause ankommen. Und wir werden alles das nicht isoliert für den Gesundheits- und Pflegebereich, sondern viel weiter diskutieren müssen - auch mit den Zuständigen für Verkehrspolitik, denn heute orientieren sich unsere Ampelschaltungen am PKW und nicht am Rollator. Auch dort sind nachhaltige Veränderungen für unsere Zukunft notwendig.

Nicht zuletzt werden wir die Frage der Finanzierbarkeit stellen müssen. Eine nachhaltige Gesellschaft wird nur erreichbar sein, wenn klar ist, wie auch mit weniger Beitragszahlerinnen und -zahler unsere sozialen Sicherungssysteme finanziert werden können. Dabei braucht es andere, neue Konzepte, um strukturell bedingter Armut entgegen zu treten. Wir werden an vielen Stellen neue Ideen von neuen Systemen und neuen Quartieren entwickeln müssen.

Ich bin überzeugt, dass das gelingen kann. Es gibt auch heute schon altengerechte Quartiere in Nordrhein-Westfalen, die nicht nur für alte Menschen, sondern für alle Menschen und alle Altersgruppen als Wohn- und Lebensorte attraktiv sind.

Es gibt keine Alternative zu nachhaltiger Sozialpolitik und nachhaltiger Gesundheitspolitik. Aber diese wird nicht nur über Umverteilung zu erreichen sein. „Höher – schneller – weiter“ und „Geiz ist geil“, das sind wir selbst. Rahmenbedingungen werden wir daher nur dann wirksam verändern können, wenn wir auch unsere Mentalität überdenken.

Und nur dann bekommen wir auch Strukturen, die sich jederzeit daran messen lassen, ob sie für alle Menschen in allen Lebenslagen passend sind. Die Alternative ist: Wir haben 2050 keine funktionierende Versorgung mehr.

Mein Fazit:
Nachhaltigkeitsstrategien im ökologischen Bereich sind untrennbar mit den Fragen sozialer Nachhaltigkeit verbunden, denn es geht um die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Dafür sind wir alle verantwortlich!





Podiumsdiskussion: Eine deutsche, europäische

Aart De Geus
Vorsitzender des Vorstandes,
Bertelsmann Stiftung
Reinhard Bütikofer
MdEP, Co-Vorsitzender der Europäischen Grünen Partei
Dr. Imme Scholz
stellv. Direktorin des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik, Mitglied im Rat für Nachhaltige Entwicklung
Johannes Remmel
Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen

Podiumsdiskussion

Eine NRW-Nachhaltigkeitsstrategie im deutschen, europäischen und internationalen Kontext

Teilnehmende an der Diskussion:

Aart De Geus, Vorsitzender des Vorstandes, Bertelsmann Stiftung

Reinhard Bütikofer, MdEP, Co-Vorsitzender der Europäischen Grünen Partei

Dr. Imme Scholz, stellv. Direktorin des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik, Mitglied im Rat für Nachhaltige Entwicklung

Johannes Remmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen

Moderation: Dr. Tanja Busse

Dr. Tanja Busse: Herr De Geus, die Bertelsmann-Stiftung hat 35 Nachhaltigkeitskonzepte aus aller Welt auf verschiedenen Ebenen untersucht. Welche Ideen kann NRW übernehmen, was können wir hier im Land von der Welt lernen?

Aart De Geus: Wir haben beim Vergleich der Studien gesehen, dass die Qualität der Strategie ganz entscheidend ist. Sie braucht messbare Ziele, andernfalls bleibt sie ohne Wirkung. Zudem ist eine interdisziplinäre und über Ressortgrenzen hinweggehende Umsetzung wichtig. Und schließlich ist die Partizipation der Bürgerinnen und Bürger ganz entscheidend.

Dr. Tanja Busse: Herr Bütikofer, aus Europa hören wir derzeit nicht allzu viel zum Thema Nachhaltigkeit. Was kann Europa in den nächsten Jahrzehnten für Nachhaltigkeit leisten?

Reinhard Bütikofer: Die EU-Nachhaltigkeitsstrategie ist aus dem Jahr 2001 und sie ist derzeit aus dem Blick-

feld gerückt. In der EU 2020-Strategie ist nicht mehr von Nachhaltigkeit, sondern nur noch von nachhaltigem Wachstum die Rede. Die EU-Umweltminister haben aber im letzten Jahr beschlossen, die EU-Nachhaltigkeitsstrategie im kommenden Jahr zu überprüfen und fortzuschreiben. Da kommt es sehr stark darauf an, dass einzelne Akteure wie z. B. NRW aktiv mitspielen. Wenn wir der Nachhaltigkeit wieder einen größeren Platz erkämpfen wollen, ist es entscheidend, wie wir sie in die Diskussion über Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit einbinden. In der europäischen Industriepolitik ist es wirklich umstritten, ob Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit verbunden werden können. Wir müssen zeigen, dass Nachhaltigkeit gerade auch für die ökonomische Stabilität von fundamentaler Bedeutung ist.

Dr. Tanja Busse: Frau Dr. Scholz, Sie blicken auf die internationale Perspektive. Wie können die Millennium Development Goals nach 2015 und die universellen Nachhaltigkeitsziele der UN zusammengebunden werden? Wie sehen Sie die internationale Entwicklung, welche Strahlkraft kann sie auf die einzelnen Nachhaltigkeitskomplexe ausüben?

Dr. Imme Scholz: Auf der UN-Generalversammlung im September ist beschlossen worden, die beiden von Ihnen genannten Prozesse zusammen zu führen. NRW hatte bereits vorher einen ähnlichen Beschluss im Bundesrat eingebracht, mit dem eine europäische Entschließung unterstützt wurde, die empfahl, die Debatte um neue Entwicklungsziele nach 2015 nicht nur aus entwicklungspolitischer Sicht zu sehen, sondern aus der Perspektive universeller Nachhaltigkeitsziele. Wenn das gelingt, könnte die globale Agenda nach 2015 einen Beitrag zur Politikkoordination unterschiedlicher Sachgebiete und Ebenen leisten und eine Chance bieten, Prozesse auf nationaler, internationaler und europäischer Ebene zusammen zu führen.

Dr. Tanja Busse: Diese universellen Ziele hätten dann einen normativen Wert. Aber wie kann daraus eine verbindliche Politik entwickelt werden?

Dr. Imme Scholz: Das wird nicht einfach. Es wird nicht gelingen, die universellen Nachhaltigkeitsziele gleichzeitig innovativ und ambitioniert auszugestalten und verbindlich zu machen. Wir sollten die Agenda so gestalten, dass sie auch andere Politikprozesse auf globaler und nationaler Ebene befördert und nicht behindert. Ein Vorschlag ist jetzt, sich global auf acht bis zehn inhaltliche Handlungsfelder zu verständigen und auf nationaler und subnatio-



naler Ebene verbindliche, quantifizierte Ziele zu setzen. Dann würde man Zugeständnisse bei der Verbindlichkeit machen, aber nicht bei der Ambitioniertheit und bei der Flexibilität. Denn diese ist wichtig, wenn wir die unterschiedlichen Handlungsressourcen der UN-Mitgliedstaaten betrachten. Für Deutschland würde es z. B. wenig Sinn machen, wenn Ziele festgelegt würden, für deren Erreichung wir uns in Deutschland nicht anstrengen müssten. Eine solche Agenda würde sich am Nord-Süd-Verständnis der letzten Jahre orientieren und wäre nicht zukunftssträchtig.

Dr. Tanja Busse: Was bedeutet diese Forderung nach Messbarkeit für die NRW-Nachhaltigkeitsstrategie, Herr Remmel? Und was nehmen Sie aus den europäischen und internationalen Entwicklungen mit für die Nachhaltigkeitskonzepte in NRW?

Johannes Remmel: Es ist ganz klar, dass wir Ankerpunkte in der Zukunft und konkrete Ziele brauchen. Ohne messbare Ziele fehlt uns der Spiegel für politische Entscheidungen und wir negieren damit die unterschiedlichen Interessenslagen. Deswegen sage ich auch, dass die Nachhaltigkeit Interessenskonflikte nicht kaschieren darf, sondern muss diese möglicherweise auch offenlegen. Wir erleben dies gerade am Beispiel Fracking. Das Klimaziel holt uns hier wieder auf den eigentlichen Weg zurück. Verbindlichkeit herzustellen ist natürlich kompliziert, aber auch dafür sind Ziele und Ankerpunkte unbedingt notwendig. Dies wird ohne gesellschaftliche Auseinandersetzung und Debatte nicht gehen.

Dr. Tanja Busse: Mit Ihrem Blick auf verschiedene Nachhaltigkeitsstrategien, Herr De Geus, was empfehlen Sie NRW in der Nachhaltigkeitsdebatte? Was soll im Papier stehen und wie verbindlich soll es sein?

Aart De Geus: Es muss gemeinsam ein Gefühl für Dringlichkeiten entwickelt werden. In NRW sehe ich z. B.

die Kommunalverschuldung als besonders dringlich an. Der steigende Bedarf an Pflegekräften ist ebenfalls ein dringliches Problem. Kommunale Entschuldung und Investition in die Pflege sollten also zentrale Themen für die NRW-Nachhaltigkeitsstrategie sein. Aber diese Probleme kann die Politik allein nicht verbindlich lösen, deshalb ist die Beteiligung der Bevölkerung und der Wirtschaft notwendig – das Gefühl für Dringlichkeiten kann diesen Prozess befördern.

Dr. Tanja Busse: Was muss NRW in seiner Nachhaltigkeitsstrategie umsetzen, Herr Bütikofer?

Reinhard Bütikofer: Es gibt zwei zentrale Dimensionen in jeder Nachhaltigkeitsstrategie: Energie- und Rohstoffeffizienz. Bei der Energieeffizienz sind wir bereits weiter, die Rohstoffeffizienz hinkt hinterher. Dies kann nicht in einem top-down-Prozess gelingen, sondern nur in einem bottom-up-Prozess. Das Land muss durch eine entsprechende Clusterpolitik jenen Akteuren, die sich um solche Anliegen bereits kreativ und proaktiv kümmern, eine Plattform geben. Die Nachhaltigkeitsdiskussion wird den Wettlauf mit der Dringlichkeit nur dann gewinnen, wenn sie zum zentralen Thema der Wirtschafts- und Wettbewerbsdiskussion wird.

Dr. Tanja Busse: Wie kann eine solche Clusterpolitik aussehen, Herr Remmel?

Johannes Remmel: Wir machen bereits Clusterpolitik und sind stärker an den Regionen orientiert. Die einzelnen Regionen liefern aber ganz unterschiedliche Kennzahlen, wir haben starke und schwache Regionen und damit ein strukturelles Problem. Das Problem der Verschuldung können die Kommunen trotz aller Anstrengungen nicht aus sich selbst heraus lösen, das wirft auch die Frage nach dem eigentlichen Sinn von Steuererhöhungen auf. In der Frage des Pflegekräftebedarfs müssen wir auch auf anderen Ebenen umdenken und brauchen eine offene Einwanderungspolitik. Klar ist aber, dass NRW das industrielle Kernland der Bundesrepublik und Europas ist. Es gab in den letzten 150 Jahren immer Sprünge in der industriellen Entwicklung in NRW, die auch immer mit der Energiefrage zu tun hatten. Wir müssen uns fragen: Sind wir beim nächsten Sprung dabei? Diese Innovationsfrage beschäftigt natürlich unsere Politik.

Reinhard Bütikofer: Ich möchte unterstreichen, dass wir die Rahmenbedingungen für diese Entwicklung nicht alleine hier im Land, nicht einmal in der Bundesrepublik schaffen können. Die Frage, wie viel z. B. in Transformation

investiert wird, hat entscheidend mit den Rahmenbedingungen für diese Investitionen zu tun. Es ist also entscheidend, ob wir eine ökologisch bewusste Ordnungspolitik machen oder Lobbypolitik.

Dr. Tanja Busse: Herr Remmel, inwieweit kann denn NRW eine solche ökologisch orientierte Ordnungspolitik mit der Nachhaltigkeitsstrategie festschreiben? Oder liegt diese Verantwortung auf Bundesebene?

Johannes Remmel: NRW hat den dichtesten Kraftwerkpark in Europa. Hier ist seit Jahren nicht mehr investiert worden, weil die Rahmenbedingungen weder beim Emissionshandel noch beim Strompreis passen. Also brauchen wir politische Diskussionen, die diese Rahmenbedingungen verändern. Leider sieht es derzeit nicht danach aus, dass eine neue Bundesregierung eine solche Marktanpassung vornimmt. Meine Sorge ist, dass wir in NRW vom Stromexporteur zum Stromimporteur werden. Die nächsten fünf Jahre sind entscheidend für die notwendigen Investitionen, und dafür muss Planungssicherheit für die kommenden 20 bis 25 Jahre gegeben sein.

Dr. Tanja Busse: Welche Rolle erwarten Sie von NRW als Signalgeber für eine nachhaltige Entwicklungs- und Handelspolitik, Frau Dr. Scholz?

Dr. Imme Scholz: NRW als energieproduzierendes Land, das nach wie vor auf fossile Energieträger setzt, muss diesen Wandel angehen, kann international ein Vorbild sein und zeigen, wie man einen solchen Umbau bewältigen kann. Das Land NRW könnte z. B. in eine Wissenschafts- und Praxiskooperation mit anderen, strukturell ähnlich gelagerten Ländern treten und sich auf horizontaler Ebene über den Umbau austauschen. Das Land könnte auch





Auskunft über die Herkunft seiner Kohle- und Gasimporte, über Futter- und Bekleidungsimporte und die damit verknüpften Finanzströme geben, also Transparenz zeigen.

Reinhard Bütikofer: Für NRW ist wie für alle Länder im Rahmen der Ressourceneffizienz das Thema Recycling immer ein wesentliches Element. Eine Idee für NRW wäre auch eine Recyclingpartnerschaft mit afrikanischen Ländern, wie es auch auf EU-Afrika-Ebene derzeit passiert. Auf dieser Handlungsebene könnte NRW als Bundesland ganz konkret einsteigen.

Dr. Tanja Busse: Herr Remmel, ich habe eine Frage aus dem Publikum. Gibt es Pläne, einen erweiterten Wohlfahrtsindex in die Strategie aufzunehmen? Können wir demokratisches partizipatives Miteinander messbar machen?

Johannes Remmel: Diese Faktoren sollten unbedingt in einen Nachhaltigkeitsprozess einfließen, denn ohne eine Veränderung unseres sozialen Miteinanders gibt es keine Veränderung.

Dr. Imme Scholz: Wir brauchen Formate für ein erweitertes Verständnis von Wohlstand und Innovation. NRW sollte seine Nachhaltigkeitsstrategie und die Berichterstattung darüber in diesem Sinne nutzen und eine konkrete Vorstellung für ein lebenswertes NRW 2030 liefern. Wenn dies als Zielvorstellung gegeben wäre, dann würde deutlich, dass man sich nicht ausschließlich an Wirtschaftswachstum

orientieren kann, sondern auch andere Bezugsgrößen eine Rolle spielen. Dies könnte nicht nur in Nordrhein-Westfalen dazu beitragen, dass sich nicht nur all die Menschen, die sich auf unterschiedlichen Ebenen engagieren, mit diesem politischen Dialog identifizieren können, sondern dass auch klar beschrieben wird, was NRW in der Bundesrepublik, in Europa und von einer globalen Agenda braucht. NRW kann ein Beispiel für ambitionierte Zielsetzungen sein.

Dr. Tanja Busse: Herr De Geus, welche Vision haben Sie für NRW 2030?

Aart De Geus: NRW hat eine starke Tradition der sozialen Marktwirtschaft, die in der Welt positiv gesehen wird. Darauf kann das Land aufbauen. Auch die Rahmenbedingungen für das soziale Miteinander in der Bevölkerung sind gut. Jetzt geht es darum, Ökonomie und Ökologie, also die Green Economy, und die soziale Marktwirtschaft zu verbinden und daraus ein gutes Modell für NRW zu bauen. Zustimmung und politische Mandate dafür wird es nur in einem bottom-up-Prozess geben. Und was wir in diesem Prozess wollen, sollten wir nicht nur am Bruttosozialprodukt messen, sondern auch daran, was uns als Bürgerinnen und Bürger darüber hinaus wichtig ist: Zugang zu Bildung, eine intakte Umwelt z. B. NRW kann das schaffen. Wir haben hier einen großen ökologischen Reichtum, wir können im Einklang mit der Natur leben. Es ist machbar!



Schlussfolgerungen für die NRW-Nachhaltigkeitsstrategie

Johannes Remmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich danke Ihnen herzlich für Ihre vielen Vorschläge und Beiträge zur zweiten NRW-Nachhaltigkeitstagung! Ich denke, dass wir nach dem heutigen Tag alle ein klareres Bild und eine konkretere Vorstellung vom „Zukunftsfähigen Nordrhein-Westfalen 2030“ haben.

Denn dazu dient dieses Treffen der „Nachhaltigkeitsfamilie“. Auch im kommenden Jahr wird es eine Zusammenkunft geben, um Kontakte zu knüpfen, um sich auszutauschen und um die gewonnenen Erkenntnisse in die konkrete Arbeit mitzunehmen.

Eine zentrale Erkenntnis der heutigen Veranstaltung ist, dass wir schon einige Vorleistungen erbracht haben und nicht alles neu erfunden werden muss. Beispielhaft nenne ich hier das Klimaschutzgesetz und den Klimaschutzplan, wo bereits ein deutschlandweit einmaliger Nachhaltigkeitsdiskurs und -prozess stattfindet.

Ihnen wurde heute bereits auch die sehr ambitionierte Nachhaltigkeitsstrategie des Wissenschaftsministeriums

für den Bereich Forschung und Innovation näher gebracht. Wenn es gelingt, die einzigartige NRW-Forschungslandschaft noch stärker für die Leitidee der Nachhaltigkeit zu gewinnen, wird dieses sehr wichtige Impulse für unsere weitere Entwicklung bringen.

Wir fangen also nicht bei „Null“ an, wenn es um Nachhaltigkeit geht, sondern wir sind teilweise auch heute schon gut aufgestellt.

Wie Nordrhein-Westfalen schon jetzt in der Nachhaltigkeitsforschung orientiert ist, hat Ihnen Herr Prof. Schneidewind vom Wuppertal Institut deutlich gemacht. In seiner Präsentation sind die großen Herausforderungen für NRW und die große Verantwortung von NRW deutlich geworden. Zugleich aber hat er seine Visionen für ein nachhaltiges NRW 2030 klar herausgestellt.

Wir haben durchaus den Anspruch, die internationale, die europäische und die nationale Ebene in den weiteren NRW-Nachhaltigkeitsprozess mit einzubeziehen und die Wechselwirkungen zu thematisieren.

Meine Schlussfolgerung ist, dass die Nachhaltigkeit für uns in Nordrhein-Westfalen ganz oben auf der Tagesordnung steht. Allerdings wird sich unser Anspruch umfassend wirken zu wollen, nur schwer realisieren lassen. Wir sollen uns auch nicht übernehmen. Deshalb gilt es, einen Schritt nach dem anderen zu machen.

Und Ausgangspunkt ist für mich dabei die bekannte Erkenntnis: It's the economy, stupid! Ich bin davon überzeugt, dass wir an einer Zeitenwende stehen. Innerhalb von ein bis zwei Generationen können und müssen wir es

schaffen – wenn wir die Herausforderungen des Klimaschutzes ernst nehmen – alle unsere Lebensbereiche zu verändern. Und das nicht nur um Vorbild sein zu wollen oder einen großen Anteil zum weltweiten Klimaschutz beizutragen, sondern auch um eine ökonomische Perspektive für unseren eigenen Wirtschaftsstandort zu erschließen.

Wir sind an einem Wendepunkt der Menschheitsgeschichte. Während in den vorherigen Jahrtausenden die Menschen um das Feuer tanzten – und wie Pyromanen alles verbrannten was sie in die Finger bekamen – wird das neue Energiezeitalter vom „Tanz um die Sonne“ geprägt sein. Und diejenigen, die dafür erste Lösungsansätze und technologische Entwicklungen beschreiben sowie neue Mitwirkungsformen anbieten können, werden vorne mit dabei sein und vielleicht den einen oder anderen ökonomischen Vorteil haben.

In diesem Zusammenhang darf ich daran erinnern, dass seinerzeit die Nachhaltigkeitsidee von Carl von Carlowitz auch nicht aus ethischen oder moralischen Erwägungen oder aus Vorbildmotivationen auf den Weg gebracht wurde, sondern dass ihn ökonomische Gründe motiviert haben. Weil die klare Erkenntnis geherrscht hat, dass dann, wenn der Wald weiterhin so genutzt würde wie bis dahin, in der Region nicht mehr lange Bergbau hätte stattfinden können.

Also klare ökonomische Gründe, die aus meiner Sicht dafür sprechen eine umfassende Nachhaltigkeitsstrategie anzugehen.

Ein weiteres Beispiel ist unsere Landwirtschaft. So wie sie heute in unserer Region organisiert ist, mit einem unheimlichen Energiebedarf, ist sie an unserem Standort nicht zukunftsfähig. Der ökonomische Verdrängungswettbewerb wird dazu führen, dass eine solche Landwirtschaft hier in unserer Region nicht mehr stattfinden wird. Deshalb müssen wir allein aus ökonomischen Gründen unsere Landwirtschaft grundsätzlich anpassen und verändern. Ähnliches gilt für weitere Handlungsfelder.

Aber: Wir dürfen bei einer umfassenden Entwicklung Richtung Nachhaltigkeit Interessensunterschiede nicht bei Seite wischen.

In diesem Zusammenhang empfehle ich Ihnen einen Besuch der Drachenburg auf dem Drachenfels bei Königswinter. Sie ist ein Ergebnis der deutschen Romantik. Zu einer Zeit der Hochphase der Industrialisierung in Deutschland haben sich die Deutschen teilweise in die Romantik geflüchtet. Ich möchte jetzt nicht die ketzerische These aufwerfen, ob nicht die Nachhaltigkeit eine neue Romantik ist, aber wir

sollten uns jedenfalls davor hüten, bestehende Interessenskonflikte, einfach mit einer Einpflegung in eine Nachhaltigkeitsstrategie zu ignorieren. Es gibt diese unterschiedlichen Interessenslagen. Sie müssen offen gelegt und benannt werden, um damit umzugehen.

Auch das muss Gegenstand einer NRW-Nachhaltigkeitsstrategie sein.

Daneben haben wir den Auftrag, viele gesellschaftliche Akteure, nicht nur die Akteure in den Ministerien und Verwaltungen, abzuholen und einzubinden.

Deshalb nochmals der Appell!

Ein neuer Anlauf für eine NRW-Nachhaltigkeitsstrategie muss greifbar, konkret und erfahrbar sein. Es muss darum gerungen werden, möglichst viele Menschen mitzunehmen und auf den verschiedenen Ebenen zu beteiligen.

Kollegin Barbara Steffens hat deutlich gemacht, dass der demografische Wandel ein Querschnittsthema ist und das Zusammenspiel verschiedener Ebenen und Politikbereiche, die bisher viel zu sehr in Sektoren organisiert sind, ermöglicht werden muss.

Eine Erkenntnis der letzten zehn Jahre ist auch, dass eine Vernetzung der Nachhaltigkeitsprozesse zwischen den unterschiedlichen Ebenen notwendig und belebend ist. Die Diskussion um Demografie und Bildung ermöglicht auch Rückschlüsse auf die Bereiche Klimaschutz und Ressourcen und umgekehrt.

Ohne zusätzliche Bildungsanstrengungen werden wir zukünftig nicht ausreichend Fachkräfte haben, die genau das machen, was wir brauchen. Und auch eine stärkere Orientierung in Richtung Forschung und Entwicklung ist notwendig.

Wir haben viele gute Nachhaltigkeits-Beispiele aus dem In- und Ausland gehört. Wir können einiges von anderen Ländern, anderen Staaten lernen. Aber klar ist zugleich, dass man nichts eins zu eins übernehmen kann, sondern gute Ideen an den speziellen Kontext, unser Land, anpassen muss. Dies wollen wir in dem Kooperationsprojekt mit der Bertelsmann Stiftung ja im nächsten Jahr auch angehen. Für die Zusammenarbeit, die sich gut anlässt, danke ich Ihnen, lieber Herr De Geus.

Klar ist auch, dass wir auf europäischer Ebene noch viele Baustellen haben. Vielleicht kann mit den Europa-Wah-

len im nächsten Mai und der anschließenden Wahl einer neuen EU-Kommission ja vielleicht ein zusätzlicher Impuls gesetzt werden, um mit dem Klimaschutz, der Ressourceneffizienz und anderen wichtige Nachhaltigkeitsthemen wieder etwas voranzukommen.

Das Thema Nachhaltigkeit muss selbstverständlich auch europäisch diskutiert werden. Vielfältigkeit und Nachhaltigkeit sind zwei Marken, die aus Europa kommen und die wir in einen weltweiten Diskurs einbringen können. Dafür braucht es ein starkes europäisches Engagement. Im Übrigen auch aus Eigeninteresse, da die Lösungen der Zukunft in der Tat auch ökonomischen Input und Output für die Zukunft versprechen.

Für die UN-Ebene ist klar geworden, dass wir ab dem Jahre 2015 einen neuen Impuls brauchen und hieran gemeinsam arbeiten müssen. Es ist festzustellen, dass es ohne anspruchsvolle internationale Zielsetzungen und ohne Diskussionen darüber keine Ankerpunkte geben wird.

Entscheidend ist, aus welcher Perspektive die Herausforderungen der Zukunft gedacht werden. Wird die Zukunft aus der Vergangenheit heraus gedacht, dann geht es darum, möglichst viel aus der Vergangenheit in die Zukunft zu retten.

Das ist reaktiv!

Oder werden die Herausforderungen der Zukunft, von der Zukunft her gedacht und überlegt, was künftig notwendig sein wird um den Herausforderungen zu begegnen? Ich glaube, dass eine solche Grundeinstellung die Voraussetzung ist für eine erfolgreiche Nachhaltigkeitsstrategie. Diesen Grundgedanken hat Rio in uns eingepflanzt und unser aller Bestreben muss es sein, diesen Grundgedanken ab 2015 wieder massiv neu zu beleben.

Mit dem Kabinettsbeschluss hat eine nordrhein-westfälische Nachhaltigkeitsstrategie jetzt eine gute Grundlage. Wir wollen in eine erste Konsultationsrunde zu einem Strategiepapier im kommenden Jahr eintreten. 2015 soll es eine zweite Konsultationsrunde zu einem Strategie-Entwurf und dann einen weiteren Kabinettsbeschluss geben.

Beiträge von allen gesellschaftlichen Gruppen sind uns herzlich willkommen. Ich möchte hier noch einmal zusammenhängend wichtige Partner im weiteren Strategieprozess nennen, ohne dadurch andere Akteure ausschließen zu wollen:

- die Wissenschaft, nennen möchte ich hier noch einmal explizit das Wuppertal Institut,
- die kommunale Ebene, wir setzen auf die zugesagte Unterstützung durch die kommunalen Spitzenverbände und die LAG 21,
- die Zivilgesellschaft, wie die Umwelt- und Eine Welt-Verbände, die Verbraucherzentrale, die Kirchen und Think tanks wie die Bertelsmann Stiftung,
- die Wirtschaft und die Gewerkschaften,
- und natürlich auch die Landesministerien und andere Landesakteure und Institutionen, wie die Stiftung Umwelt und Entwicklung NRW.

Ich bin sehr dankbar dafür, dass die LAG 21, zusammen mit anderen Partnern schon eine Vorarbeit geleistet hat und ein Papier entwickelt hat, das hier auch präsentiert und ausgelegt worden ist. Die darin enthaltenen wichtigen Anregungen und Empfehlungen des Fachforums Nachhaltigkeit an die Landesregierung für eine NRW-Nachhaltigkeitsstrategie werden wir sicherlich in den weiteren Prozess mit einbeziehen wollen und müssen. Herzlichen Dank für diese Arbeit!

Die Ergebnisse der heutigen Tagung werden in einer Dokumentation festgehalten werden. Sie werden sicherlich ein wichtiger Ausgangspunkt für die weiteren thematischen Diskussionen im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie sein.

Bitte zögern Sie auch nicht, sich im Nachgang zu der Tagung an mich oder unser Nachhaltigkeitsteam zu wenden. Sie können dazu gerne den Evaluationsbogen, den Sie in Ihrer Tagungsmappe finden, aber natürlich auch gerne andere Kommunikationsmittel nutzen.

Ich wünsche Ihnen noch einen interessanten Austausch beim abschließenden nachhaltigen Imbiss. Und besuchen Sie gerne auch noch einmal die spannenden Stände des Marktes der Möglichkeiten.

Ich freue mich auf den weiteren Diskussionsprozess hin zu unserem Ziel eines „Zukunftsfähigen NRW 2030“ und hoffe, dass wir uns zur 3. NRW-Nachhaltigkeitstagung im Herbst 2014 wiedersehen, um weiter zusammen am Gemeinschaftswerk Nachhaltigkeitsstrategie zu arbeiten.

Anhang

Durchgeführtes Programm

Zukunftsfähiges Nordrhein-Westfalen 2030

Düsseldorf, 18.11.2013

- ab 09:00 Uhr Registrierung mit Morgenimbiss und Ausgabe von Partizipations-Karten**
- 10:00 Uhr Begrüßung**
Oliver Keymis, Vizepräsident des Landtags von Nordrhein-Westfalen
- 10:10 Uhr Erste Erkenntnisse aus dem NRW-Nachhaltigkeitsstrategieprozess**
Peter Knitsch, Staatssekretär im Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen
- 10:20 Uhr Forschung für Nachhaltigkeit in Nordrhein-Westfalen**
Helmut Dockter, Staatssekretär im Ministerium für Innovation, Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen
- 10:35 Uhr Zukunftsfähiges Nordrhein-Westfalen 2030**
Prof. Dr. Uwe Schneidewind, Präsident Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie
- 11:00 Uhr Nordrhein-Westfalen im Kontext der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie**
Marlehn Thieme, Vorsitzende des Rates für Nachhaltige Entwicklung
- 11:10 Uhr Ökonomische Zukunftsfähigkeit – ökologische Verantwortung – soziale Gerechtigkeit – ein Streitgespräch über ein Nachhaltiges NRW**
Irmtraud Pawlik, Geschäftsführerin Hydro Aluminium Deutschland GmbH
Josef Tumbrinck, Vorsitzender NABU NRW
Andreas Meyer-Lauber, Bezirksvorsitzender DGB NRW
- 12:15 Uhr Mittagsimbiss mit Markt der Möglichkeiten und Zeit zum Netzwerken**
- 13:15 Uhr - 14:15 Uhr 5 parallele Workshops – Runde A:**
- Die Rolle von NRW im nationalen und internationalen Klimadiskurs
Simone Raskob, Beigeordnete der Stadt Essen
Stefan Rostock, NRW-Fachkoordinator Klima und Entwicklung, Germanwatch
Moderation: Prof. Manfred Fischedick, Vizepräsident Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie
- Faire Arbeit – ein Beitrag zur nachhaltige Beschäftigung
Dr. Cordula Sczesny, Geschäftsführerin Soziale Innovation GmbH
Achim Vanselow, Abteilungsleiter Wirtschafts-, Struktur- und Technologiepolitik DGB NRW
Magdalene Wilczek, Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen
Moderation: Arnold Kratz, G.I.B. – Gesellschaft für innovative Beschäftigungsförderung mbH
- Nachhaltigkeitsstrategien in den Städten und Kreisen NRW
Peter Helbig, Agenda-Forum Essen
Dr. Detlef Timpe, Dezernent Bauen, Umwelt und Bildung Kreis Unna
Moderation: Dr. Klaus Reuter, Geschäftsführer LAG 21 NRW

Der Wald in Nordrhein-Westfalen 300 Jahre nach Carl von Carlowitz

Marie-Luise Fasse, MdL Nordrhein-Westfalen (CDU), Vorsitzende Schutzgemeinschaft deutscher Wald NRW

Dr. Philipp Freiherr Heereman, Vorsitzender Waldbauernverband NRW

Volker Holtkämper, Fachbereichsleiter Holzwirtschaft, Klimaschutz des Landesbetriebs Wald und Holz NRW

Moderation: Renate Späth, MKULNV, Abt. III Forsten, Naturschutz

„Fortschritt NRW“ – Forschung und Innovation für nachhaltige Entwicklung

Prof. Dr. Jetta Frost, Vizepräsidentin der Universität Hamburg: „University for a Sustainable Future“

Dr. Thomas Jahn, Sprecher der Institutsleitung, ISOE – Institut für sozial-ökologische Forschung: „Transdisziplinarität – eine Herausforderung für die Nachhaltigkeitsforschung“

Moderation: Prof. Dr. Jürgen Howaldt, Geschäftsführer der Sozialforschungsstelle Dortmund (sfs)

**14:30 Uhr-
15:30 Uhr**

5 parallele Workshops – Runde B

Der Beitrag der NRW-Entwicklungspolitik zur Nachhaltigkeit

Renate Hendricks, MdL Nordrhein-Westfalen, Beauftragte für Eine-Welt-Politik der SPD-Fraktion

Karin Kortmann, Teilbereichsleiterin Fach- und Methodenbereich, Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ)

Eberhard Neugebohrn, Geschäftsführer der Stiftung Umwelt und Entwicklung NRW

Moderation: Udo Schlüter, Geschäftsführer Eine Welt Netz NRW

Nordrhein-Westfalen im demographischen Wandel

Stephanie Burkhardt, Demografiebeauftragte der Stadt Euskirchen

Henning Höne, MdL Nordrhein-Westfalen (FDP)

Dr. Wolfgang Seifert, sozial- und wirtschaftsstatistische Analysen IT.NRW

Thorsten Sommer, MdL Nordrhein-Westfalen (Piratenpartei)

Moderation: Prof. Dr. Ruth Enggruber, Fachgebiet Erziehungswissenschaft, FH Düsseldorf

Biodiversitätsstrategie NRW

Rainer Deppe, MdL Nordrhein-Westfalen, umweltpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion

Holger Sticht, Landesvorsitzender BUND NRW

Moderation: Dr. Martin Woike, MKULNV, Abteilungsleiter III Forsten Naturschutz

Nachhaltige öffentliche Finanzen

Werner Haßenkamp, Präsident der Gemeindeprüfungsanstalt des Landes NRW

Prof. Dr. Norbert Kersting, Leiter des Kompetenzzentrums „Nachhaltige kommunale Finanzpolitik“ der WWU Münster, Lehrstuhl für Kommunal- und Regionalpolitik

Dr. Lukas Mangelsdorff, Abteilungsleiter im Finanzministerium NRW

Moderation: Andreas Esche, Direktor des Programms „Nachhaltig Wirtschaften“, Bertelsmann Stiftung

Flächen sparen – Zukunft gestalten

Thomas Berger, Abteilungsleiter Planung der Stadt Lünen

Dr. Klaus Reuter, Geschäftsführer LAG 21 NRW

Daniela Schneckenburger, MdL Nordrhein-Westfalen (Bündnis 90/Die Grünen)

Martin Tönnies, Bereichsleiter Planung, Regionalverband Ruhr (RVR)

Moderation: Matthias Peck, MKULNV, Gruppenleiter Nachhaltigkeitsstrategien, Internationales

- 15:45 Uhr** **NRW-Nachhaltigkeitsstrategie als Gemeinschaftswerk**
Johannes Rimmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen
- 15:50 Uhr** **Demographischer Wandel in Nordrhein-Westfalen**
Barbara Steffens, Ministerin für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter des Landes Nordrhein-Westfalen
- 16:05 Uhr** **Eine NRW-Nachhaltigkeitsstrategie im deutschen, europäischen und internationalen Kontext – Podiumsdiskussion**
Aart De Geus, Vorsitzender des Vorstandes, Bertelsmann Stiftung
Reinhard Bütikofer MdEP, Co-Vorsitzender der Europäischen Grünen Partei
Dr. Imme Scholz, stellv. Direktorin des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik, Mitglied im Rat für Nachhaltige Entwicklung
Johannes Rimmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen
- 17:00 Uhr** **Schlussfolgerungen für die NRW-Nachhaltigkeitsstrategie**
Johannes Rimmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen
- 17:15 Uhr** **Markt der Möglichkeiten mit weiteren Gelegenheiten zum Netzwerken und kleinem Imbiss**
- Gesamtmoderation: Dr. Tanja Busse, WDR



Evaluation

Mit den Tagungsunterlagen wurden Evaluationsbögen ausgegeben, um Anregungen für die Planung der kommenden Nachhaltigkeitstagungen zu erfragen. Insgesamt gingen 58 Fragebögen und Rückmeldungen am Konferenzort bzw. nachträglich per E-Mail bei den Organisatoren ein. Dies entspricht einer vergleichsweise hohen Rücklaufquote von rund 15%. 41 der an der Evaluation teilnehmenden Personen hat die Konferenz gut bis sehr gut gefallen; 14 weniger gut bis gar nicht.

Die Reden und Vorträge im Plenum bzw. die fachliche Kompetenz der Vortragenden wurden mehrheitlich positiv bewertet. Gleichzeitig wurde angeregt, dass die Vorträge und Diskussionsrunden künftig kontroversere Themen bzw. Standpunkte aufgreifen sollten. Ebenso wurde die Vielfalt der Teilnehmenden positiv hervorgehoben; die Tagung habe damit zur Verbesserung der Vernetzung der verschiedenen Akteure in Nordrhein-Westfalen beigetragen.

Die Vielfalt der Teilnehmenden lässt sich auch anhand der Teilnahmeliste erkennen: Demnach stammten die 383 Teilnehmenden der 2. NRW-Nachhaltigkeitskonferenz aus den folgenden Bereichen:

Zivilgesellschaft: 123

Landesbehörden/-einrichtungen NRW: 114

Wirtschaft: 56

Kommunen NRW: 34

Wissenschaft: 33

Sonstige Politik/öff. Dienst: 19

Sonstige: 4

Es wird vorgeschlagen, je nach Schwerpunktsetzung zukünftiger NRW-Nachhaltigkeitskonferenzen möglichst noch mehr Teilnehmende aus den Bereichen Wissenschaft und/oder Wirtschaft zu erreichen, um eine möglichst breite Expertise der Teilnehmenden sicherzustellen und den Austausch zwischen den einzelnen gesellschaftlichen Bereichen weiter zu befördern. Insbesondere eine stärkere Repräsentanz der Wirtschaft wurde auch auf 10% der ausgefüllten Evaluationsbögen gefordert.

Die Plenarsitzungen wurden z. T. als zu lang empfunden, ebenso wünschten sich einige Teilnehmende kürzere Vorträge bzw. Inputs zugunsten von mehr Zeit für Rückfragen und Diskussionen im Plenum.

Die Workshops wurden demgegenüber oftmals als zu kurz und zu groß besetzt bewertet, so dass nur wenig Beteiligung möglich gewesen sei. Dementsprechend wurde angeregt, mehr Zeit für kleinere Arbeitsgruppen einzuplanen, um die Diskussion untereinander zu befördern. Ebenso wurden mehr Pausen angeregt, was ebenfalls dem Ziel des fachlichen Austausch und der Vernetzung dienen dürfte.

Der Markt der Möglichkeiten wurde als Format positiv aufgenommen, wenngleich einige Stände nicht ideal platziert gewesen seien. Aufgrund der räumlichen Gegebenheiten war die Aufteilung des Marktes der Möglichkeiten auf zwei Ebenen des Landtagsgebäudes notwendig.

Die Veranstalter freuen sich über die zahlreichen konstruktiven Rückmeldungen und Anregungen und werden das Feedback der Teilnehmenden bei der Planung der kommenden NRW-Nachhaltigkeitstagungen sowohl inhaltlich als auch organisatorisch berücksichtigen.

Nachhaltiges Veranstaltungsmanagement

Den Nachhaltigkeitsgedanken in Nordrhein-Westfalen stärker zu verankern, ist das erklärte Ziel der NRW-Nachhaltigkeitstagungen. Deswegen wurde auch bei der Vorbereitung und Durchführung der diesjährigen Tagung auf eine nachhaltige Vorgehensweise geachtet. Richtschnur war dabei der Leitfaden für die nachhaltige Organisation von Veranstaltungen des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU).

Die 2. NRW-Nachhaltigkeitstagung nahm zudem an einem Modellprojekt zur Durchführung von klimaneutralen Veranstaltungen des Ministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen und der EnergieAgentur.NRW teil.

Einladungsmanagement

Um schon zu Beginn der Veranstaltungsorganisation Ressourcen zu sparen, wurden keine gedruckten Einladungen versendet. Durch den digitalen Versand konnten Ressourcen (Papier, Druck, Transport) geschont werden. Auch die aktuellste Programmversion wurde nicht verschickt, sondern war stets auf der Webseite einsehbar.

Drucksachen

Für alle im Rahmen der Veranstaltung verwendeten Drucksachen wurde 100%-Recycling-Papier/-Pappe verwendet. Wo möglich wurde auf doppelseitigen und schwarz-weißen Druck zurückgegriffen.

Auf den Druck einer Teilnahmeliste für die Tagungsmappen wurde verzichtet. So konnten knapp 10.000 Seiten Papier eingespart werden. Stattdessen lagen Ansichtsexemplare an der Registrierung aus und die Teilnahmeliste wurde auf der Website veröffentlicht.

Alle Aussteller des Marktes der Möglichkeiten wurden gebeten, die Menge an Infomaterial entsprechend der erwarteten Teilnehmenden zu begrenzen sowie nicht ausgegebenes Material wieder mitzunehmen.

Anreise

Die Hauptumweltbelastung bei Veranstaltungen fällt in der Regel bei der Hin- und Rückreise der Gäste an. Hierauf haben Veranstalter und Vorbereitungsteam in der Regel nur einen begrenzten Einfluss. Deshalb wurde mit dem Landtag ein Veranstaltungsort gewählt, der bequem mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen war. Um den Teilnehmenden Veranstaltungsbeginn eine problemlose An- und Abreise mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu ermöglichen, wurde Veranstaltungsbeginn- und -ende entsprechend terminiert. Damit die Teilnehmenden ihre Reise zur Konferenz umweltschonend planen konnten, wurden bereits im Vorfeld Informationen zur Benutzung umweltfreundlicher Verkehrsmittel auf der Konferenz-Homepage publik gemacht.

Bei der Online-Anmeldung wurden die Teilnehmenden befragt, wie sie anreisen werden. Insgesamt haben 46 Personen angegeben, dass ihre Reisen bereits klimaneutral gestellt werden. Die übrigen 260 Personen machten folgende Angaben zum voraussichtlich genutzten Verkehrsmittel und der Reisedistanz:

- Anreise mit öffentlichen Verkehrsmitteln (Bus/Bahn): 160 Personen (insgesamt 11.811 km)
- Anreise mit PKW: 78 Personen (insgesamt 19.845 km)
- Anreise mit Fahrrad: 11 Personen (insgesamt 94 km)
- Anreise zu Fuß: 8 Personen (insgesamt 16 km)
- Anreise mit dem Flugzeug: 3 Personen (insgesamt 1.740 km)

Namensschilder

Bei der Nachhaltigkeitskonferenz wurde mit Namensschildern aus Plastik gearbeitet. Zunächst mag dies nicht sehr umweltschonend erscheinen; auf den zweiten Blick jedoch geht in der Ökobilanz Wiederverwendung vor Recycling. Deshalb wurden an der Registrierung und an der Garderobe Kisten zur Rückgabe der Namensschilder aufgestellt. Rund 300 der ca. 380 ausgegebenen Namensschilder wurden nach der Veranstaltung zurückgegeben und werden im nächsten Jahr wieder verwendet.

Catering

Das Angebot an Speisen im Rahmen der 2. NRW-Nachhaltigkeitstagung war rein vegetarisch und saisonal ausgerichtet. Die verwendeten Gemüsekomponenten stammten ausschließlich aus ökologischem Anbau. Tee und Kaffee waren „fair trade“ zertifiziert. Es wurden vorrangig regionale Produkte verarbeitet. So stammte das angebotene Bio-Obst vom Apfelparadies aus Wittlaer, das Bio-Gemüse von der Benecke & Thielen GmbH, Köln, die mit regionalen Zulieferern arbeitet. Die Bäckerei Puppe aus Neuss lieferte das verwendete Brot; das Mineralwasser wurde ebenso aus der Region bezogen (Haaner Felsenquelle, 20 km von Düsseldorf).

Es wurden ökologisch vorteilhafte Verpackungen, d.h. Nachfüllgrößen und Mehrwegverpackungen bevorzugt, um Abfall zu reduzieren.

Die in der Küche entstandenen biologischen Abfälle wurden durch den Entsorger zu Biogas und Kompost verarbeitet. Die erwirtschaftete Energie wurde ins Strom- und Wärmenetz abgegeben. Außerdem wurde durch den Gebrauch neuester innovativer Küchentechnologie, z.B. wassersparender Geschirrspülmaschinen und Kälteanlagen mit Energierückgewinnung, der Energiebedarf gegenüber dem üblichen Verbrauch erheblich gesenkt.

CO₂-Vermeidung, -Verminderung, -Kompensation

Im Zusammenhang mit der Veranstaltung sind nach unseren Berechnungen 6,63 Tonnen CO₂-Emissionen entstanden. Diese werden unter Verwendung von JIM.NRW-Zertifikaten kompensiert. JIM.NRW ist ein nach den Regeln des Kyoto-Protokolls anerkanntes Klimaschutzprojekt, welches Emissionsminderungen in NRW erfasst und fördert. Weitere Informationen zum Thema Klimaneutralität und zu Kompensation finden Sie unter www.energieagentur.nrw.de/klimaschutz.

Impressum:

Herausgeber:

Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft,
Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen
Referat Öffentlichkeitsarbeit

Fachliche Betreuung und Redaktion:

Ministeriums-Referat VIII A 2 „Nachhaltigkeitsstrategien“

Textredaktion und Gestaltung:

lab concepts GmbH
Sandra Mayer (Text)
Marc Pettenkofer (Gestaltung)

Tagungsdokumentation:

Alexandra Einmahl
Verena Münsberg
Rachel Owoko
Anna Pfeifer
Sebastian Schwarz
Stephan Vieweger

Bildnachweis:

MKULNV/Jörg Pruß
Titel: © Igor Yaruta - Fotolia.com

Stand:

Dezember 2013

Ministerium für Klimaschutz, Umwelt,
Landwirtschaft, Natur- und Verbraucher-
schutz des Landes Nordrhein-Westfalen
Schwannstraße 3, 40476 Düsseldorf
infoservice@mkulnv.nrw.de
www.umwelt.nrw.de

